



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kleiner CSU-Parteitag in München:

Endspurt im Europa-Wahlkampf

Knapp sechs Wochen vor der Europawahl leitete die CSU beim kleinen Parteitag in München die heiße Phase des Wahlkampfes ein. Auf dem Programm standen Grundsatzzreden von Parteivorsitzendem Dr. Markus Söder und CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber, sowie ein gemeinsam verabschiedeter Wahlauftritt.

CSU-Chef Söder schwor die Partei auf den Europa-Wahlkampf ein: „Dieser Parteitag soll überzeugen, er soll aber auch mobilisieren. Wir wollen diese Wahl gewinnen und am besten sieben Abgeordnete plus x in das Europäische Parlament senden. Wir sind die bayerische Stimme in Europa und der Welt.“

„Die CSU ist die Europapartei. Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland und Europa unsere Zukunft. Europa sichert den Frieden, stärkt die Wirtschaft und Europa ist die Chance auf Freiheit“, fuhr Söder fort. Zugleich sei die Europawahl am 9. Juni aber auch eine wichtige Abstimmung über die Politik der Ampel-Regierung in Berlin: „Die Ampel löst keine Probleme, die Ampel ist das Problem!“

Für ein Europa der Freiheit

EVP-Fraktionschef und CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber zog eine positive Bilanz der zurückliegenden Legislaturperiode. Wesentliche Punkte des letzten CSU-Europawahlprogramms habe man angepackt und durchgesetzt. So sei das kürzlich beschlossene Migrationspaket der EU „CSU pur“, denn: „Der Staat entscheidet, wer nach Europa kommt und nicht die Schlepperbanden!“

Mit Blick auf die Grünen und das Verbrenner-Verbot ab 2035 stellte Weber klar: „Wir stehen für ein Europa der Freiheit und nicht der ideologischen Besserwisserei und Verbote.“ Der Spitzenkandidat rief dazu auf, den „European way of life“ zu stärken. „Wer CSU wählt, der wählt eine Partei, die stolz auf dieses Europa ist, die einen klaren Plan hat, eine klare Idee und auch die Ambition hat, dieses Europa in eine starke Zukunft zu führen.“

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Mit Blick auf den Kampf gegen Kindesmissbrauch und rechtsfreie Räume im Internet forderte Weber mehr Kompetenzen für Polizei und Justiz in Europa. Als Partei der inneren Sicherheit müsse sich die CSU in Brüssel in den kommenden Jahren dafür stark machen, hundertprozentige Rechtssicherheit für Onlineuntersuchung und Vortatsdatenspeicherung zu bekommen. Ermittler würden bislang immer wieder an fehlenden Möglichkeiten verzweifeln, Beweise im gleichen Maß zu sichern, wie es in der analogen Welt selbstverständlich sei.

Beim Thema Einlagensicherung unterstrich Weber: „Wir sagen Ja zur Bankenunion, lehnen aber ab, dass diejenigen, die kein Risiko für die Bankenstabilität Europas darstellen, gezwungen werden, in diese Einlagen einzubezahlen. Wir kämpfen für unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken!“

Mit ihrem Wahlauftritt „Für ein starkes Bayern in Europa“ hoben die Delegierten die immense Bedeutung der Europawahl für den Kontinent hervor. Es gelte, die enormen Herausforderungen – Europas Frieden zu sichern, die Migrationskrise zu beenden und den Wohlstand nachhaltig zu erhalten – mit aller Kraft anzupacken. Dabei setzt die CSU auf folgende Schwerpunkte: Friedenssicherung, Migrationsbegrenzung, Innovationen, Wertschätzung der Landwirtschaft und Schuldenverzicht. DK

OB-Konferenz zu Bürokratie:

Vertrauen reduziert Komplexität

Wie kann man Prozesse einfacher und schneller machen? Diese Leitfrage steckt hinter den Begriffen Entbürokratisierung, Vereinfachung von Förderverfahren und Diskussion über Standards, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „Was zunächst als einfache Frage erscheint, erweist sich als kompliziert und vertrackt aufgrund des föderalen Staatsaufbaus mit seinen vielfältigen Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.“

Noch komplexer wird die Sache aufgrund europäischer Vorgaben. Der Bayerische Städtetag begrüßt, dass die Bayerische Staatsregierung und die Fraktionen im Bayerischen Landtag das Thema aufgreifen und Lösungen finden wollen. Wir erleben gerade eine Verdichtung der Debatte und setzen auf konstruktive Lösungen. Wir begrüßen den Dialog mit dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Florian Herrmann bei der Konferenz der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister in Straubing Mitte Ap-



V.l.: Gunzenhausens Erster Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, KI-Spezialist Vinzent Ellissen, Gemeindetagsvizepräsidentin Dr. Birgit Kreß und Gemeindetags-Direktor Stefan Graf. Bild: JK

Bayerisches Energie- und WasserkraftForum:

Mehrwert durch Erneuerbare

Gelungene Premiere in Gunzenhausen: Erstmals veranstaltete die Bayerische GemeindeZeitung das Bayerische Energie- und WasserkraftForum gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindetag. „Das macht uns sehr stolz. Damit stellen wir eine noch bessere Versorgung mit relevanten Themen für unsere Besucher und Partner sicher“, stellte GZ-Verlegerin Constanze von Hassel fest. Breiten Raum nahm dabei die am 1.1.2024 in Kraft getretene Kommunale Wärmeplanung ein.

Mehr als 300 Teilnehmer informierten sich in Gunzenhausen über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Beispiele.

Gäste, Partner, Aussteller, Referentinnen und Referenten

Noch mehr Aussteller als in der Vergangenheit, 39 Partner sowie 35 Referentinnen und Referenten wohnten der bewährten Fachveranstaltung bei. Forums-Kooperationspartner waren erneut VKU Bayern und die Bayerischen Energieagenturen. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin Markt Erlbach und Zweite Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags, hob in (Fortsetzung auf Seite 2)

Die Dokumentation der Veranstaltung erscheint in Ausgabe 12/2024 der GZ am 20. Juni. Die Vorträge stehen nach Freigabe unter <https://www.bayerisches-energieforum.de/> in einem geschützten Bereich zur Verfügung. Ein Passwort muss hierfür bei veranstaltungen@gemeindezeitung.de angefordert werden.

Link zum Bericht auf TV Bayern live: <https://www.tvbayernlive.de/mediathek/video/bayerisches-energieforum>. DK

Stärke durch Gemeinsamkeit

Amtseinführung von Hans-Peter Mayer als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags

Gut acht Jahre lang war Dr. Franz Dirnberger Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags. Mit einer offiziellen Verabschiedung Ende 2023 in München gab er seine aktive Arbeit in der Geschäftsstelle auf und übergab sie seinem Nachfolger Hans-Peter Mayer. Dieser wurde nun im Senatssaal des Bayerischen Landtags im Beisein zahlreicher Kommunalvertreter in sein Amt eingeführt.

„Als bisheriger Stellvertreter des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes sind Sie mit dem

kratie bewährt. Daueraufgabe der Staatsregierung ist es, dieses Fundament weiter zu stärken.“



Hans-Peter Mayer. □

Verband bestens vertraut. Auch ich durfte Sie stets als verlässlichen Gesprächspartner (Beispiel: Stabilisierungshilfen) kennenlernen. Sie bringen die besten Voraussetzungen mit, um an der Verbandsspitze einen unverzichtbaren Beitrag zu leisten – zum Wohl der Menschen in Bayern“, hob der Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Tobias Reiß, MdL, in seiner Begrüßung hervor. In Bayern seien die Kommunalen Spitzenverbände und der Staat Partner auf Augenhöhe. „Taten statt Worte, Substanz statt Show – dafür stehen Sie alle mit Ihrem feinen Gespür für das politisch Machbare“, betonte Reiß.

Unverzichtbare Gesprächspartner

Kommunalstaatssekretär Sandro Kirchner verließ seiner Freude über die zukünftige Zusammenarbeit Ausdruck: Die kommunalen Spitzenverbände seien unverzichtbare Gesprächspartner, gerade auch im Hinblick auf den kommunalen Finanzausgleich. „Die Kommunen haben sich als Fundament der Demo-

Beste Voraussetzungen

Kirchner zufolge verfügt Hans-Peter Mayer über beste Voraussetzungen für dieses anspruchsvolle Amt. Fachliche Kompetenz und Durchsetzungsvermögen zeichneten den neuen Geschäftsführer aus, mit Herzblut habe dieser stets die Interessen der Verbandsmitglieder vertreten. Die bayerische Verwaltung sei ihm bestens bekannt, mit der bayerischen Politik sei er bestens vertraut. 25 Jahre sei Mayer für die Bereiche Personal, Organisation, (Fortsetzung auf Seite 4)



„Das Thema Abtreibung bietet alle Zutaten für einen veritablen Kulturkampf“, so Pino, unser Rathauskater. Er fragt sich, weshalb die Bundesregierung es für nötig erachtet, den deutschen grauen Mittelweg, mit dem keine der extremen Seiten so richtig einverstanden war, mit dem aber beide seit 40 Jahren in Frieden leben konnten, in Frage zu stellen. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Verfassungsschutzbericht von Innenminister Herrmann.	2
Berichte aus dem Maximilianeum	2
60. Geburtstag der Messe München.	3
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Willkommen bei der Landesgartenschau in Kirchheim!	3
Personenstandswesen im Wandel	3
Europatagung in Ottobeuren: Europa als Chance.	4
Kommunale Finanzthemen	5 - 11
Wasser • Abwasser	12 - 13
Bestattungswesen • GaLaBau • Kommunaltechnik	14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen.	18 - 20

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann stellt Verfassungsschutzbericht 2023 vor:

Besorgniserregende Entwicklung in allen extremistischen Szenen

Zunahme von Unterwanderungsversuchen – Extremisten im Antisemitismus vereint

„Es gibt keine Entwarnung, im Gegenteil: Extremisten jeglicher Couleur haben ihre Bemühungen verstärkt, die Gesellschaft zu spalten und den politischen Diskurs mit ihren Positionen zu unterwandern.“ Das erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2023 in München.

„Gerade bei Demonstrationen der bürgerlichen Mitte, gleich ob zum Klimawandel, zur Zukunft der Landwirtschaft oder zum Nahostkonflikt, mischen sie sich als Trittbrettfahrer unter die Menschen, um ihre eigene extremistische Agenda voranzubringen“, so Herrmann. Eine weitere erschreckende Gemeinsamkeit sieht der bayerische Innenminister im Wiedererstarken des Antisemitismus: „In nahezu allen extremistischen Szenen erleben wir Scharfmacher, die aus ganz unterschiedlicher Motivation gegen Israel hetzen! Sie nehmen an pro-palästinensischen Versammlungen teil, nutzen die sozialen Medien, um Hass, Propaganda oder Fake News zu verbreiten und infiltrieren auch unsere Universitäten.“

Brandbeschleuniger Nahostkonflikt

Der Nahostkonflikt wirkt nach Herrmanns Worten in der islamistischen Szene wie ein Brandbeschleuniger: „Islamistische Gruppierungen instrumentalisieren den Krieg und stellen

Muslimen weltweit als Opfer dar. Die Gefahr einer emotionalen Radikalisierung ist hoch.“ Von groß angelegten islamistischen Terroranschlägen ist Deutschland 2023 dank der hervorragenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zwar verschont geblieben, jedoch beweise nicht nur ein Blick auf den jüngsten Anschlag bei Moskau die ungebrochene Gefährlichkeit islamistischer Terroristen. „Propagandaorgane des IS-Ablegers ISPK rufen verstärkt zu Anschlägen auch in Europa auf – dabei stehen vor allem Großereignisse wie Konzerte oder Sportveranstaltungen im Fokus. Wir sind daher auch mit Blick auf die bevorstehende Fußball-Europameisterschaft sehr wachsam“, kündigte Herrmann an.

Der Nahostkonflikt hat ei-

ne weitere beunruhigende Entwicklung zur Folge: Der Hass auf Israel und jüdische Mitmenschen vereint ideologisch extremistische Akteure aus unterschiedlichen, größtenteils verfeindeten Spektren. Exemplarisch nannte Herrmann säkulare palästinensische Extremisten und türkische Links- und Rechts-extremisten. „Der auslandsbezogene Extremismus ist zuletzt durch die starke Emotionalisierung im Nahostkonflikt deutlicher in Erscheinung getreten.“ Zum Beispiel auch in München: „Die Gruppierung „Palästina spricht München“ erweckt bei Versammlungen einen gemäßigten Anschein, verbreitet über die sozialen Medien aber ungeeignete antisemitische Inhalte.“

Bei Extremisten rechts und ...

Das rechtsextremistische Personenpotenzial ist von 2.590 im Jahr 2022 auf 2.725 in 2023 angestiegen. „Das ist hauptsächlich Folge der deutlichen Steigerung der Mitglieder der Jungen Alternative“, sagte der Minister. „Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Straftaten ist erfreulicherweise von 787 auf 476 gesunken – ein Minus von fast 40 Prozent!“, so Herrmann. Allerdings haben sich die Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr auf nunmehr 52 mehr als verdoppelt. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes bestätigen, dass sich verfassungsfeindliche Tendenzen innerhalb der AfD weiter ausbreiten. Auch habe die Vernetzung der Partei in das extremistische „Vorfeld“ im letzten Jahr qualitativ und quantitativ zugenommen.

Auch die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter erfahre weiter Zulauf: „2023 wurden in Bayern 5.406 Personen als Reichsbürger identifiziert – ein neuer Höchststand!“ Auffällig dabei: Auch das gewaltorientierte Personenpotenzial ist auf 500 Personen angewachsen (2022: 450). Positiv hob Herrmann die Entwarnung

der Reichsbürgerszene in Bayern hervor. „2023 wurde gegen alle insgesamt identifizierten 29 mutmaßlichen Reichsbürger mit Waffenerlaubnissen Widerrufungsverfahren eingeleitet.“

Die deutsche linksextremistische Szene vertritt überwiegend pro-palästinensische Positionen, bis hin zur Verharmlosung oder gar Leugnung der HAMAS-Massaker. „Offenkundig setzt sich ein Großteil der Szene nur dann für Menschenrechte ein, wenn dies dem eigenen ideologischen Weltbild dient.“ Dies wirft ein Schlaglicht auf den in der Szene seit jeher vorhandenen Antizionismus als eine Spielart des Antisemitismus. Besorgniserregend sind laut Herrmann auch die Beeinflussungsversuche an deutschen Universitäten, mit denen durch aggressive Anfeindungen pro-israelische Meinungen unterdrückt werden sollen.

... links keine Entwarnung

Auch wenn das Personenpotenzial der linksextremistischen Szene mit 3.260 (2022: 3200) im Jahr 2023 relativ stabil geblieben und bei den gewaltorientierten Personen ein leichter Rückgang auf 840 (Vorjahr 880) zu verzeichnen ist, bestehe kein Anlass zur Entwarnung: Linksextremistische Straftaten sind 2023 auf 378 (Vorjahr: 364) gestiegen. Besorgniserregend findet Herrmann insbesondere die Zunahme der Gewaltdelikte um rund 17 Prozent auf nunmehr 49: „Gewalt gegen Personen als Mittel der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wird immer mehr akzeptiert. Das zeigen auch die Kampfsporttrainings, die von Szeneangehörigen besucht werden“, so Herrmann. „Zudem haben unsere Verfassungsschützer allein im vergangenen Jahr 21 Brand- und Sprengstoffdelikte festgestellt – in 11 Fällen Angriffe auf die Infrastruktur.“ Herrmanns Fazit: „Extremisten haben an einem Auseinander-

Sitzung des Kommunalenats im Maximilianeum:

Passgenaue Lösungen

Die Finanzierung staatlicher Stellen in den Landratsämtern, digitale Verwaltungsleistungen und das geplante Wasserentnahmegeld „Wassercent“ standen auf der Agenda der jüngsten Sitzung des von der FW-Landtagsfraktion ins Leben gerufenen Kommunalenats im Maximilianeum.

An dem Austausch nahmen neben Fraktionschef Florian Streibl, dem Innenausschussvorsitzenden und kommunalpolitischen Sprecher Roland Weigert, dem innenpolitischen Sprecher und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Hauber sowie Innenausschussmitglied Bernhard Heinisch mehr als 15 kommunale Mandatsträger teil – darunter die Landrätin des Landkreises Regensburg Tanja Schweiger. Aktuell werden zahlreiche staatliche Aufgaben durch kommunale Mittel finanziert, so dass Kommunen und Landkreise finanziell zunehmend an ihre Belastungsgrenzen stoßen. „Konkret ist die Kostenunterdeckung für staatliche Aufgaben im Durchschnitt pro Landkreis in den letzten fünf Jahren von zwei Millionen Euro auf knapp fünf Millionen Euro angewachsen“, monierte der Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen Josef Niedermaier. Ohne eine substanzielle Verbesserung der Finanzausstattung seien viele staatliche Stellen von Streichungen bedroht, befürchtete Innenausschussvorsitzender Roland Weigert.

Das Thema brenne vielen Bürgermeistern und Landräten unter den Nägeln. Der Freistaat greife immer tiefer in den Säckel der Landkreise. Diese wiederum holten sich das Geld über die Kreisumlage von den Gemeinden. Weigert: „Die Schieflage schränkt

Kommunikation in kommunalen Projekten

Angebot in den Schulen der Dorf- und Landentwicklung

Viele Projekte von Kommunen sind zur Zielscheibe von Einzelinteressen, emotionaler Kritik und zum Beweis eines generellen Unverständnisses geworden. Das hat viele unterschiedliche Gründe – einer aber ist immer dabei: der Verzicht auf frühzeitige Kommunikation. Für Theresa Schäfer, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten, ein wichtiger Grund, Bayerns Kommunen ein entsprechendes Seminarangebot zu unterbreiten.

Formale Verfahren reichen längst nicht mehr aus, um Wissenslücken, Ängste und Vorstellungen einzufangen und zu allseitigem Wohlwollen zu formen. Zu viele Interessensgruppierungen sind bei kommunalen Vorhaben bereit, ihre Sicht der Dinge als allgemeingültig zu positionieren. Und damit richten sie, allein aufgrund der damit einhergehenden Verzögerung der Vorhaben, jährlich Milliarden Schäden an, was die ohnehin klammen Haushalte der Kommunen zusätzlich belastet.

„Es ist an der Zeit, sich über eine sinnvolle Kommunikationsstrategie Gedanken zu machen“, meint Theresa Schäfer. „Mit unserer Referentin Gisela Goblirsch haben wir einen absoluten Profi mit großem Erfahrungsschatz. Das neue zweitägige Praxisseminar wurde aus ihrem neuesten Buch entwickelt, das im August beim Haufe-Verlag erscheint. In unserem Seminar gibt es einen Theorie-Teil mit vielen Beispielen und einen Praxisteil, in dem eigene Projekte und Vorhaben diskutiert und im Sinne einer guten Kommunikation vorbereitet werden können.“

Online-Seminar am 14. und 15. Mai

Das Projektkommunikations-Seminar wird am 14. und 15. Mai angeboten und soll möglichst vielen Rathauschefs und Fachleuten aus den Bauämtern zugänglich sein. Deshalb wird das Seminar online stattfinden. „Wir raten dazu, sich in kleinen Teams (zwei bis drei Personen) anzumelden, damit das Wissen aus dem Seminar möglichst reibungslos in den Rathäusern angewendet werden kann“, so Schäfer.

Informationen und Anmeldungen: <https://www.sdl-thierhaupten.de/veranstaltungen/25/kommunikation-in-kommunen-grossprojekten-online>.

Gutachten zum Abgeordnetengesetz

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat ein Rechtsgutachten zum Bayerischen Abgeordnetengesetz in Auftrag gegeben.

Prof. Dr. Tristan Barczak, LL.M. vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und das Recht der neuen Technologien an der Universität Passau hat sich bereit erklärt, ein Gutachten zur Einführung einer sogenannten „Extremismusklausel“ im Bayerischen Abgeordnetengesetz zu erstellen. Das Gutachten soll noch vor der Sommerpause vorliegen und den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden. „Ich empfinde es als gefährliche Lücke, dass wir es derzeit zulassen müssen, dass Verfassungsfeinde von Steuergeldern bezahlt werden“, erklärte Aigner hierzu.

se Dienste können über den DigitalStore nachgenutzt werden. Mit Blick auf das geplante Wasserentnahmegeld „Wassercent“ betonte Wolfgang Hauber, innenpolitischer Sprecher der Freien Wähler: „Der Wassercent soll dieses Jahr in Bayern eingeführt werden, um unnötigen Wasserverbrauch zu reduzieren und so langfristig die Wasserreserven im Freistaat zu schonen. Wegen der Erneuerung ihrer Wasser- und Abwasseranlagen stehen unsere Kommunen zudem vor großen Herausforderungen.“ Über die RZWas würden sie bei den entstehenden Kosten entlastet. Der Wassercent solle das auch in Zukunft sicherstellen. Der durchschnittliche Abgabewert in den Bundesländern, die den Wassercent bereits eingeführt haben, liege bei 11 Cent pro Kubikmeter. „Allerdings wird derzeit heiß diskutiert, wer die Abgabe zu leisten hat. Als Freie Wähler-Fraktion ist uns dabei besonders an einem fairen Interessenausgleich gelegen, der weder Bürger noch Industrie und Landwirtschaft finanziell überfordert.“ Verbraucherinteressen und Umweltschutz dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, stellte Hauber fest. DK



Die EnergieForums-Chefs „auf Augenhöhe“: Gemeindegamtdirektor Stefan Graf und GZ-Geschäftsführerin Theresa von Hassel. Bild: JK

Mehrwert durch ...

(Fortsetzung von Seite 1) ihrem Grußwort die Bedeutung der Wasserkraft hervor. In Bayern sorgten 4.200 Wasserkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 2,9 GW in hohem Maße für eine grundlastfähige Absicherung. Somit sei die Wasserkraft neben Wind und Sonne eine immens wichtige Energiequelle, so Kreß.

Mit Blick auf die Kommunale Wärmeplanung warnte die Vizepräsidentin vor einer „vorzeitigen Beauftragung und Schnellschüssen“. Die bereits von zahlreichen Landkreisen auf den Weg gebrachten Energienutzungspläne könnten hier eine wertvolle Vorarbeit leisten. Hier würden Daten erhoben, auf die die Kommunen zurückgreifen dürfen.

Kommunale Wärmenetze

„Bei uns im ländlichen Raum gibt es bereits in vielen der 14 Ortsteile Wärmenetze, die teilweise über Biogas oder andere Energieträger gespeist werden“, berichtete Gastgeber Karl-Heinz Fitz, Erster Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen. Aktuell sei man gerade dabei, ein Baugelände mit 90 Bauplätzen zu realisieren und ein kaltes Wärmenetz aufzubauen. „Im Neubaubereich, wo der Energiebedarf in den Häusern nicht mehr so hoch ist, ist dieses Unterfangen leichter zu realisieren“, be-

tonte Fitz, wies aber auch darauf hin, dass der Bebauungsplan relativ lang gedauert habe und „allein die Konzeption des Nahwärmenetzes wieder eine Zeitspanne von ein bis zwei Jahren verschlingt“. Insgesamt aber sei die Stadt Gunzenhausen auf einem guten Weg, konstatierte der Rathauschef.

Bayerische Energietage im September

Julia Langer vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie warb für die vom Team Energiewende Bayern initiierten Bayerischen Energietage, die nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr heuer fortgesetzt werden und vom 21. bis 29. September 2024 stattfinden. Unter dem Motto „Energiewende. Hier. Jetzt.“ wird gezeigt, wie die Energiewende vor Ort gelingt. Positivbeispielen und Vorbildern soll eine große Bühne gegeben werden. Ob Nachbarschaftsgemeinschaft, Kita oder Verband, ob Anlagenbetreiber oder Stadtwerke, ob Start-up oder alteingesessenes Unternehmen, ob Kommune oder Landkreis: Alle können mitmachen und sich mit Aktionen und Veranstaltungen beteiligen. „Denn schließlich ist die Energiewende ein Gemeinschaftsprojekt, das nur gemeinsam funktioniert“, erklärte Langer. DK

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Gleitsmann
Markt Wachenroth
am 13.5.

Bürgermeisterin
Barbara Wilhelm
Gemeinde Pentling
am 14.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Deichl
Gemeinde Schmidgaden
am 4.5.

Bürgermeister
Dieter Möhring
Gemeinde Aidhausen
am 13.5.

Bürgermeister Alfons Neumeier
Gemeinde Salching
am 14.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Schreff
Gemeinde Altfrunhofen
am 5.5.

Bürgermeister Michael Müller
Stadt Geretsried
am 5.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Schmidt
Markt Ipsheim
am 6.5.

Bürgermeister
Martin Dannhöfner
Stadt Creußen
am 9.5.

Bürgermeister Reinhard Dorn
Gemeinde Lautrach
am 12.5.

Bürgermeister André Eckardt
Gemeinde Burgberg
am 15.5.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Franziska Mettmann
Gemeinde Mönchsroth
am 6.07.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

60. Geburtstag der Messe München:

Ein Glücksfall für Stadt und Freistaat

Vom lokalen Marktplatz an die Weltspitze
Wenn die Ausstellungshallen voll sind, profitiert davon ganz Bayern

Der 1. April 1964 war ein Glückstag für München und den Freistaat: Vor 60 Jahren wurde die „Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft“ gegründet und löste damit den „Verein Ausstellungspark“ ab. In diesem Jahr feiert sie Jubiläum. „In der Aufbruchstimmung der 1960er Jahre hat sich die Messe München von einem regionalen Veranstalter zu einer weltweit agierenden Messegesellschaft entwickelt“, so der Aufsichtsratsvorsitzende der Messe München und Münchner OB Dieter Reiter. Und Bayerns Wirtschaftsminister und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Hubert Aiwanger betont: „München gehört heute mit dem großen internationalen Messe-Portfolio zu den weltweit führenden Messeplätzen.“

Für die beiden Messechefs Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel ist das starke Messeportfolio internationaler Leitmesse das Erfolgsrezept: „Dank dieser Stärke sind wir erfolg-

reich nach der Corona-Krise neu durchgestartet und erreichen bei unseren Veranstaltungen fast wieder Vor-Corona-Werte. Das Prinzip der realen Messe hat sich eben bewährt.“

Fläche sowie 414.000 Quadratmetern Freifläche. Das sicherte die internationale Konkurrenzfähigkeit.

2024 ist für die Messe München das Jahr zahlreicher Jubi-



V.l.: Die beiden Münchener Messechefs Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel. Bild: Messe München

läen: Neben der Messegesellschaft werden auch die BAU und die electronica 60 Jahre alt, die Schmuck- und Uhrenmesse Inorgenta wird 50 und die bauma 75 Jahre alt (1949 in Würzburg von einem Verleger gegründet, kam sie vor 70 Jahren, 1954, nach München).

Internationale Verkehrsausstellung 1965 und Walt Disney in München

Ein Jahr nach ihrer Gründung holte die Messe erstmals die Weltwirtschaft nach München: mit der Internationalen Verkehrsausstellung (IVA) 1965. Die IVA war die erste Weltmesse in München, und der erste Schritt in die Internationalisierung. Das ist fast 60 Jahre her, doch noch immer hält die IVA Rekorde: Mit 101 Tagen ist sie die längste Einzelveranstaltung der Messe München und zog mit über drei Millionen Besuchern das größte Publikum an.

Zu den Highlights gehörten Raketen der US Air Force, das Modell einer Weltraumstation und eine Seilbahn. Zu der spektakulären Schau kamen Gäste aus aller Welt, darunter US-Astronaut John Glenn, Kosmonaut Jury Gagarin und: Walt Disney. Der amerikanische Trickfilmproduzent war wegen der auf Hochschienen gleitenden „Monorail“-Bahn nach München gereist. Eine ähnliche Bahn war im kalifornischen „Disneyland“ seit 1959 eine Attraktion, Disney interessierte sich deshalb für den Münchner Zug und sicherte sich die Rechte für seine Vergnügungsparks. Die Themen Verkehr und Mobilität haben die Messe München nie ruhen lassen. Sie stehen auch im Mittelpunkt einer großen Veranstaltung, die 2021 erstmals bei der Messe München stattfand: die IAA Mobility.

olympia, WM, European Championships

Während der Olympischen Sommerspiele 1972 in München wurden in einer Halle auf dem Messegelände auf der Theresienhöhe vier olympische Wett-

kämpfe ausgetragen: Fechten, Ringen, Gewichtheben und Judo. Die „Ringerhalle“ war unter anderem Schauplatz für die „Sensation von Olympia“: Dabei gelang es der deutschen Ringerlegende Wilfried Dietrich („Der Kran von Schifferstadt“), den fast zwei Meter großen und 182 Kilo schweren Amerikaner Chris Taylor niederzuringen. Für eine Medaille reichte es zwar nicht, doch sein Triumph ist legendär.

Weitere sportliche Gastveranstaltungen: Während der Fußball-WM 2006 war auf dem Messegelände das internationale Medienzentrum. Davon zeugt noch heute der WM-Brunnen vor dem Nordeingang, der im Mai 2006 von Fußball-Legende Franz Beckenbauer eingeweiht wurde. Während der European Championships 2022 in München fanden die Bahnrad Wettbewerbe in Riem statt – dafür wurde in der Messehalle C1 eine Radrennbahn installiert.

Modern & Grün: Umzug von der Theresienhöhe nach Riem

Es war eine historische und existenzielle Entscheidung: Mitte der 80er-Jahre stimmten der Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München dafür, die aus allen Nähten platzende Messe von der Theresienhöhe in der Innenstadt an den Stadtrand in Riem zu verlagern. Auf das Gelände des Flughafens, dessen Umzug ins Erdinger Moos beschlossen war. Die Bauarbeiten für die neue Messe begannen 1994: Fast alle Flughafengebäude wurden abgerissen, einzig Tower und Wappenhalle blieben stehen.

Am 12. Februar 1998 wurde die neue Messe feierlich eröffnet: Damit nicht nur das modernste, sondern auch das grünste Messegelände der Welt. Wegweisend war auch die Photovoltaikanlage auf den Hallendächern, die damals weltweit größte ihrer Art. Denn bereits 1998 legte die Messe München großen Wert auf Ökologie und Nachhaltigkeit – und das gilt bis heute. Die Vollendung des Messegeländes wurde im Dezember 2018 mit der Eröffnung der Hallen C5 und C6 sowie des Conference Center North (CCN) gefeiert.

Von Riem aus in die Welt

Zu Beginn der 2000er-Jahre stellte die Messe München wichtige Weichen für die Internationalisierung. Etwa durch ein festes Standbein in dem wichtigen Auslandsmarkt China: 2001 wurde das Messegelände in Shanghai eröffnet, das Shanghai New International Expo Centre (SNIIEC), an dem die Messe München beteiligt ist, zusammen mit den Messen Düsseldorf und Hannover sowie chinesischen Partnern. Gemessen an der Auslastung ist das SNIIEC mit seinen 17 Hallen und einer Gesamtfläche von 300.000 Quadratmetern inzwischen das erfolgreichste Messegelände der Welt. 2001 wurde außerdem die Tochtergesellschaft der Messe München in China gegründet. Es folgten Tochtergesellschaften in Indien, Südafrika, Türkei, Brasilien und zuletzt in Singapur.

Fachmessen im Ausland

Über 50 Fachmessen, darunter bauma, IFAT und electronica, finden heute auch im Ausland statt. Allein auf dem wichtigen Markt Indien hat die Messe München 18 eigene Veranstaltungen. Von den Münchner Messen im Ausland profitiert auch der Heimatstandort:

Liebe Leserinnen und Leser,

in wenigen Wochen eröffnet in der Gemeinde Kirchheim bei München die 37. Bayerische Landesgartenschau unter dem schönen Motto „Zusammen.Wachsen.“ Dieser Slogan ist keineswegs nur eine vollmundige Marketingfloskel: Denn mit dem hier entstehenden Ausstellungsgelände und späteren Ortspark wachsen die beiden Ortsteile Kirchheim und Heimstetten nun auch im wahrsten Sinne des Wortes zusammen. Wo bis vor kurzem noch eine Straße das verbindende (und gleichzeitig auch trennende) Element war, empfangen ab dem 15. Mai fünf neue Naturräume und mehr als 800 neu gepflanzte Bäume nicht nur die Bürger der Kirchheimer Ortsteile, sondern die hoffentlich in Scharen kommenden Besucherinnen und Besucher der Landesgartenschau. Auf knapp 20.000 Qua-

Landesgartenschau in Kirchheim

dratmetern wachsen unzählige Hecken-, Stauden- und Strauchpflanzen, rund 150.000 Blumenwiebeln wurden gepflanzt und auf die jüngeren Besucher warten tolle Spielplätze und Aktionen.

Auch der Landkreis München präsentiert sich zusammen mit seinen Kommunen in seiner gan-

GZ

KOLUMNE
Christoph Göbel

zen Vielfalt mit einem Ausstellungsbeitrag auf der Bayerischen Landesgartenschau. 29 klappbare Lamellen bilden die Außenhaut unseres Ausstellungs pavillons. Sie zeigen „Gesichter“ und ihre spannenden Geschichten aus allen Landkreiskommunen. Die ausgewählten Porträts stehen stellvertretend für das große Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger im Landkreis München in den Bereichen Naturschutz, Klimaschutz und bei der Pflege des Brauchtums. Der offene, bewaldete Innen-

hof des Pavillons inklusive einer kleinen Wald-bühne steht für die zahlreichen Forste in und um den Landkreis wieder aufgebaut und weitergenutzt werden. Auch er bleibt somit den Bürgerinnen und Bürger des Landkreises auch über die Gartenschau hinaus erhalten.

Jetzt aber freue ich mich, Sie erst einmal alle zu einem wunderbaren Gartenschau-Sommer in den Landkreis München einladen zu dürfen. Der Besuch lohnt sich, das verspreche ich Ihnen!

Auf bald in Kirchheim!

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises München

Dank ihnen steigt bei Messen in Riem seit Jahren der Anteil internationaler Besucher und Aussteller.

Eine Messe bei der Messe: Papst Benedikt XVI. feiert Gottesdienst in Riem

Die Bilder aus München gingen im September 2006 um die Welt: Unter strahlendem blauem Himmel feierte Papst Benedikt XVI. auf dem Freigelände der Messe einen Gottesdienst mit 250.000 Menschen. Eine ganz besondere Großveranstaltung, auch für die Messe München. Publikumsstarke Events gehören zum Alltag des Unternehmens: Von Kongressen, Hauptversammlungen, bis hin zur bauma, der flächenmäßig größten Messe der Welt, die alle drei Jahre Tausende Aussteller und rund eine halbe Million Besu-

cher nach München bringt. Es hat sich weltweit herumgesprochen, dass die Messe München eine Spezialistin für anspruchsvolle Großveranstaltungen ist. So kamen im messefreien Sommer 2022 mit Helene Fischer, Andreas Gabalier und Robbie Williams gleich drei Musikstars mit Hunderttausenden Fans auf das Freigelände. In diesem Jahr sind die zehn Konzerte des britischen Popstars Adele die logistische Herausforderung, erwartet werden rund 800.000 Fans aus ganz Europa.

Ehemalige US-Präsidenten als Stargäste im ICM

Seit zehn Jahren bringt das erfolgreiche Start-up-Festival „Bits & Pretzels“ renommierte Expertinnen und Experten aus der Tech- und Start-up-Branche aus aller Welt nach München.

Personenstandswesen im Wandel

Tagung des Fachverbandes der bayerischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten

Über 500 Standesbeamte aus dem Freistaat sowie zahlreiche Gäste aus den Landesverbänden weiterer Bundesländer und aus dem Ausland trafen sich in Straubing zur 58. Fachtagung Personenstandswesen und der Verbandsversammlung 2024 des Fachverbandes der bayerischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten e.V. unter dem Vorsitz von Mathias Müller.

Oberbürgermeister Markus Pannermayr gratulierte zum 75-jährigen Jubiläum des Fachverbandes und gab einen Überblick über die Änderungen im Personenstandswesen innerhalb einer einzigen Generation. Zudem informierte der Hausherr darüber, welche enormen Anforderungen an die Standesämter damit einhergehen. Über die Herausforderungen der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung berichtete Innenstaatssekretär Sandro Kirchner.

Paradigmenwechsel durch Selbstbestimmungsgesetz

Mit Blick auf das zwischenzeitlich vom Bundestag verabschiedete neue Selbstbestimmungsgesetz, mit dem die Änderung von Geschlechtseinträgen auf dem Amt leichter werden soll, sprach Prof. Dr. Konrad Duden, LL.M. (Cambridge), Universität Leipzig, von einem Paradigmenwechsel: Änderungen des Ge-

schlechtseintrages sollen künftig allein durch eine Erklärung der betroffenen Person vor dem Standesamt möglich sein, psychologische Gutachten würden entbehrlich. „Für die Standesämter werden Änderungen des Geschlechtseintrags damit eine ganz neue Bedeutung annehmen“, hob Duden hervor.

Liberalisiertes Namensrecht

Allerdings werfe die Änderung des Geschlechtseintrags auch zahlreiche Folgefragen auf – vom Namen und der Elternschaft der betroffenen Person bis hin zu Änderungen von Geschlechtseinträgen durch Minderjährige oder Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. „Auch auf diese zum Teil sehr komplexen Fragen werden Standesämter Antworten finden müssen“, erklärte der Professor. Liberalisiert wird auch das deutsche Namensrecht. Künftig haben Eheleute mehr Optio-

nen bei der Wahl eines Nachnamens für sich selbst und ihre Kinder. Laut Prof. Dr. Katharina Lugani, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, wird der seit Jahrzehnten geforderte „echte Doppelname“ für Ehegatten und für Kinder eingeführt. Daneben schafft das Gesetz, das 2025 in Kraft treten soll, eine Möglichkeit zur „Rückbenennung nach Einbenennung“ sowie zur Namensänderung nach Erlangen der Volljährigkeit. Auch erhalten Minderheiten nun erweiterte Möglichkeiten zur Namensgebung entsprechend ihren Traditionen. Zudem sollen der Zwang zur Namensänderung nach einer Erwachsenenadoption aufgehoben und das internationale Namensrecht maßvoll liberalisiert werden.

Münchener Leitplankenmodell

Einblicke in das „Münchener Leitplankenmodell“ als langfristiger Ansatz für den Umgang mit Personen im Standesamt, deren Identität ungeklärt ist, gab Torsten Hensel, Verwaltungsamtsrat und Standesamtsaufsicht der Stadt München. Der Vortrag un-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Europatagung in Ottobeuren:

Europa als Chance

Gastgeber Hanns-Seidel-Stiftung, Bistum Augsburg und Benediktinerabtei Ottobeuren

Eine bunte Mischung aus Wissenschaftlern, Geistlichen und Ökonomen debattierte im Rahmen der Europatagung in Ottobeuren über die Herausforderungen des Alten Kontinents. Auf welchem Fundament ist Europa entstanden und wie lässt es sich weiterbauen? Inwiefern können christliche Werte zu einem modernen Europa beitragen? Und wie sieht das Europa von morgen aus? Über Chancen und Risiken des Alten Kontinents diskutierten Politiker, Wissenschaftler, Ökonomen und Unternehmer im Rahmen der Europatagung, zu der die Hanns-Seidel-Stiftung und das Bistum Augsburg in die Benediktinerabtei Ottobeuren eingeladen hatten.

„Manchmal muss ein Fundament auf seine Wetterfestigkeit überprüft und nachgebessert werden“, resümierte Markus Ferber, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, MdEP, mit Blick auf die extremistischen Kräfte und den Ukraine-Krieg, die Europa bedrohen. Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., hielt in seiner Festansprache einen beeindruckenden Abriss europäischer Geschichte und schlug die Brücke vom Westfälischen Frieden über den Wiener Kongress bis hin zu den Anfängen der Europäischen Union, der deutsch-französischen Freundschaft zwischen Robert Schuman und Konrad Adenauer.

Christliche Werte

„Wie relevant sind christliche Werte im heutigen Europa?“ lautete der Titel der Podiumsdiskussion, zu der der HSS-Vorsitzende Markus Ferber, MdEP, Dr. Bertram Meier, Bischof von Augsburg, Isabella Schuster-Ritter, Bundesvorsitzende der Paneuropa-Jugend, Prof. Dr. Dr. Holger Zaborowski, Professor für Philosophie

Stärke durch ...

(Fortsetzung von Seite 1) Recht der Bürgermeister, Straf- und Haftungsrecht wie auch Finanzpolitik im Bayerischen Gemeindetag Verband zuständig gewesen – seit 2015 als Stellvertreter des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds. Begonnen habe Hans-Peter Mayer seine Laufbahn im Personalreferat der Landeshauptstadt München. Über die Bayerische Verwaltungsschule führte ihn sein Weg zum Bayerischen Gemeindetag.

Heribert Thallmair, Ehrenpräsident des Kommunalverbands, bezeichnete die kommunale Selbstverwaltung als die große Kraft von unten, der eine enorme Bedeutung zukomme. Der Grundsatz der Subsidiarität besage: Was auf örtlicher Ebene erledigt werden kann, muss auf örtlicher Ebene erledigt werden. Entsprechend seien mehr Eigenverantwortung und weniger staatlicher Dirigismus geboten.

Die besten Lösungen für Kommunen und Menschen

„Wir wollen die Dinge formulieren und unseren Beitrag leisten, tagtäglich um die beste Lösung für unsere Kommunen und für alle Menschen, die in den Kommunen leben, zu ringen“, hob der neue Verbandsgeschäftsführer abschließend hervor. Bund und Freistaat Bayern rief er zu: „Habt Mut zur kommunalen Selbstverwaltung, sie ist es wert!“

Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, mit Überzeugung und Mut sowohl Themen wie Verwaltungsvereinfachung, Deregulierung und Standardabbau anzugehen, aber auch einen grundsätzlichen Ansatz zur Entbürokratisierung in den Blick zu nehmen, machte Mayer deutlich. Ein lösungsorientiertes Miteinander aller Ebenen sei dabei unverzichtbar. **DK**

an der Universität Erfurt, sprachen.

Zukunftsstrategie

Über „Europa auf der Suche nach einer Zukunftsstrategie“ dachte Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München, nach. Er sprach sich dafür aus, dass Europa seinen politischen Handlungsspielraum ausbauen und den Fokus auf Sicherheit und Transparenz (schlanke-

Personenstandswesen ...

(Fortsetzung von Seite 3) untersuchte die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverwaltungsgerichts sowie diverser Oberlandesgerichte. Letztere zeigen Hensel zufolge zum Teil erhebliche Diskrepanzen auf. Die Identitätsfeststellung bleibe eine schwierige Aufgabe in der personenstandsrechtlichen Praxis. Deshalb sei es wichtig, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Amtsermittlungspflicht und der Mitwirkungsbefugnis der Beteiligten zu finden. Hensel zufolge dient das Münchner Modell als Orientierung und hat als Ziel, dass standesamtliche Entscheidungen einer Prüfung vor Gericht standhalten.

Neue Eheschließungsformen

Stichwort Neue Eheschließungsformen: Hier kommt in der Bundesrepublik nach Angaben von Fachausschussmitglied Heinz Zimmermann, Standesamt Berlin/Neukölln, eine rechtswirksame Eheschließung ausschließlich durch das gemeinsame Ja-Wort im Standesamt zustande, andere Formen der Eheschließung lasse das deutsche Recht nicht zu. Diese Situation stelle sich in anderen Ländern weitaus liberaler dar: So ließen viele Staaten etwa die Hochzeit vor einem Geistlichen zu, freie Redner könnten – zum Beispiel im Elvis-Kostüm – wirksam Menschen miteinander verheiraten, in einigen Staaten sei noch nicht einmal zwingend ein „Trauorgan“ vorgeschrieben, sondern die Verlobten schlossen miteinander einen Vertrag und verheirateten sich sozusagen selbst.

Mit all diesen bunten Formen von Eheschließungen seien die Standesbeamten in ihrer täglichen Arbeit regelmäßig befasst, so Zimmermann. Dabei gelte der Grundsatz, dass diese Ehen auch in Deutschland als wirksam angesehen werden, wenn sie in der im jeweiligen Staat üblichen Form geschlossen wurden. Immer wieder tauchten aber neue Phänomene auf, mit denen die Standesämter konfrontiert würden. So gebe es beispielsweise Staaten – darunter auch EU-Staaten – in denen die Ehegatten nicht zwingend persönlich zu ihrer Eheschließung erscheinen müssen, sondern sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen können. Selbst eine doppelte Stellvertretung sei in einigen Ländern in zwischen möglich, bei der keiner der Ehegatten persönlich

re Gesetzgebung) legen müsse.

Green deal 2.0 durch Wirtschaftskraft und Klimaschutz

„Wie kann ein Green deal 2.0 durch Wirtschaftskraft und Klimaschutz zum Exportschlager werden?“ Zu diesem Thema tauschten sich HSS-Vorsitzender Markus Ferber, MdEP, Eric Beißwenger, MdL, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Günther Feßner, Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Dr. Marie-Theres von Schickfus, stv. Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen und Andrea Thoma-Böck, Geschäftsführerin der Thoma Metallveredelung, aus. Andrea Thoma-Böck kritisierte, die EU sei eine „Regulierungsmaschine“ geworden, die sie ihrer unternehmerischen Freiheiten beraube.

Realitätscheck

Eric Beißwenger betonte die Notwendigkeit von Decoupling, Derisking und Subsidiaritätsprinzip und HSS-Vorsitzender Markus Ferber, MdEP, plädierte dafür den „30.000 Mitarbeitern

anwesend ist, berichtete Zimmermann. Darüber hinaus ließen seit einiger Zeit Staaten wie der US-Bundesstaat Utah auch Online-Eheschließungen zu.

„In der standesamtlichen Praxis wird tagtäglich virulent, dass die gelebten Familienverhältnisse zunehmend internationaler werden. Dies hat zur Folge, dass die Standesbeamtinnen und Standesbeamten bei jeder Beurkundung, der ein grenzüberschreitender Sachverhalt (z.B. infolge einer ausländischen Staatsangehörigkeit eines Beteiligten) zugrunde liegt, zunächst das anwendbare Recht anhand der einschlägigen Kollisionsnormen ermitteln müssen“, betonte Prof. Dr. Claudia Mayer, LL.M. (Chicago) Universität Regensburg in ihrem Vortrag „Das Kinderschutzübereinkommen in der täglichen Praxis der Standesämter“.

Elterliches Sorgerecht

Das Haager Kinderschutzübereinkommen vom 19.10.1996 regle u.a. die Bestimmung des anwendbaren Rechts auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung in Fällen mit Auslandsbezug. Aus personenstandsrechtlicher Sicht stelle sich die Frage nach der elterlichen Sorge in einer Vielzahl von Fällen, insbesondere im Hinblick auf den Kindesnamen. So könne gemäß Art. 10 Abs. 3 EGBGB der „Inhaber der elterlichen Sorge“ gegenüber dem Standesamt bestimmen, dass das Kind nach einem der dort genannten Rechte den Familiennamen erhalten soll (Rechtswahl). Im deutschen Sachrecht sei es möglich, dass sich die Vorrage der elterlichen Sorge stelle, wenn etwa § 1617 Abs. 1 BGB die Wahl des Familiennamens für das Kind durch die Eltern von deren „gemeinsamer Sorge“ abhängig macht.

Aber auch in anderen Zusammenhängen könne die Frage aufgeworfen werden, wer Inhaber der elterlichen Sorge ist – so etwa im Abstammungsrecht, wenn es im Rahmen einer Vaterschaftsanerkennung um die Zustimmung der Mutter geht, erläuterte Mayer. Anhand konkreter Fallbeispiele erörterte sie praxisrelevante Konstellationen, in denen sich aus Sicht des Standesamts die elterliche Sorge als sog. Erst- oder Vorrage stellt. Die Behandlung dieser Vorfälle ist in der Literatur und Rechtsprechung teilweise umstritten und wurde deshalb präzise dargestellt und diskutiert. **DK**

der EU-Kommission einen Realitätscheck zu unterziehen“ und Organisationen zu verschlanken.

Verantwortungsvolle EU-Erweiterungspolitik

Wie sieht eine verantwortungsvolle EU-Erweiterungspolitik in Zeiten geopolitischer Instabilität aus? Darüber diskutierten Vladimir Duvbjak, Generalkonsul der Republik Kroatien, Johann Hubmann von den Jungen Europäischen Föderalisten, Prof. Dr. Gisela-Brandeck-Bocquet vom Institut für Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Würzburg sowie Prof. Dr. Gerhard Sabathil, Botschafter a.D. von der Ukrainischen Freien Universität München. Einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass das Einstimmigkeitsprinzip bei Abstimmungen im Rat gelockert werden müsse und mehr junge Menschen für die Idee Europa

Bund der Steuerzahler in Bayern:

Kosten einer Eheschließung im besonderen Ambiente

Von 0 Euro in der Münch-Ferber-Villa in Hof bis 520 Euro im Gartensaal im Aufseßhöflein in Bamberg

Die Standesheeschließung ist in Bayern gebührenfrei. Es steht lediglich eine Gebühr für die Anmeldung der Eheschließung, die auch die Amtshandlung der Trauung beinhaltet. Diese Gebühr beträgt einheitlich 55 Euro. Ist ausländisches Recht zu beachten, erhöht sich die Gebühr um 30 Euro pro Person.

Auf ein besonderes Ambiente muss bei der standesamtlichen Hochzeit in Bayern kein Brautpaar verzichten. Das zeigt eine Umfrage des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Die Gebühren, die dafür erhoben werden, sind allerdings unterschiedlich und reichen bis zu 570 Euro. Auch wenn das Ja-Wort außerhalb der Dienstzeiten der Standesbeamten fällt, muss das Brautpaar extra zahlen. Aber: In allen Städten sind die Gebühren moderat und die Standesbeamten sehr flexibel.

Ambiente-Trauorte

Fast alle kreisfreien Städte in Bayern bieten Ambiente-Trauorte in städtischen Einrichtungen an. Beispielsweise im kleinen Sitzungssaal im Münchner Rathaus oder auf Schloss Nymphenburg, im Tucherschloss in Ingolstadt, im Fürstzimmer des Augsburger Rathauses oder im Botanischen Garten in Augsburg, im Markgräflichen Pavillon in Ansbach, im Tucherschloss oder auf der Kaiserburg in Nürnberg, im sog. Wenzelsaal in Würzburg oder gar auf dem fest verankerten Schiff „MS Fürstin Gloria“ in Regensburg.

Bamberg ist am teuersten

Die Stadt Bamberg erhebt dabei die höchsten Gebühren. 570 Euro muss ein Paar zahlen, das im Gartensaal im Aufseßhöflein in Bamberg heiraten möchte. Die anderen vorgenannten Ambiente-Trauorte schlagen mit Zusatzgebühren von 100 Euro bis 440 Euro zu Buche. Wenn Brautleute sich im kleinen Sitzungssaal im Münchner Rathaus oder in der Galerie im Palas der Altenburg in Bamberg trauen lassen, müssen sie mit 440 Euro eine relativ hohe Gebühr zahlen. Auch ist die Gebühr einer Eheschließung im Tucherschloss in Nürnberg mit 355 Euro relativ hoch.

Moderate Gebühren im Fünfklopperturm

Ganz anders ist es z.B. in der „Münch-Ferber-Villa“ in Hof. Dort kann ein Brautpaar sogar zum Nulltarif heiraten. Moderate Gebühren werden z.B. ver-



Markus Ferber, MdEP und Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung unterzeichnet zusammen mit dem Bischof Dr. Bertram Meier und Abt Johannes Schaber vom Benediktinerkloster Ottobeuren ein Manifest für Europa.

Bild: Hanns-Seidel-Stiftung

begeistert werden müssen.

Europa-Manifest

Mit der Unterzeichnung des Europa-Manifests durch den HSS-Vorsitzenden Markus Fer-

ber, MdEP, Dr. Bertram Meier, Bischof von Augsburg, und Johannes Schaber OSB, Abt der Benediktinerabtei Ottobeuren, wurde schließlich ein symbolisches Zeichen für ein friedliches, prosperierendes Europa gesetzt. **□**

ber in Regensburg (5 Euro), in Erlangen und Ingolstadt (jeweils 6 Euro).

Feierabendzuschlag

Es kann allerdings nur noch eines hinzukommen: „Der Feierabendzuschlag“. Soll nämlich die Trauung nach Dienstschluss des Standesbeamten, etwa Freitag nachmittags oder samstags vollzogen werden, dürfen die Kommunen auch dafür einen

Zuschlag erheben. In den meisten Kommunen bewegt sich dieser zwischen 70 Euro und 180 Euro.

Die Kommunen sind flexibel

Die Umfrage des Bundes der Steuerzahler in Bayern hat gezeigt, dass die Standesbeamten – sowohl was der Trauort, als auch die Trauzeiten anbelangt – sehr flexibel sind. Man kann in fast jeder Stadt – wenn auch durch zusätzliches Entgelt – in einem schönen Ambiente heiraten. **□**

Vertrauen reduziert ...

(Fortsetzung von Seite 1)

fachung der vielen staatlichen Förderprogramme, die immer differenzierter, komplizierter und kurzfristiger aufgelegt werden. Um ein Förderprogramm zu nutzen, müssen Kommunen vielfältige Aufgaben erfüllen und dicke Anforderungskataloge bearbeiten – oft begleitet von Gutachten, komplexen Planungsschritten und einer Fülle an prüfenden Stellen, etwa bei den Bezirksregierungen oder Fachbehörden. Komplexe Vorgaben des Vergaberechts, die vielfach eine europaweite Ausschreibung nötig machen, erschweren eine zügige Abwicklung. Unabhängig von der Größe einer Stadt kommen kommunale Bauämter, Kammereien, Jugendämter und Schulreferate in Anbetracht der Fülle an Förderprogrammen an ihre Grenzen, zumal Personal fehlt.

Kommunen brauchen mehr Kontinuität und Verlässlichkeit

Pannermayr: „Kommunen brauchen mehr Kontinuität und Verlässlichkeit von bestehenden Programmen. Den Kommunen sollte mehr Vertrauen im Umgang mit staatlichen Fördermitteln entgegengebracht werden. Vertrauen reduziert Komplexität. Fördervoraussetzungen und Nachweispflichten sollten verringert werden. Hilfreich wäre es, die kommunale Investitionskraft grundlegend mit höheren Pauschalen oder höheren Fördersätzen im kommunalen Finanzausgleich zu stärken,

um etwa Schulen, Kindergärten, Kindertagesbetreuung, Klimaschutz, Radwegbau und Nahverkehr als Daueraufgaben auszubauen.“

Im Vergabewesen haben sich zur Bewältigung aktueller Krisen Erleichterungen etabliert: Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat für die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich die Wertgrenzen für Direktaufträge auf 25.000 Euro erhöht und Verhandlungsvergaben sowie Beschränkte Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb für Liefer- und Dienstleistungen bis zum EU-Schwellenwert ermöglicht. Pannermayr: „Die Erhöhung der Wertgrenze brachte eine Vereinfachung und Beschleunigung kommunaler Auftragsvergaben, ohne den Wettbewerb einzuschränken und die Transparenz zu gefährden. Das hilft den Kommunen und besonders den kleineren und mittelständischen Bieter. Es wäre gut, wenn die Bayerische Staatsregierung auf diesem Weg bleibt und die Wertgrenzen dauerhaft erhöht. Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb müssen dauerhaft bis zum EU-Schwellenwert für Liefer- und Dienstleistungen ermöglicht werden. Das muss auch für Bauaufträge gelten. Ein weiterer Ansatzpunkt liegt bei der EU: Besonders würde helfen, wenn es dem Freistaat gelingt, Bund und EU davon zu überzeugen, die seit Jahrzehnten kaum veränderten EU-Schwellenwerte deutlich nach oben anzupassen. Das wäre eine enorme Erleichterung für Kommunen und Betriebe.“ **□**

Prof. Dr. Joachim Wuermeling zum Digitalen Euro:

Chancen und Herausforderungen für Kommunen

„Für Kommunen wäre jetzt genau der richtige Zeitpunkt, die intelligenten Funktionen des Digitalen Euro in ihre Digitalisierungsprojekte einzubauen“

Prof. Dr. Joachim Wuermeling war von 2016 bis 2023 Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank. Vor seinem Amtsantritt hatte er verschiedene leitende Positionen in der Finanz- und Versicherungswirtschaft sowie in der Politik inne, unter anderem war er Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Europaabgeordneter der CSU. Vor dem Eintritt in die Bundesbank führte er den Verband der Sparda-Banken. Seit Januar 2024 unterrichtet er an der European School of Management and Technology (ESMT) in Berlin. Unter seiner Federführung wird dort der „Digital-Euro-Hub“ aufgebaut. Weiterhin ist Wuermeling als Rechtsanwalt bei der Kanzlei A&O Shearman in Frankfurt tätig. GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel sprach mit ihm über den Digitalen Euro.

GZ: Herr Prof. Wuermeling, lassen Sie uns direkt einsteigen: Welches Potenzial ist mit dem Digitalen Euro für bayerische Kommunen verbunden?

Wuermeling: Der Digitale Euro birgt ein enormes Potenzial für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, insbesondere in den Kommunen in Bayern. Der immense Fortschritt gegenüber dem klassischen Zahlungsverkehr liegt darin, dass Zahlungen automatisiert ausgelöst werden können. Während derzeit nur Zahlungen zu festgelegten Zeiten selbstständig möglich sind, erlauben konditionierte oder bedingte Zahlungen mit dem programmierbaren Digitalen Euro die automatische Auslösung von Zahlungen in Reaktion auf jedwedes digitale Signal.

GZ: Können Sie ein konkretes Beispiel nennen?

Wuermeling: Nehmen wir einen einfachen Besuch im Schwimmbad: Durch die Verknüpfung mit

dem Digitalen Euro und entsprechenden Geodaten könnte die Zahlung der Eintrittsgebühr automatisch ausgelöst werden, nachdem das System registriert hat, wann der Besucher das Bad betreten und wieder verlassen hat. Dem muss der App-Benutzer natürlich datenschutzkonform zustimmen. Dann aber bietet die Anwendung erheblichen Komfort: kein Anstehen an der Kasse, keine Ticketverwaltung – die Kommune könnte sogar auf die Kasse verzichten. Zudem wären detaillierte Auswertungen über die Besucherströme möglich.

Für den kommunalen Bereich sind zahlreiche Anwendungen denkbar, da viele Zahlungsverpflichtungen digital festgelegt werden können, ob Sozialleistungen oder Parkgebühren. Wenn ich meinen neuen Personalausweis abhole, könnte die Gebühr beim Verlassen des Gebäudes automatisch bezahlt werden. Verwaltungsvorgänge

würden dadurch erheblich vereinfacht und beschleunigt.

GZ: Wie können die Kommunen diese Möglichkeiten nutzen?

Wuermeling: Mein Appell wäre, bei der fortschreitenden Digitalisierung in den Kommunen nun auch das Bezahlen mitzudenken und einzubauen. Es ist ein wenig wie bei der Einführung des Smartphones, bei der viele zunächst „keinen Mehrwert“ sehen wollten. Beschäftigte man sich aber damit, eröffnete sich ein riesiges Feld von Möglichkeiten. Die Optimierungspotenziale können nur in den Kommunen selbst erkannt werden, denn dafür muß man die täglichen Prozesse kennen.

GZ: Werden diese intelligenten Nutzungen von Anfang an den Kommunen zur Verfügung stehen?

Wuermeling: Das ist noch offen. Den digitalen Euro gibt es praktisch in einer Basisversion und in einer fortgeschrittenen Version. Über die smarten Funktionen wird an vielen Stellen intensiv nachgedacht. Aber die EZB hat noch nicht entschieden, ob der Digitale Euro über die Basisversion hinaus damit von Anfang an ausgestattet wird. Dazu rate ich dringend, denn genau hier liegt das enorme Potenzial einer digitalen Währung, das bisherige Zahlungssysteme schlicht nicht bieten können. Die Kommunen sollten auch darauf drängen, dass die intelligenten Funktio-

nen des Digitalen Euro von der EZB für sie von Anfang an bereitgestellt werden.

Mehrwert für die Verwaltung

GZ: Wenn der Digitale Euro kommt, und das könnte schon in drei oder vier Jahren so weit sein, dann soll es eine Annahmeverpflichtung geben und Kommunen und öffentliche Einrichtungen wären die ersten, die eine Wallet haben müssten. **Wuermeling:** Richtig, jedoch handelt es sich hierbei nicht um den smarten, intelligenten Digitalen Euro, von dem ich zuvor gesprochen habe. Vielmehr geht es um die einfache Basisversion, die die EZB derzeit vorbereitet. Bei dieser Variante löse ich die Zahlung manuell aus, ähnlich wie bei einer Kartenzahlung. Ja, die Kommune benötigt eine Wallet, um Zahlungen entgegenzunehmen, aber das ist Teil des Girokontos und bedeutet keinen großen Aufwand. Die interessantere Frage ist, ob die Kommune mittelfristig überhaupt noch andere Zahlungsmethoden anbieten muss, wenn der einfache Digitale Euro verfügbar ist. Dadurch könnten die Kommunen Kartenterminals ablösen, Gebühren einsparen und auf Bargeldhaltung verzichten. Es würden die gleichen Funktionen wie bei Paypal oder ApplePay zur Verfügung stehen, jedoch ohne die hohen Transaktionsgebühren. Hier sehe ich schon in der Basisversion des Digitalen Euro einen großen Mehrwert für die öffentliche Verwaltung.

GZ: Die Ambition ist also, ein einziges Zahlungsmittel für alles zu schaffen?

Wuermeling: Und das nicht nur lokal, sondern in ganz Europa! Es

gäbe ein Zahlungsmittel für den gesamten Euroraum, mit dem Sie an der Ladenkasse, im Internet, mit dem Handy oder privat bezahlen können. Sie bräuchten nicht mehr wie heute mit zahlreichen Karten, mit Geldscheinen und Paypal parallel zu hantieren.

GZ: Was sagen die Banken?

Wuermeling: Die sind skeptisch, erkennen aber zunehmend die Chancen für sich. Richtig ist aber zunächst: Die Einführung des Digitalen Euro könnte sich auf die Erträge der Banken im Zahlungsverkehr auswirken. Auch Paypal und Kreditkartenunternehmen könnten stark betroffen sein, wenn Kunden künftig lieber mit dem Digitalen Euro bezahlen. Eine weitere Sorge besteht darin, dass Bankkunden ihr Geld möglicherweise nicht mehr auf dem Girokonto, sondern digital in der Wallet aufbewahren. Dies würde das Geldangebot für Kredite reduzieren, was wiederum die Grundlage des Bankengeschäfts bildet. Eine mögliche Lösung für Banken wäre, das Halten von Geld auf dem Konto durch attraktive Zinsen zu fördern, da Wallets keine Zinsen bieten. Es wäre auch eine Obergrenze für die Haltesumme in einer Wallet denkbar, um den Abfluß von Einlagen zu begrenzen.

Jedoch könnten die smarten und intelligenten Anwendungen des Digitalen Euro den Banken neue Dienstleistungsmöglichkeiten eröffnen, wie z. B. das Angebot von smarten Verträgen. Damit kann z. B. digital mit einem schlichten Foto festgestellt werden, dass ein Gärtner den Rasen gemäht hat und dann fließt ihm automatisch der Digitale Euro zu. Handwerker bräuchten in solchen Fällen keine Rechnungen mehr zu stellen und sich vor allem keine Sorgen mehr machen, ob die



Prof. Dr. Joachim Wuermeling.
Bild: privat

Kunden am Ende auch bezahlen. Solche Funktionalitäten könnten möglicherweise von Sparkassen, Genossenschaftsbanken oder anderen Banken angeboten werden.

GZ: Woher kommt die Idee für den Digitalen Euro?

Wuermeling: Zentralbanken in aller Welt waren besorgt, dass sie mit der weiteren Verbreitung von Bitcoin und anderen Kryptowährungen die Kontrolle über das Geld verlieren könnten. Zusätzlich sorgte das Libra-Projekt von Facebook für Unruhe. Da das von den Notenbanken herausgegebene Geld ein Stabilitätsfaktor unseres Wirtschaftssystems ist, mussten die Zentralbanken erwägen, ihrerseits digitales Geld bereitzustellen, um die staatliche Hoheit über das Geld zu bewahren. Das von einer Zentralbank kontrollierte Geld genießt das Vertrauen der Öffentlichkeit und ermöglicht etwa die Bekämpfung von Inflation. Deshalb denken (Fortsetzung auf Seite 6)

T GLASFASER

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt

Unsere Ziele für Bayern

- Starke Partnerschaft für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern
- Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort
- Schnelles und stabiles Glasfasernetz als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigenden Bedürfnisse Ihrer Bürger
- Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung

www.telekom.de/glasfaser

Die Crux mit den Zahlen

Sparkassen und Kreditgenossen zu Unrecht unter Generalverdacht

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Regelmäßig im Frühjahr veröffentlicht die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), wie oft und zu welchen Themen sich Bankkunden im abgelaufenen Jahr über ihre Institute beschwert haben. Die Zahlen für 2023 lassen aufhorchen. Danach hat die Verärgerung über Banken immens zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Kunden, die über ihr Kreditinstitut bei der BaFin schimpfen, um 86,6 Prozent gestiegen. Ein erstaunlicher Zuwachs. Entsprechend betitelten die Aufseher dann auch die Verlautbarung auf ihrer Website mit „Zahl der Verbraucherbeschwerden bei der BaFin steigt deutlich“. Damit war die Tonalität gesetzt, der viele Medien mit ihrer Berichterstattung zum vermeintlichen Unmut der Kunden mit ihren Banken folgten.

Was folgerichtig klingt, muss nicht immer folgerichtig sein. Ja, die Beschwerden der Bankkunden sind 2023 tatsächlich erheblich gestiegen. Von 14.760 auf 27.536. Aber eben nicht flächendeckend und nicht bei allen Banken. Und das macht die Brisanz

der BaFin-Information aus. Der tiefere Blick in die Zahlen zeigt nämlich: Bei Sparkassen haben die Beschwerden sogar geringfügig auf 2.216 abgenommen. Bei den Genossenschaftsbanken ist der Unmut im Jahresvergleich von 1.807 auf 1.920 Beanstandungen nur leicht gestiegen. In Wallung gekommen sind die Kunden dagegen in der Säule der Privaten Banken. Hier haben die Beschwerden tatsächlich signifikant zugenommen, von 7.935 im Jahr 2022 auf 20.238 im letzten Jahr. Die Entwicklung ist wohl ganz wesentlich den Problemen aus der IT-Umstellung bei der Postbank und in kleinerem Umfang mitunter verspätet zugestellter Jahressteuerbescheinigungen der Commerzbank geschuldet. Die diskreten Formulierungen in der Pressemitteilung der BaFin weisen in dieselbe Richtung. Nichts Neues also – zu beiden Themen gab es in den letzten 12 Monaten hinreichend Medienberichterstattung.



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

Fünf Lehren

Warum die Aufseher, die seit geraumer Zeit eher dazu neigen, Kreditinstitute bei Verfehlungen sehr direkt zu benennen, das bei der Präsentation der Beschwerdestatistik nicht getan und lieber einen Schatten auf die ganze Branche geworfen haben, wird ihr Geheimnis bleiben. Zugleich lassen sich aus dem Vorgang jedoch fünf Lehren ziehen:

Da ist erstens die Crux mit den Zahlen. Jetzt sollen die Beschwerden über Banken hier nicht klein geschrieben werden und hinter jeder steht ein persönliches menschliches Empfinden – mal größer, mal kleiner. Und doch: Bei 114 Millionen Girokonten in Deutschland sind 27.536 Kunden, die sich über eine Unzulänglichkeit in ihren Bankgeschäften beschwerten, keine Zahl, die einem den Atem stocken lässt.

Zweitens ist es nicht so einfach bei Seite zu wünschen, wenn der eine oder andere Banker – bei vorgehaltener Hand – hinterfragt, welche grundlegenden Erkenntnisse die Aufseher aus der Beschwerdestatistik ziehen. Nicht jeder teilt, angesichts der genannten Zahlenverhältnisse die Ansicht von Christian Bock, dem Leiter der BaFin-Verbraucherschutzabteilung, nach der Beschwerden für die Aufsichtsarbeit „ein wichtiger Indikator“ seien.

Zum Dritten steht es einer Behörde nicht gut zu Gesicht, wenn sie über Mitteilungen einen Ton so anschlägt, dass er zwar von den Medien sicher gehört wird, aber ansonsten wenig nuanciert klingt. Von einer staatlichen Ein-

richtung, die bei den beaufsichtigten Kreditinstituten sehr formell agiert, sollte man im Presseauftritt mehr Etikette erwarten dürfen.

Viertens ist es (nochmals) einer politischen Debatte wert, wieviel an Verbraucherschutzbehörde künftig in der BaFin stecken soll. Das kritisch mit politischen Entscheidern, Aufsehern, Kreditwirtschaft und Verbraucherschützern zu diskutieren, scheint notwendig. Durchaus auch zum Schutz der Bankenaufsicht, der eine überbetonte Rolle als „Kundenanwalt“ womöglich mehr schadet als nutzt.

Fünftens schließlich ist das Ganze ein Beispiel für den Grenzbereich medienvermittelter Kommunikation. Wenn selbst in Teilen der sogenannten Qualitätspresse die Botschaft der BaFin wenig einordnend und hinterfragend aufgenommen wird, dann ist das nicht nur handwerklich bedauerlich, sondern auch aus anderem Grunde bedenklich. Warum? Weil sie damit ein Stück der wichtigen Orientierungsfunktion für ihre Nutzer aufgibt – und damit ein relevantes Unterscheidungsmerkmal im Wettstreit mit jenen, die gerne den informativischen (digitalen) Flach- und Fehlpass spielen.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen.

Chancen und Herausforderungen...

(Fortsetzung von Seite 5)

praktisch alle Zentralbanken weltweit, nicht nur die EZB, über die Herausgabe einer digitalen Währung nach. Das interessante daran ist: Erst im Laufe des Projekts wurde deutlich, dass digitales Zentralbankgeld noch viel mehr Vorteile bietet als die Wahrung des staatlichen Geldmonopols. Es zeigte sich, dass digitales Geld das überlegene und intelligentere Zahlungsmittel im Vergleich zum herkömmlichen Geld ist. Daher steht heute der innovative Charakter von digitalem Geld im Vordergrund.

GZ: Aber der digitale Euro ist keine Anlageform?

Wuermeling: Genau, und das ist der entscheidende Unterschied zu Bitcoin. Ein Euro bleibt ein Euro, unabhängig von seiner Form. Sein Wert schwankt nicht. Er verkörpert einen Anspruch gegenüber der Zentralbank, sei es in Form von Digitalgeld, einer Banknote oder als Guthaben auf einem Konto bei der Zentralbank. Zwar verzinst sich der Digitale Euro nicht, aber dafür ist er anders als etwa Kryptoassets sicher.

Kritik am Digitalen Euro

GZ: Kommen wir zur Kritik am Digitalen Euro. In Venezuela ist die Einführung der staatlichen Kryptowährung Petro nach fünf Jahren gescheitert. In China wird das digitale Zentralbankgeld bereits benutzt, um die Gesellschaft im Sinne von Partei und Staat zu gestalten. Was unterscheidet denn das europäische digitale Zentralbankgeld von diesen Beispielen?

Wuermeling: Das, was Sie „Gestaltung“ in China nennen, ist im Grunde genommen nichts anderes als die Nutzung des digitalen Geldes als Überwachungsinstrument. Im Kern ist das digitale Zentralbankgeld eine Basistechnologie, die für sehr verschiedene Zwecke genutzt werden kann, solche und solche. In Entwicklungsländern wird sie hauptsächlich eingesetzt, um denjenigen, die ein Handy, aber kein Bankkonto haben, den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu ermöglichen – also finanzielle Inklusion zu fördern. Doch dies funktioniert natürlich nicht, wenn die Bevölkerung, wie in Venezuela, kein Vertrauen in die staatliche Währung hat. Denn letztendlich bleibt das Geld dasselbe, unabhängig davon, ob es in digitaler Form, als Konto oder Banknote verfügbar ist. Wenn Menschen kein Vertrauen in staatliches Geld haben, werden sie es auch dann nicht nutzen, wenn es digital angeboten wird.

Aber digitales Zentralbankgeld kann ein effektives Instrument zur Bekämpfung der finanziellen Ausgrenzung sein, da Menschen ihr Geld dann über eine Wallet auf ihrem Handy verwalten können und keine herkömmliche Bank benötigen. Dies ist jedoch nicht die Absicht hinter dem Digitalen Euro im Euroraum. Hier ist das Ziel, ein Zahlungsmittel für die digitale Welt bereitzustellen. In dieser Hinsicht ist die EU unter den Industrieländern gegenwärtig sogar führend.

GZ: Die Kritik am Digitalen Euro schließt auch die Unvereinbarkeit von Anonymität im Zahlungsverkehr und Schutz vor Geldwäsche mit ein.

Wuermeling: Die digitale Natur des Digitalen Euro eröffnet eine Vielzahl von Möglichkeiten der Ausgestaltung. Zum Beispiel könnte der Zahler anonym bleiben, während der Empfänger identifiziert wird, oder ähnliche Konfigurationen. Es gibt eine Vielzahl von Varianten, die in Betracht gezogen werden können. Letztendlich muss die Politik und die Gesellschaft entscheiden, welches Ziel höher be-

wertet wird: die Anonymität der Zahlungen zum Schutz der Privatsphäre oder die Transparenz zur Bekämpfung von Betrug. Dabei muss uns bewusst sein, dass wir derzeit keineswegs vollständige Anonymität bei unseren Zahlungen haben. Während Bargeldzahlungen noch anonym sind, sind alle anderen Arten von Transaktionen – sei es eine Überweisung, eine Zahlung mit Kreditkarte, EC-Karten oder PayPal – offen wie eine Postkarte. Ihre Kontoauszüge zeigen detailliert, wann und an wen Sie welche Beträge gezahlt haben. In den täglich genutzten Zahlungsmethoden gibt es also heute eine geringe Anonymität.

Im Vergleich dazu wird eine Zahlung mit dem digitalen Euro von Natur aus viel anonym sein, da auf Ihrem Kontoauszug lediglich der Kauf von digitalen Euros verzeichnet wird, ohne weitere Details. Während der eigentlichen Transaktion entsteht keine Datenübertragung, es sei denn, es besteht eine gesetzliche Verpflichtung dazu. Im Wesentlichen ist eine Zahlung im digitalen Euro fast so anonym wie mit Bargeld.

GZ: Der digitale Euro wird auch als Instrument dargestellt, um uns unabhängiger zu machen. Wieso?

Wuermeling: Zwei Drittel aller inländischen Zahlungen werden über nicht-europäische Systeme abgewickelt. Die Emittenten von Kreditkarten sind allesamt US-Unternehmen, ebenso wie Paypal und Apple, von denen wir völlig abhängig sind. Wenn man bedenkt, dass bei einem Ausfall der Zahlungssysteme eine gesamte Volkswirtschaft zum Erliegen kommt, ist das ein unbestreitbares Risiko. Der Digitale Euro hingegen operiert auf einer ausschließlich europäischen Infrastruktur. Die Einführung des Digitalen Euro würde uns deshalb unabhängiger und widerstandsfähiger machen.

GZ: Gehen Sie davon aus, dass der Digitale Euro kommt?

Wuermeling: Ich bin absolut davon überzeugt, denn die Vorteile des Digitalen Euro treten immer deutlicher zutage. Die Notwendigkeit wird ebenfalls immer offensichtlicher, insbesondere vor dem Hintergrund des digitalen Fortschritts mit Web 3.0, Industrie 4.0, Machine-to-Machine-Zahlungen, dem Metaverse und vielem mehr. In diesen neuen Ökosystemen gibt es bisher schlichtweg kein staatliches Geld, mit dem Zahlungen getätigt werden können. Stattdessen bleiben Sie auf Bitcoin, Dollar-Stablecoins oder ähnliches angewiesen. Wenn der Staat durch die Zentralbanken kein digitales Geld bereitstellt, wird das Geld reprivatisiert. Das wäre ein Rückschritt um 150 Jahre als es nur privates Geld gab. Die Reaktion der Zentralbanken, digitales Geld zu entwickeln, entspringt einem klaren Bedarf der Verbraucher, der privaten Wirtschaft und eben auch der öffentlichen Hand. Das wird allen Beteiligten immer stärker bewußt.

GZ: Und was heisst das nun für die Kommunen?

Wuermeling: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für Kommunen, die intelligenten Möglichkeiten des Digitalen Euro in die Digitalisierungsprojekte der Städte und Gemeinden einzubauen. Bei allem Nachholbedarf steht Bayern ja mit an der Spitze bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Deshalb sollte es auch zu den ersten gehören, die von den Möglichkeiten des Digitalen Euro in der Verwaltung Gebrauch machen. Konsequenterweise sollte die bayerische Politik dann auch verlangen, dass, wenn schon ein Digitaler Euro eingeführt wird, er dann aber auch von Anfang an mit allen intelligenten Funktionen ausgestattet ist, die Nutzen bringen. **CH**

Jahresbilanz der Bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken:

Auf solidem Erfolgskurs

Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken blicken auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2023 zurück. Wie Gregor Scheller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, in München mitteilte, sei das Betriebsergebnis um 1,8 Mrd. Euro auf 2,1 Mrd. Euro gestiegen. Die positive Entwicklung sei auf das nach wie vor stabile Kundengeschäft und eine weitere Verbesserung in der Kosteneffizienz zurückzuführen.

Die Ausleihungen der Genossenschaftsbanken nahmen um 2,7 Prozent auf 140,5 Mrd. Euro zu. Das hohe Kreditwachstum aus den zurückliegenden Ausnahmejahren sei jedoch nicht erreicht worden. Die Kredite an Firmenkunden stiegen um 3,4 Prozent auf 75,3 Mrd. Euro, Kredite an Privatkunden wuchsen um 1,7 Prozent auf 61,3 Mrd. Euro. „Die Banken spüren die Zurückhaltung bei Privathaushalten und Wirtschaft. In einem insgesamt langsamer wachsenden Markt haben die bayerischen VR-Banken ihren Marktanteil weiter leicht ausgebaut“, betonte Scheller.

Immobilienkredite

Abgekühlt hat sich dagegen das Geschäft mit Immobilienkrediten, einem wesentlichen Geschäftsfeld der Volks- und Raiffeisenbanken. Das private Wohnbaukreditgeschäft stieg mit 1,6 Prozent leicht auf ein Volumen von 56 Mrd. Euro an. Das Neugeschäft erreichte aber bei Weitem nicht mehr die Rekordzuwächse der zurückliegenden Jahre. Scheller zufolge ist der Bedarf an Wohnraum ungebrochen. Es gebe viele Wohnungssuchende, zugleich lasse die Bauaktivität spürbar nach. Damit verschärfe sich die Lage, vor allem in Ballungszentren. „Diese Entwicklung betrachte ich nicht nur unter dem geschäftlichen Aspekt mit Sorge. Die Wohnungen, die heute nicht finanziert und gebaut werden, fehlen morgen auf dem Wohnungsmarkt. Davor sollte die Politik nicht die

Augen verschließen und für Impulse beim Wohnungsbau sorgen“, forderte der GVB-Chef.

Positiv wirkt sich die Zinswende auf das Ergebnis der Volks- und Raiffeisenbanken aus. Der Zinsüberschuss stieg um 14 Prozent auf rund 3,6 Mrd. Euro. „Nach der Negativzinsphase sind die Banken wieder in der betriebswirtschaftlichen Normalität angekommen. Geld hat wieder einen Preis“, kommentierte Scheller. Die Provisionserträge blieben konstant bei knapp 1,4 Mrd. Euro.

Kundengelder

Bei den bilanziellen Kundengeldern verzeichneten die Banken ein Plus von 0,4 Prozent auf 158,5 Mrd. Euro. Dabei ist eine deutliche Umschichtung zu beobachten von Sichteinlagen in Einlagen bei festverzinslichen Sparprodukten. Die Termineinlagen legten aufgrund attraktiverer Verzinsung deutlich zu und haben sich mehr als verdreifacht (plus 216,5 Prozent). „Die Banken haben den Kunden gut verzinsten Alternativen zum Tagesgeld angeboten“, stellte Scheller fest. Folglich sind auch die Zinskosten gestiegen, um mehr als 300 Prozent von 288 Mio. Euro auf fast 1,2 Mrd. Euro. Das außerbilanzielle Kundenanlagevolumen stieg wegen gewachsener Bestände im Wertpapier- und Fondsgeschäft. Die Kunden investierten aufgrund des steigenden Zinsniveaus 2023 deutlich mehr in Rentenpapiere und Rentenfonds als im Vorjahr. Die Nettozuflüsse bei

Aktien und Aktienfonds, Immobilienfonds und Mischfonds waren im Jahr 2023 hingegen geringer als im Vorjahr.

Nach Abschreibungen auf die selbst gehaltenen Wertpapiere in Höhe von 1,7 Mrd. Euro im Vorjahr notierten die Banken 2023 Zuschreibungen von rund 330 Mio. Euro. Zum einen ist dies darauf zurückzuführen, dass Anleihen, deren Wert sich aufgrund der Zinsentwicklung im Vorjahr stark verringert hatte, wieder an Wert gewonnen haben, weil der Fälligkeitstermin näher gerückt ist. Zum anderen hat sich der Rückgang im Marktzins im vierten Quartal positiv auf die Bewertung ausgewirkt.

Solide Ausstattung mit Eigenkapital

Deutlich stärker als die Kosten stiegen die Erträge der bayerischen Genossenschaftsbanken. Die Aufwand-Ertrag-Relation (CIR) ist mit einem Wert von 59,8 (2022: 61,2) erstmals unter 60 gesunken. Gewachsen ist auch das harte Kernkapital der Banken: von 19,2 auf 19,9 Mrd. Euro. Die harte Kernkapitalquote liegt damit bei 16,3 Prozent. Scheller sieht darin einen weiteren Beleg für die Solidität der Kreditgenossenschaften: „Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken sind solide mit Eigenkapital ausgestattet. Damit haben sie die besten Voraussetzungen, um auch künftig Firmen- und Privatkunden verlässlich mit Krediten versorgen zu können und damit die Transformation der Wirtschaft sowie die notwendigen Investitionen in die Energiewende zu finanzieren.“

Durch Fusionen sank laut Scheller die Anzahl der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken von 197 auf 184 Banken. Diese Entwicklung ste-

he in direktem Zusammenhang mit zunehmenden regulatorischen Auflagen. „Die Erfüllung der Regulierungsanforderungen bindet immer mehr Fachkräfte in der Bank. Der Regulierungsdruck erhöht auch den Fusionsdruck“, erläuterte der Präsident. Er plädierte dafür, Fachkräfte weniger stark mit administrativen Aufgaben zu beschäftigen. „Der Bürokratieabbau muss in der Praxis umgesetzt werden. Wir sollten unsere Kräfte in der Wirtschaft mehr auf Transformation und Wachstum richten und uns von unnötigem Papierkram verabschieden“, ergänzte Scheller. Ein Beispiel dafür seien AGB-Änderungen: Nach einem Urteil des BGH müssen Kunden sämtlichen Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen ausdrücklich zustimmen. Dies sei praxisfern, belaste Banken sowie deren Kunden gleichermaßen und leiste keinen Beitrag zum Verbraucherschutz.

Nach wie vor sind Volks- und Raiffeisenbanken attraktive Arbeitgeber: So blieb die Zahl der Beschäftigten mit 29.334 (Vorjahr 29.336 Beschäftigte) konstant – davon sind 1.799 Auszubildende, 81 mehr als im Jahr davor.

Verhaltener Optimismus

Trotz der von zahlreichen Unsicherheiten geprägten aktuellen Lage (die weitere Zinspolitik der EZB ist noch nicht absehbar, künftige konjunkturelle Risiken sind nicht auszuschließen) zeigt sich der Genossenschaftsverband Bayern verhalten optimistisch: „Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken sind gut kapitalisiert. So werden sie ihren soliden Erfolgskurs fortsetzen“, prognostizierte Präsident Scheller. Für die gesamte Wirtschaft wünscht er sich mehr soziale Marktwirtschaft und mehr Eigenverantwortung. „Wir haben in Deutschland, in Bayern, in unserer Wirtschaft viel Potenzial. Das gilt es auszuschnüffeln. Wir müssen mehr umsetzen und weniger lamentieren.“ **DK**

Jahresbilanz 2023 der LfA:

Stärkung des bayerischen Mittelstandes im Fokus

Die LfA Förderbank Bayern blickt auf ein solides Geschäftsjahr 2023 zurück: Im Kerngeschäft mit Programmkrediten für Mittelstand und Kommunen sagte die staatliche Spezialbank rund 1,62 Milliarden Euro zu. Die mittelständischen Betriebe und Selbständigen konnten damit Investitionen in Höhe von rund 2,2 Milliarden Euro realisieren. Zusammen mit den Konsortial- und Globaldarlehen (678 Millionen Euro) erreichte die Kreditvergabe 2023 mit rund 2,30 Milliarden Euro ein ähnliches Niveau wie im letzten Vorpendemiejahr 2019. Das gilt auch für die Gesamtförderleistung für den Wirtschaftsstandort Bayern, die einschließlich der Risikoübernahmen (188 Millionen Euro) bei rund 2,48 Milliarden Euro lag. Die Bilanzsumme betrug 25,049 Milliarden Euro. Die Kernkapitalquote (Tier 1) stieg auf 19,6 Prozent.

Erneut stark gefragt waren im vergangenen Jahr die Finanzierungsangebote für Gründung und Unternehmensnachfolge sowie für Modernisierungs- und Wachstumsinvestitionen. Die Gründungsförderung lag bei 466 Millionen Euro. Neben mehr als 280 Neugründungen wurden auch über 620 Existenzgründungen durch Betriebsübernahmen finanziert. Die Förderung von Modernisierungs- und Wachstumsvorhaben bildete mit Zusagen von 1,12 Milliarden Euro einen weiteren Schwerpunkt. Ein deutliches Plus gab es beim In-

novationskredit 4.0 zur Finanzierung der gesamten Bandbreite von Innovationsvorhaben, Digitalisierungsvorhaben, innovativen Geschäftsmodellen und innovativen Unternehmen – dort erhöhte sich das Zusagevolumen um mehr als 33 Prozent auf über 185 Millionen Euro.

Investitionen in die kommunale Infrastruktur

Knapp 80 bayerische Kommunen konnten 2023 mit LfA-Förderkrediten Investitionen in die kommunale Infrastruktur in Hö-

he von rund 179 Millionen Euro realisieren.

Die Mitte bzw. Ende des Jahres 2022 eingeführten Krisenhilfen zur Absicherung von Unternehmen, die von der Energiepreiskrise im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg besonders hart betroffen waren, wurden im zurückliegenden Jahr erfreulicherweise kaum benötigt. Die „Ukraine-Bürgschaften der LfA“ sind zum 31.12.2023 ausgelaufen. Der „Energiesoliditätskredit“ wird Ende April eingestellt.

Die im Verbund mit der LfA stehenden Unternehmen BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und Bayern Kapital GmbH stellen den bayerischen Gründern und Unternehmern zudem Eigenkapitalangebote in allen Entwicklungsphasen der Unternehmen zur Verfügung. Im vergangenen Jahr wurden allein über unsere 100-prozentige Tochter Bayern Kapital sowie Fondsinvestitionen rund 90 Millionen Euro neu zugesagt.

Stabile Vermögens- und Ertragslage

Die LfA kann betriebswirtschaftlich auf ein erneut erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die Bilanzsumme lag mit 25,049 Milliarden Euro leicht über dem Vorjahresniveau (+ 2,7 Prozent). Die harte Kernkapitalquote stieg leicht auf 19,6 Prozent (2022: 19,5 Prozent). Das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge beträgt erfreuliche 50 Millionen

Euro. Dies ermöglicht nicht nur eine Stärkung der Rücklagen der Bank (Zuführung von 30 Millionen Euro zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB), sondern auch einen unverändert hohen Jahresüberschuss von 20 Millionen Euro, der zum Großteil an den Freistaat Bayern ausgeschüttet wird.

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger: „Unsere mittelständischen Betriebe in Bayern brauchen verlässliche Partner wie die LfA. Fast 3.600 Unternehmen und Kommunen hat unsere staatliche Förderbank im vergangenen Jahr unterstützt. Ich freue mich ganz besonders, dass bei den Förderungen die Felder Innovation, Gründung und Wachstum im Fokus lagen. Das ist ein starkes Zeichen für die Zukunft und stimmt mich auch ein Stück weit optimistisch trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen in Deutschland.“

Passgenaue Finanzierungshilfen

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, betont: „Mit unseren passgenauen Finanzierungshilfen konnten wir auch 2023 einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die bayerischen Unternehmen durch herausfordernde Zeiten zu begleiten. Die alles überlagernde Aufgabe ist die Transformation hin zu Digitalisierung und klimafreundlichem Wirtschaften. Bei der Finanzierung des damit verbundenen enormen Investitionsbedarfs schlägt langfristig hier die ‚Stunde der Förderbanken‘. Wir laden den bayerischen Mittelstand ein, mit unseren Förderangeboten in eine erfolgreiche Zukunft zu investieren.“

150 Jahre Raiffeisen-Volksbank im Ries

Auf den Tag genau 150 Jahre nach der Gründungsveranstaltung der Raiffeisen-Volksbank Ries eG fanden sich in der Nördlinger Hauptfiliale rund 100 Gäste zur Vernissage einer Pop up-Ausstellung ein. Das Kooperationsprojekt mit dem Museum KulturLand Ries, das sein 40-jähriges Bestehen feierte, rückt die bewegte Geschichte von den Anfängen der Nördlinger Gewerbebank und den Genossenschaftsgründungen auf den Rieser Dörfern bis zur heutigen RVB Ries in den Mittelpunkt. Bis 31. Juli sind weitere Veranstaltungen und kostenlose Vermittlungsprogramme für Schulklassen geplant.

Die Raiffeisen-Volksbank Ries fußt auf zahlreichen kleinen Rieser Dorf-Genossenschaften, die überwiegend in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufen wurden. Die erste Genossenschaft entstand in Nördlingen. Dort wurde am 4. März 1874 unter der Federführung des Buchhändlers, Journalisten und Verlegers Ernst Rohmer die Gewerbebank Nördlingen gegründet. Diese erste Gründung einer Kreditgenossenschaft im Ries stand ganz im Geiste Hermann Schulze-Delitzschs. Um wirtschaftlicher Not zu begegnen, kämpfte er seit Mitte des 19. Jahrhunderts für den Zusammenschluss in Genossenschaften als Hilfe zu Selbsthilfe.

Neben ihm war es Friedrich Wilhelm Raiffeisen, der als einer der Vordenker und Initiatoren der Genossenschaftsidee gilt. Er propagierte Darlehenskassenvereine, deren Verwaltung die Mitglieder selbst übernahmen. Die finanzielle Beteiligung zahlreicher Bürger ermöglichte Anschaffungen im Gemeinschaftsinteresse und minimierte gleichzeitig das Risiko für den Einzelnen. Dem Credo „Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele“ folgend, avancierte die Genossenschaftsidee zum Erfolgsmodell. 1883 entstand mit Alerheim die erste Vereinsgenossenschaft auf dem Rieser Land, der bis 1921 in fast allen Gemeinden des Umlands weitere 64 nach

dem Muster Raiffeisens folgten. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts spürten auch die Dorf-Raiffeisenkassen die Auswirkungen der beiden Weltkriege und der Inflation sehr deutlich. Das Vereinsleben lag oft viele Jahre brach. In allen Fällen jedoch organisierten sich die Genossenschaftsmitglieder nach schwierigen Phasen wieder neu und waren oft die Aktivposten in der Dorfgemeinschaft.

In den 1960er-Jahren beschloss viele Raiffeisenkassen, sich zu größeren Einheiten zusammenzuschließen. So gingen etwa im Jahr 1966 die Raiffeisenkasse Bühl und die Raiffeisenkasse Wörnitzostheim mit der Raiffeisenkasse Alerheim zusammen. Kleinsorheim schloss sich 1965 mit Möttingen zusammen, 1968 Pfäfflingen und Löpsingen. Insgesamt entstanden stärkere und handlungsfähigere Einheiten.

Die heutige Raiffeisen-Volksbank Ries entstand aus den großen Zusammenschlüssen der Raiffeisenbank Nördlingen mit der Volksbank Nördlingen 1990. 1998 kam die Raiffeisenbank Oettingen dazu, 2002 die Raiffeisenbank Möttingen und 2003 die Raiffeisenbank Oberes Kesseltal. Die RVB Ries als Partner der heimischen Wirtschaft und der privaten Investoren ist heute der größte Finanzdienstleister in der Region mit einer Bilanzsumme von rund 905 Mio. Euro. DK



V.l.: Dr. Bernhard Schwab, Vorsitzender des LfA-Vorstands; Hubert Aiwanger, Bayerns Wirtschaftsminister; Stefan Höck, Mitglied des LfA-Vorstands. Bild: Stefan Heigl

Kommunale Kassenlage 2023

Laut Informationsbrief des Bayerischen Städtetags hat die Dynamik bei den Ausgaben die Kassenlage der Städte und Gemeinden im Freistaat verschärft. Das Defizit belief sich 2023 auf 2,5 Mrd. Euro. Lediglich ein gutes Gewerbesteueraufkommen im Schlussquartal und ein kassentechnischer Einmaleffekt zu Jahresbeginn konnten ein höheres Defizit verhindern. „Damit ist die Ausgangslage für 2024 ungünstig. Aufgrund der Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben werden die Haushalte weiter unter Druck geraten. Es zeichnet sich ein deutlicher Anstieg der Verschuldung ab“, heißt es.

Nach Angaben des Statistischen Landesamts stiegen die Einnahmen der bayerischen Kommunen (+5,3 Prozent) langsamer als die Ausgaben. Bei den Ausgaben setzte sich der Anstieg (+11,3 Prozent) fort. Im Ergebnis führte die Entwicklung zu einem Defizit von 2,5 Mrd. Euro. Mehr als die Hälfte des negativen Finanzierungssaldos entfiel auf die kreisfreien Städte (1,5 Mrd. Euro). Im kreisangehörigen Raum lag das Defizit bei knapp einer Milliarde Euro.

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen (Netto) stiegen um 5,4 Prozent auf rund 25 Mrd. Euro. Die Brutto-Gewerbesteuer (ohne Abzug der Gewerbesteuerumlage) lag mit einem bayernweiten Gesamtaufkommen von rund 13 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2023 moderat über dem Vorjahresaufkommen (+2,9 Prozent). Zum 30. September 2023 war die Entwicklung bei der Gewerbesteuer noch leicht rückläufig (-0,4 Prozent).

Während die kreisfreien Städte nach den ersten drei Quartalen noch einen leichten Zuwachs (+1,9 Prozent) verzeichneten, gab es im kreisangehörigen Raum einen Rückgang um 2,2 Prozent. Im Jahresabschlussquartal stiegen die Gewerbesteuererinnahmen deutlich. Vor allem bei den kreisfreien Städten legte das Steueraufkommen zu (+19,1 Prozent). Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden notierten ein Plus von 6,2 Prozent.

Das Beteiligungsaufkommen der

Gemeinden an der Einkommensteuer lag mit einem gesamt-bayerischen Aufkommen von rund 9,9 Mrd. Euro über dem Vorjahresaufkommen (+8,7 Prozent). Allerdings beruht das Plus auf einem kassentechnischen Effekt im ersten Quartal. Zu Jahresbeginn profitierten die Gemeinden von einer hohen Nachzahlung aus der Spitzabrechnung für das Jahresabschlussquartal 2022. Ohne diesen Effekt läge der Anstieg beim Einkommensteueranteil nur geringfügig (+0,4 Prozent) über Vorjahresniveau.

Der Zuwachs bei den Ausgaben ist breit angelegt. Bei den Personalausgaben gab es einen Aufwuchs um 8,3 Prozent auf 13,9 Mrd. Euro. Auch beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+9,4 Prozent) und bei den Bauausgaben (+12,8 Prozent) fiel der Anstieg hoch aus. Das Plus bei Sozialausgaben (+10,9 Prozent) ist auf die hohe Dynamik bei der Sozialhilfe zurückzuführen (+15,9 Prozent). Der Aufwuchs fiel bei Landkreisen (+20,7 Prozent) höher aus als bei kreisfreien Städten (+18,0 Prozent).

Grund für den flächendeckenden Anstieg sind gestiegene Fallzahlen bei der Grundsicherung im Alter und ein vermehrter Rechtskreiswechsel von Geflüchteten aus dem AsylbLG ins SGB XII zum 1. Juni 2022, höhere Ausgaben beim Bürgergeld, mehr Anspruchsberechtigten und höhere Wohnkosten. DK

Rundum digital

Innovative Fachverfahren

AKDB-Mitarbeitende wie Monja entwickeln heute die Fachverfahren von morgen: webbasiert, KI-gestützt und mit individualisierbaren Dashboards versehen. Für komplett digitale Workflows. Damit Sie für Ihre Bürger rundum digital aufgestellt sind.

www.akdb.de/loesungswelt

Bayerische Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften 2023:

Reges Gründungsgeschehen

Von einem regen genossenschaftlichen Gründungsgeschehen war das vergangene Jahr geprägt. Insgesamt nahm der GVB in Bayern 51 genossenschaftliche Neugründungen in seine Reihen auf, davon allein 40 neue Energiegenossenschaften (inklusive 32 Wärme-genossenschaften). „Diese Entwicklung ist ein klarer Beleg für die Attraktivität des Genossenschaftsmodells“, erläuterte GVB-Präsident Gregor Scheller bei der Vorlage der Bilanzzahlen.

Nach seinen Angaben haben sich die 1.031 im GVB organisierten Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in einem volatilen Umfeld erfolgreich behauptet. Der Gesamtumsatz stieg auf 16,6 Mrd. Euro, eine Zunahme von 2,4 Prozent. „Genossenschaften zeigen, was in ihnen steckt, wenn das Gesamtumfeld von Unsicherheiten geprägt ist. Entstanden im 19. Jahrhundert in Krisenzeiten beweisen sie bis heute ihre Leistungsfähigkeit“, kommentierte Scheller. Die 329 Energiegenossenschaften erwirtschafteten 2023 insgesamt 457 Mio. Euro Umsatz, ein Plus von 20,7 Prozent zum Vorjahr. Ermöglicht wurde dies unter anderem durch die wachsende Zahl von Energiegenossenschaften, durch nach wie vor relativ hohe Strompreise und eine gute Stromausbeute bei Photovoltaikanlagen. Um 8,8 Prozent auf 12,3 Mio. Euro steigerten die 147 Wärme-genossenschaften in Bayern ihre Erlöse. Scheller zufolge kommt Nahwärmenetze eine wachsende Bedeutung zu. In ganz Deutschland trieben Städte und Gemeinden ihre kommunale Wärmeplanung in wesentlichen Teilen in Bürgerhand übernehmen. Als Finanzierer nahmen die Volks- und Raiffeisenbanken eine Schlüsselrolle ein. Mit ihrer regionalen Nähe könnten sie einen aktiven Beitrag zum Gelingen der Wärmewende leisten. Neben der Zahl der Wärme-genossenschaften legte auch die Zahl der Photovoltaikgenossenschaften zu. Sie stieg um sieben auf 114 Mitglieder. Für die kommenden Jahre zeichnen sich im Energiebereich Fusionen ab. Dies ist bei den mitunter kleinen Genossenschaften notwendig, um weiteres Wachstum zu stemmen und sich an größeren Projekten beteiligen zu können. Zudem fallen Anlagen nach und nach aus der EEG-Förderung, worauf sich die Genossenschaften einstellen und sich entsprechend anpassen müssen.

Plus beim Handel

Während die 99 Milchgenossenschaften 2023 einen Umsatz in Höhe von 3,8 Mrd. Euro und damit einen Rückgang um 3,7 Prozent verzeichneten, können sich die 63 Handelsgenossenschaften im Freistaat über ein Umsatzplus von 4,9 Prozent auf 6,6 Mrd. Euro freuen. Zwar wird diese Sparte klar von einem Handelsunternehmen aus der Arzneimittelbranche dominiert, jedoch umfasst sie auch die Bereiche Nahrungs- und Genussmittel sowie Dorfläden, die erneut mit einem Ergebnisplus von 6,7 Prozent aufwarteten. „Die Nahversorgung der Bevölkerung auf dem Land wird von den Menschen angenommen. Hier zeigt sich, wie Genossenschaften dazu beitragen können, Lücken zu schließen und zum Wohl der Allgemeinheit zu wirken“, unterstrich Scheller. Der regionale Handel stehe allerdings unter starkem Druck der Discounter.

Einen Umsatz in Höhe von mehr als 1,4 Mrd. Euro (plus 6,9 Prozent) vermelden die 226 ländlichen Genossenschaften. Dabei gab es bei den genossenschaftlichen Unternehmen aus dem Bereich Obst und Gemü-

se deutliche Zuwächse um mehr als 25 Prozent auf 203 Mio. Euro. Hier schlagen nicht nur gestiegene Preise, sondern auch der Trend zur Regionalität durch.

Die 46 Handwerksgenossenschaften konnten ihren Umsatz um 0,7 Prozent auf 991 Mio. Euro steigern. In diesem Segment macht sich der Konjunkturreinbruch im Baugewerbe bemerkbar. Die Unternehmen beklagen zudem, dass Nachwuchs immer schwieriger zu finden ist. Auch dadurch bleiben immer wieder Aufträge auf der Strecke, weil sie aufgrund fehlenden Personals nicht ausgeführt werden können.

Einen Umsatzsprung um 18,4 Prozent auf 1,6 Mrd. Euro notierten schließlich die 150 gewerblichen Genossenschaften. Auch hier ist ein einzelnes Unternehmen dominant, das der Kommunikations- und IT-Branche angehört. Darüber hinaus zählen zu dieser Sparte freie Berufsgruppen, Gastronomie, Gesundheit, Marketing und Tourismus sowie Verkehr. **DK**

Übergabe des neuen Geschirrmobils

Landrat Dr. Alexander Legler hat gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Aschaffenburg Miltenberg Jürgen Schäfer den offiziellen Startschuss für das neue Geschirrmobil für den Landkreis Aschaffenburg gegeben. Das Geschirrmobil wurde mit 6.000 Euro von der Sparkasse Aschaffenburg Miltenberg bezuschusst.

Ab sofort können Vereine, Institutionen und Privatpersonen aus dem Landkreis Aschaffenburg das durch die Abfallwirtschaft im Landkreis angeschaffte Geschirrmobil gegen eine Mietgebühr in Höhe von 50 Euro pro Tag ausleihen.

Industriespülmaschine

Das Geschirrmobil ist mit einer Industriespülmaschine und dem erforderlichen Zubehör ausgestattet. Durch die integrierten Schiebeschränke sowie die Arbeitsflächen ist für ausreichend Platz gesorgt. Ebenfalls verliehen werden Geschirr und Besteck. Dieses wird in passenden Transportbehältnissen je nach Bedarf mit herausgegeben.

Einweggeschirr vermeiden

„Ich freue mich, dass wir pünktlich zur Festsaison offi-

Bürgerbeauftragter MdL Wolfgang Fackler zur neuen Grundsteuer:

Bürgerinnen und Bürger sollten sich rechtzeitig für angepasste Hebesätze einsetzen

Die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat machen sich zunehmend Sorgen über eine starke Erhöhung der Grundsteuer im kommenden Jahr infolge der ab 2025 greifenden Grundsteuerreform. „Zuletzt haben sich deshalb einige betroffene Personen mit der Bitte um Unterstützung an mich gewandt“, so der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Wolfgang Fackler. Nach Erhalt der Bescheide vom Finanzamt haben sie festgestellt, dass sich der neue Grundsteuermessbetrag nun teilweise auf das Zwei- oder Dreifache des bisherigen Messbetrags beläuft.

Appell der Bayerischen Staatsregierung

Der Bürgerbeauftragte Fackler rät von derartigen Vergleichsberechnungen erst einmal ab und weist auf die noch ausstehende Festlegung der neuen Hebesätze durch die Gemeinden hin. „Erst wenn die Gemeinden die neuen Hebesätze festgelegt haben, kann die künftige Grundsteuer durch Multiplikation des Grundsteuermessbetrags mit dem jeweiligen Hebesatz verlässlich errechnet werden“, erklärt MdL Fackler.

Der Bürgerbeauftragte ist jedoch zuversichtlich, dass die bayerischen Gemeinden bei der Entscheidung über die Anpassung der Hebesätze

den Appell der Bayerischen Staatsregierung ernst nehmen werden, die Grundsteuerreform insgesamt aufkommensneutral auszugestalten und somit keine Erhöhung des gesamten Grundsteueraufkommens durch die Hintertür anzustreben. „Es darf auf keinen Fall sein, dass am Ende des Tages die Bürgerinnen und Bürger die Zeche bezahlen müssen, obwohl das alte Grundsteuermodell vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft wurde“, macht der Bürgerbeauftragte Fackler deutlich.

Um Überraschungen zu vermeiden und sich am Prozess der Anpassung der Hebesätze im Rahmen der Möglichkeiten zu beteiligen, empfiehlt Fackler den Bürgerinnen und Bürgern, frühzeitig das Gespräch mit den Gemeinde- und Stadträten vor Ort zu suchen und auf die Problematik aufmerksam zu machen. „Es zeigt sich immer wieder, dass rechtzeitige Kommunikation und höchstmögliche Transparenz der Schlüssel zu mehr Akzeptanz und zum Erhalt des Miteinanders innerhalb einer Kommune sind“, so der Bürgerbeauftragte Wolfgang Fackler.

Der Bürgerbeauftragte erklärt dies auch in einem Video: Tipp vom Bürgerbeauftragten: Grundsteuerreform 2025 – Bayern (youtube.com) https://www.youtube.com/watch?v=x99NVg2E_MU.

Informationen

Informationen zum Geschirrmobil sind über die Homepage des Landratsamtes unter www.abfallwirtschaft-ab.de zu finden.

Reservierungen sowie Informationen zu den genauen Rahmenbedingungen und Preisen können telefonisch unter der 06021/ 394 – 7422 oder per E-Mail an abfallberatung@lra-ab.bayern.de erfragt werden.



Landrat Dr. Alexander Legler und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Aschaffenburg Miltenberg Jürgen Schäfer mit Kollegen des Landratsamtes. Bild: LRA Aschaffenburg

Kommunale Finanzverwaltung:

Was tun bei Fachkräftemangel?

AKDB bietet schnelle, unkomplizierte Lösung

Dank Personalzuwachs im Servicecenter Finanzwesen gibt es nun noch mehr Kapazitäten.

Der Bayerische Städtetag geht davon aus, dass es in Deutschland bis 2030 über eine Million unbesetzte Stellen im öffentlichen Dienst geben wird. Es müssen mehr Mitarbeitende für die Arbeit in der Verwaltung gewonnen werden. Und das verfügbare Personal muss optimal eingesetzt werden. Die Lösung lautet: Digitalisierung des öffentlichen Sektors. Und eine – zumindest temporäre – Auslagerung von Routineaufgaben. Zum Beispiel im Finanzwesen.

Als Partner der Kommunen unterstützt die AKDB Verwaltungen mit ihren Servicecentern aus den verschiedenen Fachbereichen. Im Servicecenter Finanzwesen übernimmt die AKDB bestimmte Arbeitsaufträge aus der Finanzverwaltung.

Kompetenzen bündeln

Die Finanzexperten kümmern sich um definierte Tätigkeiten aus Buchhaltung, Kasse oder Veranlagung. Dabei kann es um zeitlich limitierte, punktuelle Hilfe zur Kompensation von Fehlzeiten oder Arbeitslastspitzen gehen. Aber auch um die dauerhafte Übernahme von Leistungen. Durch die Übernahme solcher Routinearbeiten

können Mitarbeitenden Ihrer Finanzverwaltung neue Freiräume für komplexere Aufgaben gewinnen.

Von der Zählerablesung bis zur Ablage der Bescheide

Im Veranlagungsbereich unterstützt die AKDB mit einem vielfältigen Portfolio aus Software, Service und kommunaler Expertise. Die Finanz- und Verfahrensspezialisten des AKDB Servicecenter Finanzwesen übernehmen im Rahmen eines Dienstleistungsauftrags die Verbrauchsgebühren-Jahresabrechnung. Entweder als dauerhafte Leistung über den Service „Verbrauchsgebührenabrechnung“ oder als einmalige Leis-

tung über die Angebote „Zählererfassung“ und „Jahresabrechnung“.

Dazu gehören die Stammdatenkontrolle, optional die Erstellung von Ableselisten oder -briefen, die Erfassung der Zählerablesungen und die Freischaltung des Bürgerservice-Portals. Die Experten erledigen für die Jahresabrechnung sowie die Festsetzung der künftigen Vorauszahlungen bis hin zur Ablage der Bescheide im Archiv oder der elektronischen Akte.

Für Kommunen, die unterjährig abrechnen, kann das Servicecenter Finanzwesen aktuell auch noch kurzfristig freie Kapazitäten im Bereich Verbrauchergebührenabrechnung anbieten.

„Wir empfehlen in Ihrer Verwaltung frühzeitig die jeweils benötigten und verfügbaren Personalressourcen für Hochlastzeiten wie Verbrauchsgebührenabrechnung, Jahreshauptveranlagung oder Grundsteuer abzugleichen“, heißt es in einer AKDB-Mitteilung. **□**

Bayerns Finanzminister Albert Füracker:

Ehepartner müssen Lohnsteuerklassen frei wählen können

Bundesregierung plant Abschaffung der Lohnsteuerklassen-Kombination III und V

Zu den Plänen der Bundesregierung zur Abschaffung der Lohnsteuerklassen III und V stellt Bayerns Finanzminister Albert Füracker klar: „Ein klares Nein zur ideologiegetriebenen Bevormundung für Ehepaare! Bayern setzt sich vehement für die Beibehaltung der jetzigen Lohnsteuerklassen ein – den entsprechenden Entschließungsantrag haben wir bereits 2023 im Bundesrat eingebracht.“

Aktuell wählen viele verheiratete Paare die bürokratiearme Option der Lohnsteuerklassen-Kombination III und V bewusst.

Wahlfreiheit muss erhalten bleiben

„Diese Wahlfreiheit muss auch in Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben. Statt ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag zum Schutz der Ehe nachzukommen, will die Ampelregierung mit der geplanten Abschaffung den selbstbestimmten Lebenszuschnitt von Millionen von Ver-

heirateten sanktionieren und ihre Weltanschauung bis in den privaten Bereich hinein diktieren. Wir wollen, dass sich Ehepartner auch in Zukunft frei entscheiden können, welche Lohnsteuerklassen-Kombination für ihre jeweilige Lebenssituation am besten passt“, so der Minister weiter.

Effektive Steuerschuld ändert sich ohnehin nicht

Die Bundesregierung will in Kürze ein Gesetzespaket vorstellen, das die Abschaffung der beiden Steuerklassen III und V und die zwangsweise

Überführung in das Faktorverfahren der Lohnsteuerklasse IV vorsieht. Die endgültige effektive Steuerschuld ändert sich durch die Wahl der Lohnsteuerklassen ohnehin nicht, denn der monatliche Lohnsteuerabzug hat ausschließlich Vorauszahlungscharakter auf die vom Finanzamt festgesetzte Einkommensteuer.

Ehegattensplitting ist keine beliebig änderbare Steuervergünstigung

Die verpflichtende gesetzliche Normierung der Lohnsteuerklasse IV mit Faktor könnte im Ergebnis der Einstieg und Versuch der Bundesregierung sein, das bestehende, steuerlich vorteilhafte „Splitting für Ehegatten und Lebenspartner“ abzuschaffen. Das Ehegattensplitting ist jedoch keine beliebig änderbare Steuervergünstigung. Art. 6 des Grundgesetzes stellt neben der Familie ausdrücklich auch die Ehe unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Es darf somit auch keine Abschaffung des Ehegattensplittings durch die Hintertür geben. **□**

Ertragsstark und stabil:

Konzern Versicherungskammer zieht erfolgreiche Bilanz

Profitables Wachstum unterstreicht Solidität: Konzernjahresüberschuss mit 340 Mio. Euro 12 Prozent über Vorjahr / Fitch bestätigt Finanzstärke AA-/ Ausblick stabil Infrastruktur und Immobilienanlagen weiter im Ausbau

Der Konzern Versicherungskammer blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2023 zurück. Er hat sich in einem anspruchsvollen Marktumfeld erneut gut entwickelt. Den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, welche aufgrund multipler Krisenherde in Deutschland und weltweit bestehen, trägt die Versicherungskammer Rechnung. Damit beweist der größte öffentliche Versicherer, dass er auch in unsicheren Zeiten ein verlässlicher Partner in der Gesellschaft, für die Politik, Kundinnen und Kunden, Mitarbeitende sowie seine Vertriebspartner bleibt.

Der Vorstandsvorsitzende des Konzerns Versicherungskammer, Prof. Dr. Frank Walthes, erläutert zusammenfassend: „Ich bin mit dem Geschäftsjahr 2023 absolut zufrieden. Angesichts Inflation und konjunktureller Schwankungen, um nur zwei kritische Beispiele der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu nennen, und vor dem Hintergrund, dass wir das zweitgrößte Schadenereignis unserer Konzerngeschichte zu bewältigen hatten, können wir auf eine überzeugend gute Gesamtleistung zurückblicken.“

Mit einem Plus von 4,4 Prozent konnte der Konzern bei den laufenden Beiträgen über alle Geschäftsfelder ein sehr gutes Wachstum erzielen. „Wir setzen auf organisches, profitables Wachstum. Und das ist uns 2023 wirklich gut gelungen“, sagt Walthes.

Im Zehn-Jahresvergleich liegt die Versicherungskammer beim durchschnittlichen laufenden Beitragswachstum mit 2,7 Prozent deutlich über Markt (Markt rund 2,1).

9,7 Prozent Wachstum bei Schaden- und Unfallversicherung

Im Geschäftsjahr 2023 wurden in der Schaden- und Unfallversicherung Beitragseinnahmen in Höhe von 3,20 Mrd. Euro erzielt. Damit gelang dem Konzern in diesem Bereich ein überdurchschnittliches Wachstum von 9,7 Prozent. Beigetragen haben dazu sowohl das Privat- als auch das Individualkundengeschäft – insbesondere die positiven Entwicklungen in der verbundenen Wohngebäude- und der Kraftfahrtversicherung stärkten das Wachstum.

Herausfordernd waren, neben einer Reihe von Großschäden, mehrere außergewöhnlich starke Naturschadenereignisse im Geschäftsgebiet der Versicherungskammer Bayern. Allein die Aufwendungen für das Sturmtief „Denis“, das im August in Oberbayern, vor allem in den Ortschaften Bad Bayer-soien und Benediktbeuern, verheerende Schäden durch extremen Hagel sowie Sturm und Starkregen angerichtet hat, belaufen sich nach den aktuellen Hochrechnungen auf rund 255 Mio. Euro.

Erhöhter Absicherungsbedarf

„Der Hagelsturm ‚Denis‘ hat uns den erhöhten Absicherungsbedarf aufgrund von Naturgefahren vor Augen geführt, weshalb die von unserer Zweckgesellschaft King Max Re emittierte Katastrophenanleihe (Cat-Bond) eine richtig gute Entscheidung war“, betont Walthes.

In der Kraftfahrt- und Sachversicherung stiegen außerdem inflationsbedingt die Schadendurchschnitte. Die vereinfachte Schaden-Kosten-Quote (brutto) erreichte vor diesem Hintergrund mit 103,8 (92,6) Prozent einen entsprechend hohen Wert. Die außerordentliche Er-

gebnisbelastung konnte insbesondere durch die Rückversicherung abgedeckt werden, sodass der Konzern in der Schaden- und Unfallversicherung trotz der enormen Aufwände ein weitgehend ausgeglichenes versicherungstechnisches Ergebnis erzielte.

Kranken- und Pflegeversicherung: mehr als 3 Mrd. Euro Beitragseinnahmen

Die beiden Kranken- und Pflegeversicherer, die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die bundesweit tätige Union Krankenversicherung, erzielten ein Prämienvolumen von über 3,0 Mrd. Euro und wuchsen um 1,9 Prozent. Besonders gut hat sich das Geschäft bei der betrieblichen Krankenversicherung (bKV) entwickelt, bei welcher der Konzern auch weiterhin ein hohes Potenzial sieht. Unterstützt wird dies durch neue digitale Lösungen zur Verwaltung der bKV-Verträge durch die Arbeitnehmenden und der individuellen Möglichkeit der Ausweitung des persönlichen Versicherungsschutzes.

Alltagshelfer-Plattform „Karlä“ und Pflegeinnovationspreis

Im Zuge der Alterung der Gesellschaft und des zunehmenden Pflegebedarfs sehen die Kranken- und Pflegeversicherer der Versicherungskammer dringenden Handlungsbedarf, weshalb sie sich auch über ihr originäres Geschäft hinaus engagieren. So haben sie 2023 zusammen mit einigen Sparkassen die digitale Alltagshelfer-Plattform „Karlä“ gegründet, die alternde Menschen und Helfende zusammenbringt, um Unterstützung im Alltag zu erhalten und diesen einfacher zu gestalten, was insbesondere in ländlichen Regionen von großer Bedeutung ist.

Auch mit dem „Deutschen Pflegeinnovationspreis“, den der Versicherer in diesem Jahr bereits zum achten Mal zusammen mit der Sparkassen-Finanzgruppe ausschreibt, wird der Fokus auf zukunftsweisende Wohnformen und Versorgungslösungen im Alter gelegt.

Dringender Reformbedarf

Dringenden Reformbedarf mahnt Walthes bei der Finanzierung der Pflegeversicherung an, um die Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung nicht weiter auszudehnen und kommenden Generationen nicht weiter zu belasten. Dass bis heute kein nachhaltiges Finanzierungskonzept des Bundesgesundheitsministeriums in Sicht ist, hält der größte öffentliche Versicherer schlicht für unverantwortlich. Er plädiert für eine stärker kapitalgedeckte Pflegevorsorge, die beispielsweise über mehr Eigenvorsorge oder über eine vom Arbeitgeber geförderte betriebli-

che Pflegeversicherung erreicht werden könnte.

Lebensversicherung: Geförderte Altersvorsorge auf dem Vormarsch

In der Lebensversicherung lagen die Beitragseinnahmen bei 2,36 Mrd. Euro. Während sich die laufenden Beiträge in der Lebensversicherung in etwa auf Vorjahresniveau entwickelten, gingen die Einmalbeiträge zurück. Da die Sparerinnen und Sparer durch die gestiegenen kurzfristigen Zinsen wieder stärker auf klassische Anlageprodukte der Banken zurückgegriffen haben, machte sich dies bei dem traditionell starken Bannassurance-Versicherer deutlich bemerkbar.

Die Versicherungskammer ist überzeugt, dass die Lebensversicherung langfristig die bessere Lösung für Kundinnen und Kunden ist, da nur eine Lebensversicherung lebenslange Rentenleistungen und das Einkommen bei Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit garantiert. Insbesondere appelliert Walthes an Selbstständige, sich mit einer privaten Rentenversicherung, wie etwa der Basisrente, abzusichern, bevor mit dem Rentenpaket III die neue Altersvorsorgepflicht für Selbstständige in Kraft tritt und damit der Generationenvertrag weiter strapaziert wird.

Kapitalanlage: Nachhaltigkeit hat hohen Stellenwert

Der gesamte verwaltete Kapitalanlagenbestand des Konzerns Versicherungskammer, inklusive Drittgeschäft, stieg – nach Buchwerten – um rund ein Prozent auf 69,9 (69,4) Mrd. Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen erreichte 1,4 (1,1) Mrd. Euro, die Nettoverzinsung beträgt 2,3 (1,8) Prozent.

Im Rahmen der Klimastrategie setzte die Versicherungskammer bei den Kapitalanlagen frühzeitig auf die Asset-Klasse Infrastruktur und ist seit mehr als zehn Jahren ein Branchen-vorreiter. Als Buy-and-Hold-Investor liegt der Fokus auf Themen wie Energiewende, Digitalisierung und Daseinsvorsorge. Etwa 8 Prozent der rund 68 Mrd. Euro Assets unter Management flossen bislang in Infrastrukturprojekte, überwiegend in Deutschland. „Diese Investitionen sind für uns besonders bedeutend, da sie gemeinwohlorientiert und nachhaltig sind“, betont Walthes. Durch den Betrieb der von der Versicherungskammer finanzierten Erneuerbare-Energien Anlagen wurden im Geschäftsjahr 2023 anteilig mehr als 1,6 TWh regenerativer Strom erzeugt. Damit könnten rund 600.000 Haushalte mit Ökostrom versorgt werden. Der Bruttostromverbrauch in Deutschland lag im Jahr 2023 bei 529 TWh.

Erfolgreiche Transaktionen

Die Versicherungskammer konnte 2023, auch in Anbetracht des schwierigen Immobilienmarktumfelds, erfolgreiche Transaktionen abschließen und als Eigenkapitalinvestor mit einem langfristigen Anlagehorizont Marktopportunitäten nutzen. So wurde beispielsweise im Sommer 2023 die Calwer Passage in Stuttgart erworben. Mit der einzigartigen begrünten Fas-

sade ist das Pionierprojekt die Vorzeige-Immobilie der schwäbischen Landeshauptstadt. Mit Wirkung zum 01.04.2024 wird die Versicherungskammer Real Estate GmbH gegründet. Das eigenständige Unternehmen betreut künftig das Immobilienportfolio der Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer mit einem Volumen von 7,7 Mrd. Euro. Zudem soll die Expertise der rund 100 Mitarbeitenden auch institutionellen Interessenten zur Verfügung stehen.

340 Mio. Euro Jahresüberschuss

Erfreulich entwickelt hat sich auch das Jahresergebnis des Konzerns Versicherungskammer. Der Konzernjahresüberschuss lag bei 340,6 (304,4) Mio. Euro. Positiv auf das Ergebnis ausgewirkt haben sich moderate Steuerbelastungen, die guten Kapitalanlagenergebnisse sowie marktbedingt geringere Zinsanforderungen der Passivseite. Durch den Zinsanstieg ergaben sich, wie im Vorjahr, ein deutlich verminderter Zinsaufschlag und Entlastungen durch den Zinsaufschlag bei der Zinszusatzreserve Leben. In der Krankenversicherung nutzt der Konzern die Ergebnisse zur Aufstockung der Rückstellung für Beitragsrück- erstattung, wovon insbesondere die Kundinnen und Kunden profitieren.

Gesellschaftliche Verantwortung aus Tradition: Partner von Hilfsorganisationen

Der Konzern Versicherungskammer übernimmt seit jeher



Prof. Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstandes, Konzern Versicherungskammer.

Bild: Konzern Versicherungskammer

gesellschaftliche Verantwortung. Diese geht weit über die finanzielle Unterstützung von Vereinen, Initiativen etc. hinaus. Insbesondere für Hilfsorganisationen ist die Versicherungskammer ein wichtiger Partner. Das hat sich 2023 vor allem in den von den Unwettern in Oberbayern sehr stark betroffenen Gebieten gezeigt, indem bei den Einsätzen nach dem Hagel „Denis“ fast alle Notdächer aus ganz Bayern nach Bad Bayer-soien und in den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen gebracht und von den Feuerwehren vor Ort angebracht wurden. Diese Notdächer hat die Versicherungskammer 2019 in jedem Regierungsbezirk in Bayern und in der Pfalz an zentralen Stellen deponiert. Aufgrund der Erfahrungen im Sommer 2023 wird die Versicherungskammer nun weitere „Module Notdach-Plane“ für schwerste Unwetter an verschiedenen Standorten in

Bayern deponieren. Ein „Modul Notdach-Plane“ umfasst etwa 80 Notdächer und großformatige Planen.

Fitch bestätigt Finanzstärke AA-

Die Ratingagentur Fitch bestätigt dem Konzern Versicherungskammer im aktuellen Rating von 2023 die Finanzstärke AA-. Der Ausblick ist unverändert stabil. Hervorgehoben werden das starke Unternehmensprofil und die sehr starke Kapitalausstattung. Zudem bezeichnet Fitch die Versicherungskammer als integralen Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe.

„In Zeiten zunehmender Unsicherheit und Komplexität unterstreicht das Rating unsere verantwortungsvolle Fokussierung auf Privatkunden, kleine und mittlere Unternehmen sowie den öffentlichen Sektor“, betont Walthes. □

60

JAHRE MESSE MÜNCHEN

Gemeinsam in die Zukunft.
60 Jahre Messe München.
Perspektiven, die inspirieren.

BayernLB-Bilanz 2023:

Erfolgreiches Jahr mit starkem Ergebnis

Weiterentwicklung zum Spezialfinanzierer mit klarer Produkt- und Kundenfokussierung

2023 war für den BayernLB-Konzern ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr mit einem guten Vorsteuerergebnis in Höhe von 1,4 Mrd. Euro (2022: 1,1 Mrd. Euro). Wie Vorstandsvorsitzender Stephan Winkelmeier und Finanzvorstand Dr. Markus Wiegelmann in München berichteten, sei das Ergebnis wesentlich geprägt von der Zinsentwicklung insbesondere im ersten Halbjahr, gehe aber auch zurück auf eine gute operative Ertragsentwicklung in allen Kundensegmenten. Das Konzernergebnis (nach Steuern) betrug 1,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,1 Mrd. Euro).

Die im Rahmen des 2023 abgeschlossenen Transformationsprogramms erreichte Ausrichtung der BayernLB als Fortschrittfinanzierer und die DKB-Strategie des profitablen Wachstums zeigten Wirkung. „Gerade in einem sehr volatilen Marktumfeld mit multiplen Risiken sind wir gut beraten, weiter konsequent an der Sicherung der Profitabilität und der robusten Kapitalisierung des Konzerns zu arbeiten. Denn wir wollen auch weiter ein stabiler und verlässlicher Partner für unsere Kundinnen und Kunden sein“, stellte Winkelmeier fest.

Ein Blick auf weitere Finanzzahlen weist einen deutlich gestiegenen Zinsüberschuss auf 2,9 Mrd. Euro (Vj.: 2,1 Mrd. Euro) aus. Davon entfielen auf die DKB rund 1,9 Mrd. Euro, auf die BayernLB rund 1,0 Mrd. Euro. Der Wert profitierte maßgeblich vom gestiegenen Zinsniveau insbesondere im Einlagengeschäft sowie von weiteren Volumenzuwächsen im Kundengeschäft. Auch der Provisionsüberschuss erhöhte sich auf 473 Mio. Euro (Vj.: 424 Mio. Euro). Ursächlich für den Anstieg waren vor allem das gute Kreditgeschäft im Bereich Corporates bei der BayernLB sowie höhere Erträge aus dem Zahlungsverkehr und dem Kartengeschäft der DKB.

Für das Geschäftsjahr 2023 weist der BayernLB-Konzern Nettoaufwendungen aus der Risiko-

vorsorge in Höhe von 180 Mio. Euro aus (Vj.: 70 Mio. Euro). Insgesamt ist die Risikovorsorge im Kreditgeschäft von einem Anstieg der Einzelwertberichtigungen sowie einer leichten Reduzierung des Post Model Adjustments (PMA) geprägt. Der Anteil des PMA am Bestand der Risikovorsorge belief sich zum Bilanzstichtag auf 337 Mio. Euro (Vj.: 362 Mio. Euro).

Darüber hinaus war das Risikovorsorgeergebnis durch Rückführungen von problembehafteten Kreditengagements geprägt. Aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen realisierte der BayernLB-Konzern 102 Mio. Euro (Vj.: 26 Mio. Euro).

Bilanzsumme: 273,4 Mrd. Euro

Die Bilanzsumme des BayernLB-Konzerns lag bei 273,4 Mrd. Euro (31.12.2022: 259,3 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) blieben weitgehend stabil und betrugen 64,5 Mrd. Euro (31.12.2022: 65,3 Mrd. Euro).

Die BayernLB verfügte zum 31. Dezember 2023 weiterhin über eine Kapitalbasis auf hohem Niveau. Die CET1-Quote der BayernLB lag bei 19,3 Prozent (Vj.: 17,4 Prozent). „Entsprechend können wir unsere Anteilseigner, den Freistaat Bayern und die bayerischen Sparkassen, am wirtschaftlichen Erfolg des Konzerns

beteiligen und eine Dividende in Höhe von 350 Mio. Euro (Vj.: 225 Mio. Euro) ausschütten“, erklärte Winkelmeier. Die Eigenkapitalrendite (RoE) stieg auf 12,7 Prozent (Vj.: 10,5 Prozent). Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich auf 46,8 Prozent (Vj.: 56,2 Prozent).

Gerade mit Blick auf die auch 2023 herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die deutlich verschärfte geopolitische Lage und die besondere Belastung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch die erforderliche Transformation insbesondere im Bereich der Energie galt das Augenmerk der BayernLB dem Abschluss des Transformationsprogramms „Fokus 2024“.

Von der Universalbank zum Spezialfinanzierer

„Damit haben wir die BayernLB in den vergangenen vier Jahren von einer Universalbank zum Spezialfinanzierer mit klarer Produkt- und Kundenfokussierung weiterentwickelt, uns im Geschäftsfeld Corporates & Markets konsequent auf Zukunftssektoren konzentriert und die Verwaltungsaufwendungen wie auch die Komplexität in der BayernLB reduziert. Die Hausbankfunktion für den Freistaat Bayern sowie die Zentralbankfunktion für die bayerischen Sparkassen haben wir dabei bewahrt. In einem schwierigen Marktumfeld hat sich zudem die umsichtige Steuerung unserer Geschäftsfelder Immobilien bewährt“, unterstrich der Vorstandsvorsitzende. Parallel dazu habe die DKB das Kundenwachstum vorangetrieben sowie das Ertragspotenzial gesteigert und

die Bank als „Geldverbesserer“ mit Fokus auf profitables Wachstum positioniert.

Bei den operativen Kundensegmenten betrug das Vorsteuerergebnis bei „Immobilien & Sparkassen/Finanzinstitutionen“ 242 Mio. Euro (Vj.: 287 Mio. Euro). Die Erträge des Segments erhöhten sich, wurden jedoch durch zusätzliche Risikovorsorge im Geschäft mit Gewerbeimmobilien überkompensiert.

Das Geschäftsfeld „Immobilien“ erwirtschaftete ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 4 Mio. Euro (Vj.: 187 Mio. Euro). Die operativen Erträge des Geschäftsfelds blieben trotz marktbedingtem moderaten Neugeschäfts mit 319 Mio. Euro konstant (Vj.: 317 Mio. Euro). Der Ergebnisrückgang resultierte im Wesentlichen aus der Erhöhung der Risikovorsorge, die mit -210 Mio. Euro (Vj.: -36 Mio. Euro) der Lage am Markt für Gewerbeimmobilien Rechnung trägt.

Das Vorsteuerergebnis des Geschäftsfelds „Sparkassen & Finanzinstitutionen“ verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 154 Mio. Euro. Haupttreiber dieser Entwicklung war die mit 84 Mio. Euro (Vj.: 1 Mio. Euro) deutlich positive Risikovorsorge, die im Wesentlichen aus dem Eingang auf abgeschriebene Forderungen gegenüber der HETA (78 Mio. Euro) resultierte. Die Ertragsseite profitierte zudem vom Anstieg des Zinsüberschusses infolge der positiven Marktziensentwicklung.

Die BayernLabo erzielte ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 72 Mio. Euro (Vj.: 25 Mio. Euro). Der Ergebnisanstieg ist wesentlich von der Steigerung des Zinsüberschusses auf 101 Mio. Euro (Vj.: 57 Mio. Euro) im Zuge der positiven Auswirkungen des aktuellen Zinsumfelds beeinflusst; unter anderem wurden höhere Erträge aus der Anlage liquider Mittel erzielt.

Das Ergebnis vor Steuern der Real I.S. betrug 27 Mio. Euro (Vj.: 31 Mio. Euro). Der Rückgang war im Wesentlichen der schwierigen Situation am Immobilienmarkt mit einem rückläufigen Transaktionsvolumen geschuldet. Die BayernInvest erreichte ein ausgeglichenes Vorsteuerergebnis (Vj.: 4 Mio. Euro). Ursächlich für den Ergebnisrückgang waren vor allem Aufwendungen aus einer Beteiligungsbewertung sowie ein Rückgang des Provisionsüberschusses infolge höherer Aufwendungen für Vermittlungsprovisionen.

Das Geschäftsfeld „Corporates & Markets“ steigerte sein Vorsteuerergebnis auf 236 Mio. Euro (Vj.: 154 Mio. Euro). Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus der konsequenten Umsetzung der Fokussierungsstrategie, die sich in einer positiven Geschäftsentwicklung mit Ertragssteigerungen niederschlug. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch das Markt- und Zinsumfeld.

Die DKB hat die Zahl ihrer Privatkunden auf rund 5,6 Millionen (Vj.: rund 5,3 Millionen) gesteigert und damit ihre Position als zweitgrößte Direktbank und einer der Marktführer im digitalen Banking in Deutschland weiter gefestigt. Zur nachhaltigen Sicherung der Marktposition erfolgten 2023 unter anderem weitere Investitionen in den Aufbau zusätzlicher IT-Kompetenz, was einen Anstieg des Verwaltungsaufwands auf 802 Mio. Euro zur Folge hatte (Vj.: 740 Mio. Euro).

Für das Jahr 2024 erwartet der BayernLB-Konzern Winkelmeier zufolge ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,0 bis 1,2 Mrd. Euro. Angesichts hoher geopolitischer Risiken und der Inflations- und Zinsentwicklung sei die Prognose allerdings mit einem erhöhten Maß an Unsicherheit behaftet, informierte der Vorstandschef. **DK**

Aktuelle DEHOGA Bayern-Umfrage:

Gastgewerbe kämpft mit steigenden Kosten

...und den Folgen der Mehrwertsteuererhöhung

Gastronomie und Hotellerie in Bayern haben weiterhin mit großen Problemen zu kämpfen. Die Betriebe beklagen Umsatzverluste, Kostensteigerungen sowie die Folgen der Mehrwertsteuererhöhung. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbands DEHOGA Bayern zur wirtschaftlichen Lage der Branche hervor, an der sich 727 gastgewerbliche Unternehmer beteiligten.

„Angesichts der vielfältigen Herausforderungen ist die Politik gefordert“, sagt DEHOGA Bayern-Landesgeschäftsführer Dr. Thomas Geppert. „Wir erwarten dringende Maßnahmen zur Entlastung und Stärkung der Betriebe.“ Dazu gehören für ihn konsequenter Bürokratieabbau, mehr Flexibilität für die Unternehmer und einheitlich 7 Prozent Mehrwertsteuer auf Essen.

7,1 Prozent Umsatzminus im März und verhaltenes Ostergeschäft

Laut der Verbandsumfrage setzten die Gastronomen und Hoteliers im März durchschnittlich 7,1 Prozent weniger um als im Vorjahr. Auch das so wichtige Ostergeschäft lief nur verhalten. 9,1 Prozent der Betriebe berichten von einem „sehr guten“, 25 Prozent von einem „guten Verlauf“. 36,9 Prozent bezeichnen den Verlauf ihres Ostergeschäfts als „befriedigend“. Diesen gut 70 Prozent stehen 29 Prozent gegenüber, die ihre Geschäfte mit „schlecht bis sehr schlecht“ bewerten. Denn für die meisten Betriebe lief das Ostergeschäft (57 Prozent) schlechter als im Vorjahr. 32,5 Prozent melden gleichbleibende Geschäfte, nur 10,5 Prozent konnten bessere Geschäfte verbuchen.

Anhaltend hoher Kostendruck

Die Betriebe müssen nicht nur fehlende Umsätze, sondern zugleich steigende Kosten verkraften. Die Kosten für Energie lagen durchschnittlich um 22 Prozent höher als im Vorjahr, die von Lebensmitteln um 15,6 Prozent, Getränken um 11,1 Prozent. Die Personalkosten stiegen um durchschnittlich 13,8 Prozent. Erschwerend für Pachtbetriebe hinzukommen Pacht-erhöhungen von durchschnittlich 6,3 Prozent. Die steigenden Personalkosten (75,6 Prozent) werden von den Betrieben als die derzeit größte Herausforderung angesehen, gefolgt von der zunehmenden Bürokratie (68,4 Prozent) und der Anhebung der Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie zu Jahresbeginn (67,1 Prozent). Die Hoteliers und Gastronomen leiden darüber hinaus unter steigenden Energiekosten (63,4 Prozent).

Umsatzrückgänge bei gleichzeitig steigenden Kosten lassen die Gewinne schrumpfen. Die Unternehmer beziffern den Rückgang im März auf durchschnittlich 18,8 Prozent.

Aber nicht nur die Lage im Moment ist schwierig, auch der Blick auf die nächsten drei Monate gibt Anlass zur Sorge. 47,4 Prozent der Betriebe erwarten eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation, nur 16,1 Prozent der Unternehmer geben sich zuversichtlich und hoffen auf bessere Geschäfte. 36,5 Prozent gehen von „gleichbleibenden“ Geschäften aus.

Mehr als die Hälfte der Betriebe meldet weniger Gäste

Neben den gestiegenen Kosten für Personal, Lebensmittel und Energie machen insbesondere die Folgen der Erhöhung der Mehrwertsteuer von sie-

ben auf 19 Prozent den Unternehmern zu schaffen. „Viele Betriebe spüren eine wachsende Preissensibilität und Konsumzurückhaltung der Gäste“, berichtet Dr. Geppert und verweist auf die Umfrageergebnisse. Danach beklagen mehr als die Hälfte der Betriebe weniger Gäste (56,3 Prozent) sowie Ertragsrückgänge (53,7 Prozent) und Umsatzrückgänge (48,5 Prozent).

Preiserhöhungen für die meisten Betriebe unausweichlich

Aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung um zwölf Prozentpunkte sahen sich laut der Umfrage 85,5 Prozent der Betriebe gezwungen, ihre Preise zu erhöhen. „Nach vier Verlustjahren ließen die massiv gestiegenen Kosten den Betrieben keine andere Wahl, als die Preise anzupassen“, erklärt Dr. Geppert. 14,5 Prozent der Befragten haben ihre Preise noch nicht verändert. „Wann und in welchem Umfang die Gastronomen für welche Speisen erhöhen, ist auch abhängig von der konkreten Kostenentwicklung und vom Konzept des Betriebes, von den Gästen und vom Standort des Betriebes“, führt der DEHOGA Bayern-Landesgeschäftsführer aus. Jeder Unternehmer müsse für sich sauber kalkulieren und wirtschaftlich arbeiten und zugleich wettbewerbsfähig bleiben zu können.

Mehrwertsteuererhöhung bremst Investitionen und Angebotsvielfalt

Spielräume für Investitionen gibt es derzeit kaum. Wie die DEHOGA Bayern-Umfrage zeigt, verzichten 67,2 Prozent der Betriebe aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung auf Investitionen oder fahren ihre Ausgaben hier zurück. 55,4 Prozent passen ihr Angebot an. 31,1 Prozent kürzen ihre Öffnungszeiten. 16,2 Prozent der Betriebe gaben an, Mitarbeiter entlassen zu müssen. 3,7 Prozent erwägen die Schließung beziehungsweise Aufgabe ihres Betriebes.

Essen einheitlich mit 7 Prozent besteuern

Mit Blick auf die negativen Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung bekräftigt Dr. Geppert die zentrale Forderung des Verbandes, Essen einheitlich mit 7 Prozent zu besteuern. „In 22 von 27 EU-Staaten wird steuerlich kein Unterschied gemacht zwischen Essen aus dem Supermarkt, der Lieferung von Essen, dem Essen im Gehen, im Stehen und dem Essen im Restaurant“, hebt Dr. Geppert hervor. „Es ist absurd, dass für das Essen in der Gastronomie wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer gelten, während das Essen To Go, der Fertigsalat aus dem Supermarkt und die Essenslieferung weiterhin mit 7 Prozent besteuert wird. Diese Ungleichbehandlung muss endlich dauerhaft beseitigt werden.“

An der Umfrage des DEHOGA Bayern zur Situation im Gastgewerbe nahmen vom 3. bis einschließlich 7. April 727 gastgewerbliche Betriebe aus ganz Bayern teil. **□**

Altersvorsorge im internationalen Vergleich:

Erfolgsmodell Neuseeland

Der demografische Wandel stellt Deutschland wie auch viele andere Industriestaaten vor enorme Herausforderungen. Gleichzeitig hinkt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich bei der individuellen Altersvorsorge hinterher. Erfolgsmodelle aus anderen Ländern wie etwa Neuseeland können ein Vorbild für Deutschland sein. Denn hier werden mit subtiler Verhaltenslenkung – wie der automatischen Anmeldung in betriebliche Vorsorgeprodukte – Menschen dazu bewegt, mehr in die betriebliche oder private Altersvorsorge zu investieren. Auf diese Weise ließe sich in Deutschland die Rentenlücke ohne großen finanziellen Mehraufwand für den Staat schließen. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie des Roman Herzog Instituts e. V. (RHI).

Im Jahr 2000 kamen in Deutschland 26,4 Menschen im Alter von mindestens 65 Jahren auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 65 Jahren. 2022 waren es schon 37,4 und 2035 werden voraussichtlich 49,2 Menschen über 65 auf 100 Erwerbstätige kommen. „Umlagefinanzierte Rentensysteme wie in Deutschland stoßen an ihre Grenzen, weil immer weniger Beitragszahler für immer mehr Rentempfänger aufkommen müssen. Deshalb lohnt der Blick über den Tellerrand, wie andere Staaten mit den Herausforderungen des demografischen Wandels umgehen und die Altersvorsorge ihrer Bürger organisieren“, erläutert Prof. Randolph Rodenstock, Vorstandsvorsitzender des RHI.

Die RHI-Studie „Förderung privater und betrieblicher Altersvorsorge – Steuerliche Anreize und Nudging im internationalen Vergleich“ analysiert die Altersvorsorge-Systeme verschiedener Staaten und stellt dar, wie Erwerbstätige dazu gebracht werden können, individuell besser für ihr Alter vorzusorgen. Vorbildcharakter für Deutschland haben dem Ländervergleich zufolge Staaten, die sogenannte „Nud-

ging“-Ansätze nutzen. Das heißt, die Erwerbstätigen werden durch nichtfinanzielle Eingriffe dazu gebracht, ihre individuelle Altersvorsorge zu erhöhen. „Statt die finanzielle Absicherung im Alter allein der Entscheidung jedes Einzelnen zu überlassen, setzen andere Länder seit langem erfolgreich auf die verpflichtende Einschreibung in Altersvorsorge-Programme, häufig bei gleichzeitiger Möglichkeit, wieder ohne Aufwand auszustiegen“, so Rodenstock.

Blick über den Tellerrand

Die geringe Verbreitung individueller Altersvorsorgeprodukte in Deutschland zeigt, dass derartige Modelle auch hierzulande sinnvoll sein können: Der Studie zufolge haben nach eigener Aussage rund 85 Prozent der Befragten einen Anspruch auf eine gesetzliche Rente oder eine Beamtenpension. Rund 40 Prozent sorgen betrieblich vor und nur rund 35 Prozent verfügen über eine private Altersvorsorge. Rodenstock erläutert: „Das Deckungskapital von betrieblicher und steuerlich geförderter privater Altersvorsorge in Deutschland beträgt nur rund 6,5 Prozent des Brutto-

inlandsprodukts (BIP). Zum Vergleich: In Schweden sind es 97,9 Prozent, in den USA sogar 137,5 Prozent des BIP. Der Durchschnitt aller OECD-Länder liegt bei 86,5 Prozent. Hierzulande ist also noch viel Luft nach oben.“

Vorbild für Deutschland

Der internationale Vergleich zeigt, dass das neuseeländische Modell einen besonderen Vorbildcharakter für Deutschland hat: Arbeitgeber melden neu eingestellte Beschäftigte automatisch in einem Betriebsrentenprogramm an, Altbeschäftigte können sich freiwillig dafür entscheiden. Ein standardmäßiger Beitragssatz des Bruttoeinkommens wird zur Hälfte auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgeteilt, der Ausstieg aus dem Programm ist für die Beschäftigten frühestens nach zwei Jahren möglich. Die Verwaltung und Anlage der gezahlten Beiträge übernehmen ausschließlich private Anbieter, in der Regel Banken und Versicherungen.

„Mit einem solchen System setzt der Staat zwar Anreize für mehr individuelle Altersvorsorge. Die Entscheidungsfreiheit der Beschäftigten bleibt aber bewahrt, weil der Einzelne sich auch gegen das Programm entscheiden kann. Gleichzeitig sorgt die Einbindung privater Anbieter für Wettbewerb und damit die Effizienz des Programms“, erklärt Rodenstock abschließend.

Mehr zur RHI-Studie unter: <https://www.romanherzoginstitut.de/publikationen/detail/foerderung-privater-und-betrieblicher-altersvorsorge.html> **□**

Bayerische Sparkassen 2023:

Verantwortungsvolle und stabile Marktführer

Nahezu konstant gebliebene Bilanzsumme von 254,9 Mrd. Euro
Sparkassen zählen zu den größten Kreditgebern für die Bayern:
Kreditbestand in Höhe von 170 Mrd. Euro

„Auch die Sparkassen haben sich im vergangenen Jahr an die Auswirkungen der geldpolitischen und geopolitischen Umbrüche angepasst und sind damit stabil und zukunftsorientiert aufgestellt“, unterstrich Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, bei der Vorstellung der Geschäftsergebnisse 2023 der 60 bayerischen Sparkassen in München. „Das Geschäftsjahr 2023 konnten sie mit sehr ordentlichen Ergebnissen abschließen. Das Hauptziel ist nun, nach dieser Anpassungsphase als Marktführer die ganze Kraft der Organisation unseren Kunden zu widmen.“

„Ihre kumulierte Bilanzsumme von 254,9 Mrd. Euro zeigt die wirtschaftliche Kraft der bayerischen Sparkassen, die Geschäftsgebiete im ganzen Freistaat kraftvoll mit Finanzdienstleistungen zu versorgen“, betonte der Verbandspräsident. Trotz eines Jahres, das geprägt gewesen sei von einer bisher nicht gekannten Zurückhaltung bei der Nachfrage nach Krediten, sei die Bilanzsumme nahezu konstant geblieben (-1 Prozent gegenüber 2022).

Höheres Kreditvolumen

Das Kreditvolumen übertraf 2023 laut Dießl leicht das im Vorjahr erzielte Rekordniveau: Mit einem Kreditbestand von nunmehr 170 Mrd. Euro zählen die Sparkassen zu den größten Kreditgebern für die Bayern – sie stehen für zwei von fünf Finanzierungen im Freistaat. Mit einer Wachstumsrate von 0,7 Prozent im Bestand gehört das Kreditjahr 2023 aufgrund der veränderten Zinsituation allerdings zu den schwächsten der vergangenen 15 Jahre. Die Zinswende zur Jahresmitte hatte bereits 2022 zu einer geringeren Darlehensnachfrage geführt, was zusammen mit anstehenden Tilgungen das inzwischen verlangsamte Wachstum im Kreditbestand im vergangenen Jahr nach sich zog.

Ruf nach steuerlichen Investitionsanreizen für Unternehmen

„Vor dem Hintergrund, dass die Transformation unserer Wirtschaft jetzt mit voller Kraft finanziert werden muss, ist das keine gute Entwicklung. In Zeiten hoher Zinsen werden Investitionsentscheidungen häufig aufgeschoben, doch das ist gerade jetzt fatal“, warnte Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern. „Um den Wandel hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu stemmen, muss jetzt in großem Umfang privates Kapital mobilisiert werden. Möglichst viele Unternehmen müssen die Möglichkeit haben, den Weg von einer CO₂-intensiven zu einer grünen Industrie zu gehen. Ein wichtiger Beitrag wären signifikante steuerliche Investitionsanreize zur Stärkung des Eigenkapitals der Unternehmen. Auch der Zugang zu Fördergeldern sollte vereinfacht und berechenbarer gestaltet werden.“

Bürokratische Hemmnisse reduzieren

Proßer mahnte zudem, bürokratische Hemmnisse auf dem Weg zur Klimaneutralität zu reduzieren: „Wir stehen hier vor einer Generationenaufgabe mit gigantischem Finanzierungsbedarf, da dürfen Nachhaltigkeitsziele nicht durch übermäßig wachsende oder inkonsistente Bürokratie stranguliert werden.“

Das Kreditneugeschäft sank 2023 insgesamt um knapp ein

Drittel (-32 Prozent). Die Darlehenszusagen waren bereits 2022 unter Vorjahresniveau gelegen (-6 Prozent). Die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige sanken dabei um fast ein Drittel (-28 Prozent), sie betrugen knapp 14 Mrd. Euro. Damit sind sie wieder auf dem Niveau von 2016 angekommen. Im Neugeschäft mit privaten Kunden zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Rückgang (-42 Prozent).

Das gestiegene Bauzinsniveau sowie zumeist hohe Immobilienpreise schlagen inzwischen voll auf das Immobilienneugeschäft durch. 2023 wurden 43 Prozent weniger Wohnungsbaufinanzierungen abgeschlossen als im Vorjahr (2022: -12 Prozent). Darin enthalten sind auch Zinsabschlussverträge für laufende Darlehen, die in der neuen Zinskonstellation zu hohen Belastungen bei Kunden führen können. „In diesen Fällen sind die Sparkassen besonders achtsam für die Situation der Kunden und erarbeiten flexible Lösungen für die Ausgestaltung eines neuen Darlehens“, hob Proßer hervor.

Bausparverträge wieder gefragt

Mit Blick auf die Zukunft und als Vorsorge für die „Heizwende“ setzen viele Bauinteressenten einstweilen wieder auf einen Eigenkapitalaufbau über einen Bausparvertrag, der ihnen ein niedriges Zinsniveau für ihren künftigen Darlehensvertrag sichert. Nach dem absoluten Rekordbausparjahr 2022 (+55,6 Prozent, 101.025 Neuverträge) versorgten die bayerischen Sparkassen ihre Kunden 2023 mit 84.378 Bausparverträgen mit einer Bausparsumme von insgesamt 6,39 Mrd. Euro.

Mit Sorge betrachtet SVB-Chef Dießl die Entwicklung: „Immer mehr junge Menschen müssen sich vom Gedanken an eine eigene Immobilie verabschieden, die doch Baustein ihrer Altersvorsorge sein könnte. Das ist schlimm. Wir brauchen schon deshalb jede Form von Wohnbauförderung, sei es eine Senkung der Grunderwerbssteuer oder die Wiedereinführung der Steuerabzugsmöglichkeit von privaten Bauzinsen. Auch die Verfügbarkeit von Fördermitteln muss berechenbarer werden. Was wir gar nicht brauchen, sind kontraproduktive Maßnahmen wie die Verteuerung von Immobilienkrediten durch regulatorische Maßnahmen wie die im letzten Jahr eingeführten Kapitalpuffer. Genauso überflüssig wären neue makroprudenzielle Instrumente wie die starre Setzung von Einkommensgrenzen für die Kreditvergabe. Der private Wohnungsbau darf nicht ausgebremst werden!“

Einlagenstrom gestoppt

Ausgelaufen ist vergangenes Jahr der heftige Einlagenstrom der Negativzinsjahre: Bei gleichbleibendem Marktanteil verzeichneten die bayerischen

Sparkassen erstmals, vornehmlich in der ersten Jahreshälfte, einen leichten Einlagenrückgang um 0,9 Prozent (1,7 Mrd. Euro). Genauere Analysen zeigen jedoch, dass die Kunden vor allem ihre Einlagenstruktur anpassen: Nach Beratung durch ihre Sparkassen reduzierten sie ihre täglich fälligen Gelder und Spareinlagen deutlich (-26 Mrd. Euro) und legten fast dieselbe Summe wieder in Termingeldern und Eigenemissionen an, was jeweils einen Zuwachs von mehr als 300 Prozent ausmacht. Stefan Proßer zufolge „erlebt der klassische Sparkassenkunde, der zwischenzeitlich mangels Zinsinteresses fast eingestellt wurde, eine Renaissance – hier geben die Sparkassen höhere Zinsen an ihre Kunden weiter.“

Wachstum beim Wertpapiergeschäft

2023 setzte sich auch das Wachstum des Wertpapiergeschäfts fort: Der Nettoabsatz stieg auf 6,1 Mrd. Euro (+2,2 Prozent), gehandelt wurden aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus vornehmlich festverzinsliche Wertpapiere. Insgesamt konnten die Kunden 2023 trotz hoher Lebenshaltungskosten 4,4 Mrd. Euro an neuem Geldvermögen bilden.

Höherer Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss legte nach einem Jahrzehnt der Nullbis Negativzinsen um fast ein Drittel (+1,1 Mrd. Euro) zu. Ein wesentlicher Treiber der Steigerung waren die Zusatzzerträge aus vorausschauenden Zinsabsicherungsgeschäften mit Derivaten. Mit der Zinswende führt die EZB-Politik seit 2022 zu einer zunehmenden Normalisierung der Zinsergebnisse: In Relation zur DBS steht der Zinsüberschuss wieder bei einer Marke, die zuletzt 2016 erreicht wurde.

Auch der Provisionsüberschuss konnte leicht um 1,9 Prozent (+30 Mio. Euro) gesteigert werden. Trotz gestiegenem Verwaltungsaufwand (+ 4,7 Prozent) erhöhte sich damit das Betriebsergebnis vor Bewertung insgesamt auf 3,1 Mrd. Euro (+49 Prozent), die Cost-Income-Ratio verbesserte sich auf 51,3 Prozent (2022: 60 Prozent).

Höheres Betriebsergebnis

Matthias Dießl ordnete das Ergebnis als wichtigen Schritt für die kommunal getragenen Sparkassen in Bayern ein: „Wo die Konjunkturprognosen beinahe täglich nach unten korrigiert werden, wollen unsere mittelständischen Kunden wissen, dass sie in uns stabile Partner haben, die ihnen den Rücken stärken können. Das ist für die kommende Zeit enorm wichtig und wir werden diese Aufgabe erfüllen.“

Nach Korrektur durch die Bewertungsergebnisse im Kredit- und im Wertpapierbereich erwarten die bayerischen Sparkassen für das Geschäftsjahr 2023 ein deutlich gestiegenes Betriebsergebnis nach Bewertung von 1,4 Mrd. Euro (2022: 671 Mio. Euro) und nach Steuern am Ende auch einen klar gestiegenen Jahresüberschuss von 587 Mio. Euro (2022: 239,4 Mio. Euro).

Wie Dießl weiter ausführte, „müssen die Sparkassen immer darauf achten, dass sie ih-

re Wurzeln bewahren. Und auch bei Zusammenschlüssen muss immer das persönliche Bankgeschäft und der Bezug zur örtlichen Heimat im Vordergrund bleiben.“ Aktuell unterhielten die Sparkassen im Freistaat 1.727 personenbesetzte Geschäftsstellen, davon 344 spezialisierte Beratungszentren, 619 Selbstbedienungsfilialen und 3.236 Geldautomaten.

Infrastruktur zukunftsfähig gestalten

„Sparkassen tragen Mit-Verantwortung für die ortsansässige Wirtschaft, finanzieren und begleiten örtliche Erneuerbare Energie-Projekte und helfen so mit, die jeweilige regionale Infrastruktur lebendig und zukunftsfähig zu gestalten“, machte der Verbandspräsident deutlich. „Denn Entscheidungen über sinnvolle Investitionen werden vor Ort getroffen und die Beteiligten wissen, worauf und auf wen sie sich verlassen können.“ Als regionale Steuerzahler führten die bayerischen Sparkassen für 2023 zudem voraussichtlich 793 Mio. Euro an gewinnabhängigen Steuern ab, darunter insbesondere Gewerbesteuern, die die bayerischen Kommunen stärken. Auch stellten sie für soziale und kulturelle Zwecke, für Umwelt und Sport insgesamt 67 Mio. Euro (+55 Prozent gegenüber 2022) bereit.

Frauenanteil in der Führungsriege erhöhen

Nach Dießls Angaben beschäftigten die bayerischen Sparkassen vergangenes Jahr 33.556 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Knapp 62 Prozent der Beschäftigten und 22 Prozent der Führungskräfte waren weiblich, darunter 8 Prozent Vorstandsmitglieder. „Dies liegt vor allem daran, dass in der Vergangenheit nicht genügend Mitarbeiterinnen die Qualifizierung für die Geschäftsleiterreignung durchlaufen haben. Die bayerischen Sparkassen wollen deshalb den Anteil von Frauen, die über eine Geschäftsleiterreignung verfügen, deutlich erhöhen, so dass spätestens bis 2030 in jeder bayerischen Sparkasse mindestens ein weibliches stellvertretendes Vorstandsmitglied qualifiziert bzw. bestellt ist.“

Fachkräftemangel und demografische Entwicklung

Trotz zunehmender Digitalisierung des Geschäfts stellt künftig auch der zunehmende Fachkräftemangel die bayerischen Sparkassen vor Herausforderungen. Bereits heute ergeben sich erste Engpässe bei der Besetzung von Positionen. Die Altersstruktur der Belegschaften wird in den kommenden Jahren zu großem Nachbesetzungsbedarf in allen Bereichen führen: 28 Prozent der Mitarbeiter werden in den nächsten zwölf Jahren das Rentenalter erreichen.

„Insgesamt stehen die bayerischen Sparkassen in den nächsten Jahren vor vielen Herausforderungen. Sie sehen sich gut gerüstet dafür und werden eng am Ball bleiben“, resümierte Dießl: „Weil sie die Kreditinstitute der Regionen sind und dort auch mitgestalten wollen: Stabil, achtsam und verantwortungsvoll – für die Menschen und die Wirtschaft in unserer Heimat.“



SVB-Präsident Matthias Dießl (r.) und Vizepräsident Stefan Proßer bei der Vorstellung der Geschäftsergebnisse. Bild: CH

Bayern erhält Bestnote für Haushalts- und Finanzpolitik auch von Moody's

„Neben Standard & Poor's hat auch die Rating-Agentur Moody's Bayerns Finanzpolitik wieder mit dem bestmöglichen Kreditrating ‚Aaa stable‘ bewertet. Damit sind die beiden renommierten Rating-Agenturen auch weiterhin von der soliden Finanzpolitik Bayerns überzeugt und bescheinigen dem Freistaat die höchstmögliche Kreditwürdigkeit“, freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Anfang März gab bereits Standard & Poor's bekannt, dass der Freistaat weiterhin die Spitzennote führt. „Solidität und Beständigkeit sind seit jeher die tragenden Säulen unserer Haushaltsführung in Bayern – die Finanzmärkte wissen dies zu schätzen und würdigen es mit ihrem Vertrauen. Mit unserem Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2024/2025 verfolgen wir unseren Weg auch künftig weiter und setzen uns für finanzielle und wirtschaftliche Stabilität und Planungssicherheit in Bayern ein“, stellt Füracker fest. □

BayernLabo begeht 140-jähriges Jubiläum

2023 Darlehens- und Zuschusszusagen von rund 2,6 Mrd. Euro
Rund 9.250 Wohneinheiten im Jahr 2023 gefördert

Die Bayerische Landesbodenkreditanstalt („Bayern-Labo“) feiert dieses Jahr ihr 140-jähriges Jubiläum. Seit ihrer Gründung hat sich die BayernLabo als Organ der staatlichen Wohnungspolitik und Kommunalkreditbank des Freistaats Bayern zu einem Grundpfeiler der bayerischen Wohnraum- und Städtebauförderung entwickelt.

Am 21. April 1884 unterzeichnete König Ludwig II. persönlich das „Gesetz, die Landeskultur-Rentenanstalt betreffend“. Die Bayerische Landeskultur-Rentenanstalt war ursprünglich für die Kapitalbeschaffung für sog. Kulturunternehmungen – wie Wasserbaumaßnahmen oder Urbarmachung von öden Flächen – zuständig. 1908 kam der soziale Wohnungsbau hinzu. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde sie in Bayerische Landesbodenkreditanstalt umbenannt und fokussierte sich auf den sozialen Wohnungsbau.

1972 fusionierte die BayernLabo mit der Bayerischen Gemeindebank zur BayernLB und ist seit 2008 auch Kommunalkredit- und Finanzierungspartner bayerischer Kommunen.

Füracker gratuliert

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker gratuliert anlässlich des 140. Geburtstages: „Die BayernLabo ist als zuverlässige und erfahrene staatliche Institution eine der tragenden Säulen im bayerischen Wohnungsbau. Sie treibt die Umsetzung und Verwirklichung der Programme der staatlichen Wohnraumförderung mit innovativem Einsatz und zielgerichteter Förderung voran. Im Rahmen des ‚Wohnbau-Boosters Bayern‘ wurde insgesamt eine Milliarde Euro für Wohnraumprogramme und Wohnraumförderungen bereitgestellt und bestätigt. Mit Hilfe des – bundesweit einzigartigen – zinsverbilligten Bayern-Darlehens werden vor allem junge Familien auf dem Weg zum Eigenheim unterstützt. Ein großes Dankeschön an die Geschäftsleitung und die gesamte Belegschaft für ihr großes Engagement und ihren Einsatz.“

Im Jahr 2023 gab es im Neugeschäft der BayernLabo Darlehens- und Zuschusszusagen in Höhe von rund 2,6 Mrd. Euro, dabei entfi-

len ca. 1,5 Mrd. Euro auf Zuschüsse in der Wohnraumförderung und 1,1 Mrd. Euro auf Zuschüsse im Kommunalkreditgeschäft. „Die BayernLabo erfüllt als Heimatförderer im Bereich der Wohnungsbauförderung und Kommunalfinanzierung einen wichtigen Teil des gesellschaftspolitischen Auftrages der BayernLB als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut und passt wunderbar zu uns“, betont Gero Bergmann als zuständiges Mitglied des Vorstandes der BayernLB. „Wir als BayernLB-Konzern legen besonderen Wert auf soziale und energetische Kriterien im Rahmen unserer ESG-Ausrichtung. Hierbei bleibt die BayernLabo als Teil der BayernLB auch in Zukunft ein verlässlicher Partner für die Bayerische Staatsregierung, Kommunen, Unternehmen und Bürger.“

Rund 9.250 Wohneinheiten wurden im Jahr 2023 insgesamt durch die BayernLabo gefördert. Auch in der Mietwohnraumförderung sowie im Bayerischen Modernisierungsprogramm wurden 2023 weitere wesentliche Investitionsanreize gesetzt. Ein zentrales Thema für die Wohnungswirtschaft ist die Umsetzung der Energiewende bei bestehenden Gebäuden. Vielfältige Herausforderungen wie energetische Modernisierung und Treibhausgasminimierung, altersgerechter Umbau und Instandsetzung sind zu bewältigen, ohne jedoch Mieter und Darlehensempfänger finanziell zu überfordern.

Die Schaffung eines bayernweit einheitlichen Online-Antragstellungsprozesses für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern im Jahr 2023 ermöglicht die Antragsstellung unabhängig von den Öffnungszeiten der rund 100 regionalen für die Antragsbewilligung zuständigen Ämter. Bei der Digitalisierung des zweistufigen Bewilligungsverfahrens war die BayernLabo damit deutschlandweiter Vorreiter unter den Förderbanken. □

Bayerischer Gemeindetag in Neunburg vorm Wald:

Die Anwältin des Trinkwassers

Sie ist Kult, die „Führungskräfte tagung der Wasserwirtschaft“ des Bayerischen Gemeindetags – organisiert von Dr. Juliane Thimet, Referentin u.a. für das Wasserrecht beim kommunalen Spitzenverband. 180 Fachleute aus den bayerischen Kommunen, darunter viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, gingen durch ein dreitägiges intensives Schulungsprogramm in der Schwarzachtalhalle in Neunburg vorm Wald.

In diesem Jahr wurde die Veranstaltung vom Vorsitzenden des Umweltausschusses im Bayerischen Landtag, Alexander Flierl, MdL, begleitet. Die Entscheidung über den Wassercent steht bevor, und seine Anwesenheit unterstreicht die Relevanz dieses Themas. Dr. Thimet dankte dem Landtagsabgeordneten da-

für, dass er sich Zeit genommen hat, die Anliegen und Herausforderungen der Verantwortlichen anzuhören, bevor weitere Entscheidungen getroffen werden: „Das eröffnet uns die Möglichkeit, über die richtigen Schritte beim Wasserentnahmentgelt zu diskutieren.“

Die Forderungen der Wasser-

versorger bezüglich des Wassercent sind klar: Erstens sollte die Abgabe ausschließlich in den Wasserschutz investiert werden. Zweitens sollen nicht nur die Wasserversorger zur Kasse gebeten werden, da sie allein wissen, wie viel Wasser bei Ihnen entnommen wird. Auch die Industrie und die Landwirtschaft sollten ihren Beitrag leisten. Dr. Thimet betonte jedoch, dass hierfür noch Zeit benötigt werde.

Ein weiteres Thema der Veranstaltung war die Diskussion über die oft langwierigen Verfahren zur Ausweisung neuer Trinkwasserschutzgebiete. „Wir reden



V.l. Alexander Flierl, MdL und Umweltausschussvorsitzender im Bayerischen Landtag, Martin Birner, Erster Bürgermeister von Neunburg vorm Wald und Dr. Juliane Thimet, Bayerischer Gemeindetag. Bild: CH

Mikrobiom-Lab:

Belastungen im Gewässer auf natürliche Weise reduzieren

In ganz Bayern geraten immer mehr Gewässer durch den Klimawandel aus ihrem Gleichgewicht und tendieren zur Eutrophierung (nährstoffreicher Zustand). Der geforderte, gute ökologische Zustand gemäß Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wird von den meisten bayerischen Gewässern nicht erreicht. Fischsterben und Algenprobleme nehmen zu.

Das Mikrobiom-Lab hat Wege gefunden, um kommunale Gewässer wieder in den geforderten, guten ökologischen und chemischen Zustand gemäß WRRL zurückzuführen und Belastungen im Gewässer auf natürliche Weise ohne Einsatz von Chemie zu reduzieren: Es gibt mit dem VITALO-Konzept sogar ein Warnsystem zur frühzeitigen Erkennung von sich ankündigendem Fischsterben. Am Anfang dieses Weges steht eine solide Diagnostik, auf der dann die weiteren Schritte zur Re-Oligotrophierung (Rückführung in den ursprünglichen Gewässerszustand) eingeleitet werden können.

1. Schritt: Gewässermonitoring

Vor der Verbesserung des Gewässerzustands steht eine sorgfältige chemische und biologische Analyse, um die Ursachen der Probleme aufzudecken. So eine Analyse mit dem sogenannten „Lake-Data-Sheet“ ist vergleichbar mit dem großen Blutbild beim Menschen und deckt nicht nur zu hohe Nährstofffrachten auf, sondern zeigt auch Wege, wie der gute ökologische Zustand des Gewässers wieder erreicht werden kann. Dieses „Lake-Data-Sheet“ dient als Grundlage zur Verbesserung der Gewässergüte. Es beinhaltet chemische, physikalische und biologische Untersuchungen im Freiwasser und im Sediment ebenso wie die Ermittlung

des Trophiegrads, also der Nährstofffrachten. Aus einer Fülle von Daten ergibt sich daraus ein Bild mit einem Stärken-Schwächen Profil des Gewässers, eben das „Lake-Data-Sheet“. Dieser Steckbrief ist die Grundlage für eventuell nachfolgende Optimierungen.

2. Schritt: Fischbestandsermittlung mit eDNA

Heute genügt eine einfache Wasserprobe, um den gesamten Fischbestand zu ermitteln, sogar die Kleinfische und die invasiven Arten. Zugleich kann damit auch der Bestand an Wasserpflanzen, Kleinstlebewesen und Krebsen mit dieser Wasserprobe ermittelt werden.

Die Trefferquote ist vergleichbar zur Elektrofischung, jedoch mit 490 Euro netto vergleichsweise sehr günstig und ohne Bestandsverluste. eDNA Verfahren eignen sich daher idealerweise für ein Gewässermonitoring. Die Probenahme ist mit unserem Probenahme-set kinderleicht und sicher und kann auch von Laien durchgeführt werden.

Das Verfahren ist jedoch deutlich günstiger und einfacher und eignet sich daher sehr gut für ein Monitoring an Ihrem Gewässer, um Vergleiche über mehrere Jahre oder mehrere Gewässerabschnitte durchzuführen. Das Verfahren eignet sich sehr gut für kommunale Gewässer.

3. Schritt: Gibt es übermäßiges Algenwachstum?

Die gestiegenen Temperaturen der letzten Jahre fördern das Wachstum von Grünalgen oder Blaualgen an vielen Gewässern und verschärfen deren Eutrophierung. Die Belastung mit Blaualgen wird sich bis 2060 verdoppeln, in Bayern sind immer mehr Gewässer von Blaualgenproblemen betroffen. Erhöhte Algenbelastung bewirkt mehr Sediment und dieses wiederum verbraucht zusätzlichen Sauerstoff, oft verbunden mit der Freisetzung von zusätzlichen Nährstoffen. Außerdem erzeugen Algen tagsüber hohe Sauerstoffsättigungen, gepaart mit sehr geringen Sauerstoffwerten nachts und extremen Sprüngen im pH.

Dieses Rauf und Runter vertragen viele Fische nicht, es kann zu Fischsterben kommen - bevorzugt in den frühen Morgenstunden. Aale, Barsche und Zander sind meist die ersten Fischarten, die dann absterben. Unser Konzept beinhaltet eine Art Frühwarnsystem für Fischsterben und versetzt Kommunen in die Lage, mit eigenen Bordmitteln die gemeindeeigenen Gewässer zu überwachen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Krisensignale sind sinkende Wasserspiegel, 3 Wochen sonniges Wetter über 30°C, wolkenloser Himmel und Wassertemperaturen ab 19°C. Mit dem VITALO-Konzept können Gemeinden nun Vorsorge treffen und die Gefahr möglicher Fischsterben frühzeitig erkennen.

Peter Flasshoff-Gockel

hier über Verfahren, die teilweise seit 20 Jahren oder länger laufen“, sagte Thimet. Sie wünscht sich, dass dem Trinkwasser ein ähnlicher Status wie den erneuerbaren Energien eingeräumt wird, denen 2022 „überragendes öffentliches Interesse“ bescheinigt wurde. Dies könnte Infrastrukturprojekte beschleunigen, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind. „Wasser hat oberste Priorität und das gehört auch so ins Wasserhaushaltsgesetz“, betonte sie.

Alexander Flierl, Vorsitzender des Umweltausschusses, unterstützte die Forderungen der Wasserversorger. „Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und muss höchsten Schutz genießen. Das Arbeitsprogramm der Staats-

regierung lautet daher: Kommunal vor Kommerz.“ In Bezug auf den Wassercent, der bereits in 13 anderen Bundesländern existiert, herrsche Konsens darüber, dass er eingeführt werden soll. Nun müssen noch Fragen der Zuständigkeit und der Verwendung geklärt werden. Auch die entstehende Bürokratie muss im Auge behalten werden. Vorschläge zur Beschleunigung der Ausweisung neuer Schutzgebiete sollen ebenfalls geprüft werden.

Wasserschutz durch guten Boden

Der Schutz des Wassers erfordert einen nachhaltigen Umbau der Wälder. Nach Ludwig Pertl, Verfasser des Handbuchs für

nachhaltigen Waldumbau, hat sich die Stadt Neunburg als bundesweit erste Kommune dem Projekt „Future Forest“ als freiwillige Initiative verschrieben. „Im Sommer stammen 70 Prozent des Niederschlags allein aus Verdunstung“, erklärt Pertl. Ein gesunder Waldboden ist daher entscheidend für die Maximierung des Wasserspeichers. „Wir brauchen leistungsfähige Dauerwälder, um das Wasser in der Landschaft zu halten“, betont er. In Neunburg wird aktiv daran gearbeitet.

Bürgermeister Martin Birner erläuterte, warum seine Stadt die Vorreiterrolle übernimmt: „Wir möchten die Wasserressourcen hochwertig und nachhaltig erhalten.“ CH

Hoher Besuch beim Zweckverband Laber-Naab

Wasser-Info-Team Bayern hält Mitgliederversammlung in Beratzhausen ab

Die Frage der Verfügbarkeit und Qualität des Wassers hat zuletzt – auch wegen des Klimawandels – in der öffentlichen Diskussion stark zugenommen. Das Wasser-Info-Team Bayern e.V., ein gemeinnütziger Verein, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit rund um das Thema Wasser direkt oder indirekt über seine Mitglieder zu informieren. Zwölf Verbände, Institutionen und Körperschaften aus dem Wasser- und Abwasserbereich gehören dem Wasser-Info-Team an. Mitte März trafen sich die Mitglieder – namhafte Personen des Wasserversorgungs- und Abwasserbereichs – beim Wasserzweckverband Laber-Naab in Beratzhausen, um die künftige Ausrichtung des Vereins zu beraten.

Über die bisherigen Schritte informierte nach der Präsentation des Laber-Naab-Werklenters Franz Herrler über seinen Verband der 1. Vorsitzende Simon Schropp, 1. Bürgermeister der Gemeinde Untermeitingen (Landkreis Augsburg) und Vorsitzender des Wasserzweckverbandes Lechfeld. Er nannte den neuen Veranstaltungskalender, den Blog auf der Homepage, den Newsletter, die Präsenz in den Sozialen Medien und die erste bereits erfolgreich durchgeführte Messe als Aktivitäten, um dem Thema Wasser mehr Präsenz zu verleihen. Im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit könnten auf der Homepage des Vereins Inhalte oder Textbausteine zur Verfügung gestellt und positive Beispiele guter Öffentlichkeitsarbeit eingestellt werden.

Ein wichtiges Zukunftsthema ist die Gewinnung von Fachkräften, die verstärkt über den Blog und die Sozialen Medien geschult werden soll. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil ab 1. August 2024 die neue Ausbildung in den Umwelttechnischen Berufen in Kraft tritt. Künftig heißt die bisherige Fachkraft in der Wasserversorgungstechnik „Umwelttech-

nologe für Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung.“ Neben dem Thema Fachkräfte wurde über die Ausbildungsschwerpunkte diskutiert. Die rege und offene Diskussion bei dieser Mitgliederversammlung brachte die Idee mit sich, öfter Diskussionsrunden anzuberaumen.

Großartige Leistungen in Eigenregie

Bei der Führung in den Gebäuden des Zweckverbandes Laber-Naab durch Franz Herrler, der auch 2. Vorsitzender des Wasser-Info-Teams Bayern ist, zollten die Mitglieder hohen Respekt für den Wasserversorger. Dr. Andreas Lenz, Geschäftsleiter Umwelt und Technik bei den Bayerischen Verwaltungsschulen und u.a. zuständig für die Ausbildung im Bereich IT-Sicherheit in der Wasserversorgung, staunte über den Digitalisierungsgrad des Zweckverbandes. Er bat Herrler, eine Exkursion nach Beratzhausen machen zu dürfen.

Der stellvertretende Geschäftsführer des Bayerischen Städtetages Dr. Manfred Riederle war höchst überrascht von den

Leistungen, die der Zweckverband in Eigenregie erbringt. „Einen Baubetrieb zu führen und damit einen hohen Grad Selbstständigkeit zu erreichen, das ist richtungweisend und vorbildlich“, so Riederle.

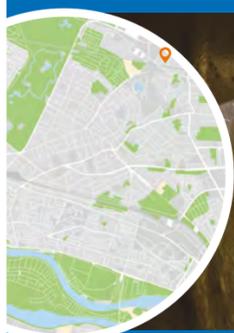
„Einfach klasse“, sagte Dr. Juliane Thimet, Direktorin und Stellvertreterin des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds beim Bayerischen Gemeindetag, über die Vielfalt der Arbeitsfelder bei der Laber-Naab-Gruppe. Einen weiteren Aspekt nannte Robert Scherer, der Geschäftsführer der Landesgruppe Bayern des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW). Seit über zehn Jahren ist der Zweckverband Laber-Naab ein geprüftes Unternehmen im Bereich Technisches Sicherheitsmanagement (TSM). Das sei sehr anerkennenswert „mit Blick auf die neue Trinkwasserverordnung und die seit 11. Dezember 2023 in Kraft getretene Trinkwasser-einzugsgebieteverordnung, die ein Risikomanagement für alle Trinkwasserversorger erfordern wird. Das verdient höchsten Respekt“, so Scherer. Simon Schropp brachte es auf den Punkt: „Hut ab, Chapeau zur Arbeit der Laber-Naab-Gruppe!“

Im Wasser-Info-Team Bayern sind neben Institutionen aus dem Wasserversorgungs- und Abwasserfeld Bayerischer Gemeindetag und Bayerischer Städtetag, der VKU und das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz vertreten.

Weitere Informationen unter www.wasser-bayern.de.

Markus Bauer

Qualität ist viel wert



Stadt: Bremen
Am Herzogenkamp
Inbetriebnahme des Kanals: 1930

Bild: hanseWasser Bremen GmbH

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

TEICHRETTET
WENIGER ALGEN
WENIGER FISCHSTERBEN
GEWÄSSERSANIERUNG

INFO 0172-7975690



MIKROBIOM
LAB
INNOVATION
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE

Mikrobiom-Lab GmbH
Höhenstr. 13
97723 Oberthulba
info@mikrobiom-lab.de

WWW.MIKROBIOM-LAB.DE

DWA-Politikmemorandum 2024:

Kommunalabwasserrichtlinie mit Augenmaß umsetzen

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) hat ihre Positionen zur Umweltpolitik in dem neuen Politikmemorandum „Zukunft der Wasserwirtschaft gestalten“ formuliert. Zahlreiche Forderungen wiederholen sich aus den vergangenen Jahren, als besonders aktuell und spannend erweist sich allerdings der Part zur Kommunalabwasserrichtlinie. Mit der nunmehr novellierten EU-Kommunalabwasserrichtlinie aus dem Jahr 1991 werden wesentliche Bereiche der Siedlungswasserwirtschaft neu geordnet und zukunftsweisende Anforderungen gesetzt. Mit ihr kommen bedeutende Veränderungen und Herausforderungen auf die deutsche Wasserwirtschaft zu.

„Die Wasserwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung und Aufgaben sehr bewusst. Die notwendigen Maßnahmen dürfen nicht länger aufgrund von Personalengpässen oder Finanzierungsfragen vertagt werden. Die Politik ist gefordert, den finanziellen und regulatorischen Rahmen für eine zeitnahe Umsetzung zu schaffen. Untätigkeit wird am Ende deutlich teurer“, betonte Dr. Lisa Broß, Sprecherin der DWA-Bundesgeschäftsführung, bei der Übergabe des Politikmemorandums an die umweltpolitischen Sprecher der im Bundestag vertretenen Parteien.

Mit der Novellierung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie verschärft die EU die Grenzwerte für Phosphor und Stickstoff und schreibt der Branche mittelfristig Energieneutralität vor. Zudem fordert sie einen großflächigen Ausbau der Kläranlagen um eine sogenannte vierte Reinigungsstufe zum Abbau von Spurenstoffen, in erster Linie von Arzneimittelrückständen. Finanziert werden soll die weitergehende Abwasserbehandlung über eine

Erweiterte Herstellerverantwortung, Hersteller und Inverkehrbringer von Humanarzneimitteln und Kosmetika sollen 80 Prozent der Investitions- und Betriebskosten der vierten Reinigungsstufe übernehmen.

Für angemessene Finanzierungskonzepte

Gewässerschutz ist Kernaufgabe der DWA. Die Ziele der EU, den Schutz der Gewässer vor Schadstoffeinträgen und den Schutz des Klimas durch Energieneutralität, unterstützt die Vereinigung voll umfänglich. Die Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie löst aber auch erhebliche Investitionen aus, die zusätzlich zur Erneuerung und Sanierung der abwasserwirtschaftlichen Infrastruktur gestemmt werden müssen. Hier braucht es laut Memorandum Finanzierungskonzepte, die den Herausforderungen angemessen sind, wie Förderprogramme oder zinsverbilligte Darlehen. Die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht müsse zudem pragmatisch und mit Augenmaß er-

folgen. Nationale Verschärfungen und Alleingänge, wie aktuell beispielsweise bei der Überwachungsmethodik für Phosphor und Stickstoff, seien unbedingt zu vermeiden.

Erweiterte Herstellerverantwortung

Von großer Bedeutung für die DWA ist die Umsetzung der Erweiterten Herstellerverantwortung in das deutsche Recht. Die EU macht diesbezüglich keine konkreten Vorgaben, sondern überlässt explizit den einzelnen Mitgliedsstaaten die rechtliche und ökonomische Ausgestaltung.

Aktuell verfügen in Deutschland gut 80 Abwasserbehandlungsanlagen über eine Reinigungsstufe zum signifikanten Abbau von Spurenstoffen. Fachleute schätzen, dass bis 2045 rund 1.700 der insgesamt gut 9.000 Kläranlagen in Deutschland um eine entsprechende Reinigungsstufe erweitert werden, um die Vorgaben der EU zu erfüllen. Die Erweiterte Herstellerverantwortung müsse national so ausgestaltet werden, dass die Finanzierung, wie von der EU vorgeschrieben, verursachungsgerecht über die Industrie erfolgt. Die Abwasserwirtschaft brauche für dieses milliardenschwere Investitionspaket Planungs-, Rechts- und Finanzierungssicherheit. Die Kosten dürften nicht über die Gebühren auf die Bürger abgewälzt werden.

Der Klimawandel hat erhebliche Auswirkungen auf das Wasserdar-

gebot. Wasser ist schon immer eine zentrale Ressource, die phasenweise und örtlich im Übermaß vorhanden ist, mit der entsprechenden Gefahr von auch großflächigen Überflutungen, dann aber auch über längere Zeiträume knapp wird. Die sichere Wasserversorgung von Industrie, Gewerbe, Land-, Forst- und Energiewirtschaft sowie Natur könne auch in Deutschland nicht jederzeit und überall gewährleistet werden. Der Klimawandel verstärkte diese Tendenzen durch vermehrt stationäre Wetterlagen.

Laut DWA muss die Wasserwirtschaft die Überflutungsvorsorge weiter nachdrücklich verfolgen und sich gleichzeitig auf Dürre, Trockenheit und Niedrigwasser vorbereiten. Dazu seien ein naturnaher Landschaftswasserhaushalt und ein Ende der massiven Bodenversiegelung geboten. Zudem werde der Ausbau und Neubau von Wasserspeichern und eine gezielte Wasserwiederverwendung benötigt. Auch müsse die wasserbewusste Stadtentwicklung nachdrücklich betrieben und in der Fläche forciert werden. Die DWA fordert die Bundespolitik auf, die grundsätzlich richtige bauliche Nachverdichtung im urbanen Raum unbedingt in Konzepte zur wasserbewussten Stadtentwicklung einzubinden und Bau- und Wasserrecht entsprechend zu gestalten. Die Vereinigung macht hier konkrete Vorschläge.

„Einen vollständigen technischen Schutz gegen Überflutungen wird es nicht geben können“, heißt es weiter. Für eine notwendige Risikominderung sei es besonders wichtig, die Vorsorge bereits mit dem Rückhalt in der Fläche zu beginnen. Ein naturnaher Landschaftswasserhaushalt mit speicherfähigen Böden und renaturierten oder reaktivierten Au-

en sollte geschaffen werden, weil damit nicht nur die Überflutungsvorsorge, sondern auch die Vorsorge gegen Trockenheit und Dürre und der Biodiversitätsschutz gestärkt wird.

Der technische Überflutungsschutz in Form von Hochwasser-, Regenrückhaltebecken oder Deichen und Mauern sei flächendeckend auf den Stand der Technik zu bringen und auszubauen. Die dazu nötigen Genehmigungsverfahren seien zu vereinfachen und zu beschleunigen. Ein Starkregnerisikomanagement (SRRM) vergleichbar mit dem europarechtlich vorgegebenen Hochwasser- risikomanagement müsse jetzt verbindlich im Wasserrecht geregelt und als zwingender Bestandteil in die Bauleitplanung eingebunden werden.

Nach Auffassung der DWA braucht es zudem mehr Anreize zur Eigenvorsorge der Bürger und weitere Verbesserungen der Risikokommunikation gegenüber der Bevölkerung. Der Bau in über-

schwemmungsgefährdeten Gebieten sollte grundsätzlich vermieden werden. Mindestens sollte der Nachweis einer Elementarschadenversicherung für den Bau von Gebäuden in gefährdeten Gebieten verpflichtend werden.

„Die Anpassung an den Klimawandel und die Erhöhung der Resilienz ist jetzt unsere Pflichtaufgabe und darf nicht länger aufgrund von Personalengpässen oder von Finanzierungsfragen vertagt werden. Untätigkeit wird am Ende teurer. Die Politik muss den entsprechenden Rahmen für zeitnahe Umsetzungen schaffen. Auch hier ist Planungs- und Finanzierungssicherheit zu schaffen“, stellt die Vereinigung fest. Die Finanzierung der wasserbewussten Stadtentwicklung dürfe nicht auf Projektförderung basieren. Die DWA plädiert dafür, einen Teil der Einnahmen aus der CO₂-Abgabe verursachungsgerecht dafür bereitzustellen und Finanzierungsmöglichkeiten über Abwasserentgelte vorzusehen. **DK**

EU-Anforderungen an Materialien im Kontakt mit Trinkwasser:

DVGW begrüßt verbindliche, einheitliche Regeln

Die EU-Kommission hat jetzt im Rahmen der Umsetzung der EU-Trinkwasserrichtlinie die Anforderungen an die hygienische Beschaffenheit von Materialien, die in Kontakt mit Trinkwasser kommen, verbindlich und einheitlich geregelt. Aus Sicht des DVGW wurde damit eine wichtige Regelungslücke geschlossen. Dazu sagt Dr. Wolf Merkel, Vorstand des DVGW: „Die neuen, EU-weit geltenden, einheitlichen, hygienischen Anforderungen an Materialien und Produkte im Kontakt mit Trinkwasser sind ein Meilenstein für den gesundheitlichen Verbraucherschutz und für die sichere Nutzung ohne Handelshemmnisse in der EU. Wasserversorgungsunternehmen erhalten damit die Sicherheit, dass ihnen nur Materialien und Produkte auf dem europäischen Markt zur Verfügung stehen, die für den langjährigen Einsatz in der Trinkwasserversorgung geeignet sind.“ **□**

Wo Engagement auf Expertise trifft.

Willkommen auf der IFAT Munich – Weltleitmesse für Umwelttechnologien

Grün statt grau. Je umweltfreundlicher Städte und Kommunen aufgestellt sind, desto lebenswerter gestalten sie sich für uns Menschen. Ob Straßenreinigung, Winterdienst oder Abfallwirtschaft: Als wichtigster Impulsgeber der globalen Umweltwirtschaft bietet die IFAT Munich innovative Lösungen für nachhaltige Kommunaltechnik und Emissionsschutz. Und für mehr Lebensqualität.

13.–17. Mai 2024 | Messe München
Jetzt Ticket sichern: ifat.de/tickets



ifat.de

IFAT
Munich



MESSE
MÜNCHEN

Klimaresilienz – Gemeinsam zum Ziel

Einstieg in eine sichere Wasserzukunft im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim

Die Folgen des Klimawandels zeigen sich bereits deutlich. Nur gemeinsam kann es gelingen, Wege für einen nachhaltigen Umgang mit dem nur begrenzt zur Verfügung stehenden Wasser zu finden. Der Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim möchte sich pilothaft klimaresilient aufstellen. In einem breiten Bündnis haben deshalb Landkreis, Kommunen, Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken und Wasserwirtschaftsamt Ansbach – mit tatkräftiger Unterstützung von vielen weiteren Institutionen, Verbänden und Betroffenen – Möglichkeiten für einen zukunftsorientierten Wasserrückhalt und eine geordnete Nutzung des Wassers erarbeitet. Die Entwicklung neuer und innovativer Lösungsansätze kann nur gemeinsam und ohne „Scheuklappen-Denken“ gelingen. Die im Jahr 2023 erarbeiteten Ergebnisse wurden in einer Broschüre zusammengestellt, gerne auch, um anderen eine Anregung zu bieten.

Herausforderung Klimawandel

Der Klimawandel ist auf dem Vormarsch und die Folgen, wie wärmere Winter mit weniger Schnee, sind bereits zu spüren. Bedingt durch längere und heißere Trockenperioden im Sommer gehen die Abflüsse in den Gewässern zurück, Böden trocknen aus und Pflanzen leiden unter Wassermangel. Weniger Niederschläge bewirken auch eine abnehmende Grundwasserneubil-

dung, was Auswirkungen auf die Nutzung des Grundwassers hat. Plötzlich auftretende Starkregenereignisse verschärfen die Situation. Der Boden kann das Regenwasser kaum aufnehmen und es fließt oberirdisch ab.

Dadurch kann es zu Überschwemmungen kommen. Neben den negativen Folgen für Flora und Fauna sind Menschen direkt von den geänderten klimatischen Bedingungen betroffen.

Die Trockenheit ist im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad

Windsheim besonders zu spüren. Die Grundwasserneubildung liegt mit rund 60 mm pro Jahr bereits jetzt deutlich unter dem bayerischen Durchschnitt. Grund genug, sich frühzeitig Gedanken um die Zukunft des regionalen Wasserdargebots zu machen. Es gilt, den Landkreiseinwohnerinnen und -einwohnern weiterhin deren Lebens- und Existenzbedingungen zu sichern. Trinkwasserversorgung, Zugang zu sauberen Gewässern, Bespannung von Fischteichen oder umweltverträgliche Bewässerung von Sonderkulturen wie Wein seien beispielhaft genannt.

Gemeinsam zum Ziel

Ziel war es, Möglichkeiten bzw. Alternativen zu finden, die einen zukunftsorientierten Wasserrückhalt und eine geordnete Nutzung des Wassers vor Ort garantieren – auch und gerade in Trockenzeiten! Wichtig waren der Arbeitsgruppe vor allem zwei As-

pekte: Erstens, dass der Weg gemeinsam bestritten wird und zweitens, dass direkt in die praktische Umsetzung eingestiegen wird. Im Laufe der Zusammenarbeit ist ein „Wir-Gefühl“ entstanden, auf das das Team besonders stolz ist. Durch das gemeinsame Anpacken soll es gelingen, den Folgen des Klimawandels fachübergreifend und wirkungsvoll zu begegnen. Hierzu haben sich die Projektpartner in vier Workshops mit Experten und Betroffenen zu folgenden Themenschwerpunkten ausgetauscht:

1. Gewässer und Talau
2. Siedlung und Infrastruktur
3. Land- und Forstwirtschaft
4. Sonderkulturen und Teichwirtschaft

Möglichkeiten der Klimaanpassung

Naturnahe Gewässer und Auen können klimabedingte Stresssituationen besser überwinden. Hierbei spielt die Anpflanzung von standortgerechten Ufergehölzen eine zentrale Rolle. Sie bieten vielen Lebewesen im und am Wasser Lebensräume, beschat-



Blick auf den Ortsteil Neuherberg (Gemeinde Egersheim) mit ehemaliger Teichkläranlage, umgestaltet zum Wasserspeicher.

Bild: Wasserwirtschaftsamt Ansbach

ten Gewässer und schützen sie so vor hohen Wassertemperaturen. Aber auch an den Menschen muss gedacht werden. Um die Gewässer erlebbar zu machen, können Lehrpfade, Aufenthaltsorte wie Spiel- und Picknickplätze in Verbindung mit einer ökologischen Aufwertung angelegt werden. Die Siedlung der Zukunft ist nach dem Prinzip „Schwammstadt/Schwammdorf“ sowohl an Starkregen, als auch an Trockenperioden angepasst. Das zentrale Thema dabei ist die „Blaue Planung“, also der Umgang mit dem Wasser im Siedlungsgebiet. Neben der bewährten Speicherung von Wasser in Zisternen wurden auch zentrale Regenwasserspeicher von Kirchendächern oder Industriebauten, stillgelegte Güllegruben oder ehemalige Teichkläranlagen diskutiert. Mit dem gespeicherten Wasser können beispielsweise Bäume, Grünanlagen oder Sportplätze bewässert werden.

Erosionsschutz und Wasserrückhalt in der Fläche stehen im Mittelpunkt einer klimaangepassten Landwirtschaft. Durch organischen Dünger, vielfältige Fruchtfolgen und dem Anbau von Zwischenfrüchten kann der Humusanteil des Bodens auf Ackerflächen erhöht und somit mehr Wasser im Boden gespeichert werden. Auch konservierende Saatverfahren wie Mulch-, Direkt- oder Untersaat unterstützen den Humusaufbau. Ebenso ist der Wald an die künftigen Gegebenheiten anzupassen. Im klimagerechten Wald werden Baumarten gepflanzt, die mit dem veränderten Klima besser zurechtkommen. Die Bewässerung von Sonderkulturen wie Gemüse oder Wein wird zukünftig an Bedeutung gewinnen. Eine nachhaltige und wassersparende Planung ist elementar. Um das Grundwasser zu entlasten, soll bevorzugt Niederschlagswasser in Speicherbecken gesammelt und ressourcenschonend verwendet werden. Die Wasserspeicherung funktioniert auch in Kombination mit der Teichwirtschaft, indem größere Becken sowohl zur Fischzucht, als auch zur Bewässerung genutzt werden.

Umsetzung in die Praxis – Wir gestalten unsere Zukunft

Neben fachlichen Aspekten wurden für jeden Workshop Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat Bayern zusammengetragen. Die Ergebnisse wurden in einer Broschüre aufgearbeitet. So sollen andere Landkreise und Kommunen aktiv ermutigt werden, sich ebenfalls dem Schutzgut Wasser zu widmen und sich klimaresilient aufzustellen. Da Fokus die rasche Umsetzung in die Praxis war, wurde gleich losgelegt:

Gewässer und Talau

• Einstellung eines Wasserkümmers im Landkreis als übergeordneter Ansprechpartner, um Kommunen bei der Umsetzung der wassersensiblen Planung zu

unterstützen

- Angebot von Wassertagen durch das Wasserwirtschaftsamt Ansbach, um sich mit den Kommunen vor Ort über alle Wassertemen unbürokratisch auszutauschen
- Intensivierung von Gehölzanzpflanzungen an Gewässern erster und zweiter Ordnung durch das Wasserwirtschaftsamt Ansbach
- Beschlossenes Förderprogramm „Gehölzanzpflanzungen an Gewässern dritter Ordnung“ durch den Landkreis

Siedlung und Infrastruktur

- Vorrang der blauen Planung bei kommunalen Projekten und Bauleitplänen
- Beschlossenes Förderprogramm „Ideenwettbewerb für Schüler zum Thema Wasser“ durch den Landkreis
- Beschlossenes Förderprogramm „Reinigung und Umnutzung stillgelegter Güllegruben als Wasserspeicher“ durch den Landkreis
- Einführung einer Blauen Seite in den gemeindlichen Amtsblättern, um die Bevölkerung über Aktuelles zum Thema „Wasser“ zu informieren
- Umgestaltung der ehemaligen Teichkläranlage Neuherberg zu einem Wasserspeicher

Land- und Forstwirtschaft

- Fortführung des Gemeinschaftsprojekts „Wasserrückhalt in Grünen Gräben“ des Landkreises, Bayerischen Bauernverbands und Wasserwirtschaftsamtes mit dem Ziel, Entwässerungsgräben in ihrer Funktion umzukehren und für den Wasserrückhalt zu nutzen
- Vorstellung der Erkenntnisse aus den Workshops und Beratung bei landwirtschaftlichen Veranstaltungen durch das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth-Uffenheim und den Bayerischen Bauernverband
- Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mit Flurneuordnung sowie den Initiativen „bodenständig“ und „FlurNatur“ durch das Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken

Sonderkulturen und Teichwirtschaft

- Vorgespräche zur Aufstellung eines Bewässerungskonzeptes für eine nachhaltige und umweltverträgliche Weinbergbewässerung
- Kombination aus Regenrückhalt und Bewässerung von Sonderkulturen im Rahmen von „bodenständig“
- Im Landkreis besteht bereits eine gute Zusammenarbeit. Wegen des Klimawandels muss diese Zusammenarbeit weiter vorangetrieben werden.

Die Broschüre „Klimaresilienter Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim – Gemeinsam zum Ziel“ ist auf der Internetseite des Wasserwirtschaftsamtes Ansbach veröffentlicht: <https://www.wwa-an.bayern.de/>

IFAT 2024:

Aktuelle Themen der Wasser- und Abwasserwirtschaft

Wege zur Schwammstadt – Marktimpulse durch neue EU-Richtlinie – Digitale Transformation

Ob Klimaresilienz, Chancen der Digitalisierung, optimierte Abwasserreinigung oder globale Wassergerechtigkeit – die Umwelttechnologiemesse IFAT Munich 2024 ist erneut ein Spiegel aktueller Themenfelder der Wasser- und Abwasserwirtschaft.

Die Umwelttechnologiemesse IFAT Munich wird vom 13. bis 17. Mai 2024 erneut zeigen, welche Herausforderungen und Marktimpulse die internationale Wasser- und Abwasserwirtschaft derzeit bewegen. Zu den diesjährigen Leitthemen der Münchner Branchenschau gehören die Anpassungen an die Folgen des Klimawandels. Im Veranstaltungsprogramm der Messe finden sich dazu gleich mehrere Termine, die Teilaspekte aus dieser drängenden gesellschaftlichen Aufgabe aufgreifen. Beispielsweise richten die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfälle e.V. (DWA), der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) und der Verband kommunaler Unternehmen am 16. Mai ab 09:30 Uhr den „Tag der resilienten Kommunen“ aus. Dessen Vorträge und Podiumsdiskussionen finden auf der Blue Stage – einer Bühne eigens für Wasserthemen – in der Halle B2 statt.

Bausteine für Schwammstädte

Für mehr Klimaresilienz sind Städte und Gemeinden unter anderem aufgefordert, mit den Auswirkungen von zunehmenden und verschärften Trockenphasen und Starkniederschlägen zurechtkommen. Ein hoffnungsvolles Konzept hierfür ist die wasserbewusste Stadt, auch als Schwammstadt bezeichnet. Für deren Umsetzung liefern IFAT-Aussteller hilfreiche Bausteine. Beispiele sind die Baumriego ViaTree der Mall GmbH aus Donaueschingen, das Rigolensystem EcoBloc der Otto Graf GmbH aus Teningen und die Regenwasserbehandlungsanlage Stormclean der ACO GmbH aus Büdelsdorf.

Kommunalabwasserrichtlinie umsetzen

Eine bedeutende marktgestaltende Wirkung können ferner neue gesetzliche Vorgaben haben – namentlich auf EU-Ebene. Ein aktuelles Beispiel ist die Eu-

ropäische Kommunalabwasserrichtlinie. Diese wurde nach über 30 Jahren umfassend überarbeitet, der Kompromiss aus Brüssel liegt nun vor. „Die dabei vorgesehenen Veränderungen werden einen erheblichen Einfluss auf die Abwasserbehandlung in Europa haben, insbesondere für die Entfernung von anthropogenen Spurenstoffen, bei der Steigerung der Energieeffizienz und Eigenenergieerzeugung auf kommunalen Kläranlagen oder für die Behandlung von Mischwasser“, betont DWA-Präsident Prof. Dr. Uli Paetzel. Vor diesem Hintergrund veranstaltet die Vereinigung am 14. Mai um 16:30 Uhr auf der Blue Stage eine Session, bei der Entwicklungen und Entscheidungen zur Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie unter rechtlichen, technischen und betrieblichen Gesichtspunkten erläutert und diskutiert werden.

Auch auf Seiten der Aussteller widmet man sich den anspruchsvolleren Anforderungen. So präsentiert die Huber SE aus Berching unter anderem den neu entwickelten Tuchfilter RotaFilt. Dieser scheidet feine suspendierte Stoffe wie Schlammflocken und Mikroplastik zuverlässig ab und entfernt Phosphor per Flockungfiltration. Und die ProMinent GmbH aus Heidelberg zeigt, wie Mikroschadstoffe wie Medikamentenrückstände mit Ozon beseitigt werden und wie die Ozonerzeugung mit modularen Anlagen besonders wirtschaftlich betrieben wird.

Wohin führt die Digitalisierung?

Auch in der Wasser- und Abwasserwirtschaft ist die digitale Transformation in vollem Gange. Der Münchner Branchentreff gibt in selten verfügbarer Breite Antworten auf Fragen wie: Wo stehen wir in diesem Prozess? Welche Chancen und Risiken sind damit verbunden? Wohin kann in Zukunft die digitale Reise gehen? Räumlich verdichtet findet sich dieses Fokusthema in der Spotlight Area „Digitalisierung in der Wasserwirtschaft“ am Eingang West des Münchner Messegeländes. Auf dem von der DWA organisierten Sonder-



Gemeinschaftsprojekt „Wasserrückhalt in Grünen Gräben“ des Landkreises, Bayerischen Bauernverbands und Wasserwirtschaftsamtes Ansbach: Entwässerungsgräben werden in ihrer Funktion umgekehrt und dienen nun dem Wasserrückhalt.

Bild: Wasserwirtschaftsamt Ansbach

ausstellungsbereich direkt hinter den Verbändeständen stehen Best-Practice-Lösungen im Mittelpunkt. Unter anderem präsentiert der DVGW dort das Projekt „Quelle der Zukunft. Wasser für Generationen“. Hierbei will die Bodensee-Wasserversorgung mit neuen Anlagen die Trinkwasserversorgung von rund vier Millionen Menschen auch für die nächsten Jahrzehnte sicherstellen. Die Besucherinnen und Besucher können durch Augmented Reality in die Anlagen visuell eintauchen und die Anwendung digitaler Techniken erleben.

Raum für zukunftsweisende digitale Entwicklungen bietet nicht zuletzt die lokale Hochwasser-Frühwarnung. Am Stand des Unternehmens Endress + Hauser aus Weil am Rhein können sich Interessierte dazu über das System Netilion Flood Monitoring informieren. Bei diesem hilft Künstliche Intelligenz, auf der Grundlage von vor Ort durch Pegelmessgeräte sowie Regen- und Bodenfeuchtsensoren erhobene Daten – verknüpft mit Wettervorhersagen und Informationen zur Geländebeschaffenheit – Hochwasserlagen frühzeitig und präzise einzuschätzen. Digitale Zwillinge gehören zur den Schlüsselkonzepten der Industrie 4.0 – auch in der Wasserwirtschaft. So demonstriert die Siemens AG aus Erlangen auf der Messe ein solches virtuelles Modell, das den gesamten Anlagenlebenszyklus abbildet. Mit diesem lassen sich schlanke Prozesse realisieren – vom Design und Engineering über Betrieb und Instandhaltung bis hin zur Optimierung.

Wassergerechtigkeit für eine harmonischere Welt

Wasser hat auch eine geopolitische Dimension – heute vielleicht mehr denn je. So kann es bei Wassermangel oder unglei-

cher Verteilung des blauen Goldes zu regionalen oder nationalenübergreifenden Spannungen kommen. Faktoren, wie der fortschreitende Klimawandel, die wachsende Weltbevölkerung oder auch kriegerische Auseinandersetzungen, verschärfen die Situation. Im Umkehrschluss hat eine gerechte und nachhaltige Wassernutzung das Potenzial, ein harmonisches Zusammenleben auf allen Ebenen zu fördern. Nicht von ungefähr stand der diesjährige Weltwassertag am 22. März unter dem Motto „Wasser für Frieden“. „Viele Technologien und Systeme unserer Aussteller können als Beiträge zu mehr globaler Wassergerechtigkeit und damit zu mehr Frieden gesehen werden“, sagt Philipp Eisenmann, Exhibition Director der IFAT Munich. Wie zum Beispiel das mobile, paletten-große Wasseraufbereitungssystem PurAID des Herstellers Pureco aus Budapest/Ungarn. Das kostengünstige, modulare System eignet sich für die Wasserversorgung in ländlichen und abgelegenen Gebieten. Es entfernt Arsen, Eisen, Mangan, Ammoniak, Fluor, Bakterien und Viren aus Grundwasser, Brunnenwasser und bereits vorhandenem, aber verschmutztem Netzwasser. Im Veranstaltungsprogramm widmen sich unter anderem die European Water Association (EWA) und die International Water Association (IWA) diesem Themenkreis: Am 14. Mai um 14:30 Uhr organisieren sie gemeinsam auf der Blue Stage die Podiumsdiskussion „Invest in Water – Invest in Security“. „Wir haben internationale Akteure eingeladen, über ihre Maßnahmen und Erfahrungen bei der weltweiten Unterstützung des Wassersektors zu berichten, die darauf abzielen, Sicherheit und Frieden zu fördern“, schildert EWA-General-Sekretär Johannes Lohaus.

servus.

Neue Wege in der Bestattungskultur.

GZ-Interview mit Cornelia Benesch und Marlene Lippok

Eher unbemerkt wird ein Wandel auf unseren Friedhöfen sichtbar. Immer mehr Grabflächen bleiben frei. Der Friedhof als Kulturrort und das Thema Lebensende bewegt zwei Frauen aus Augsburg. Die Bayerische Gemeindezeitung hat sie interviewt.

GZ: Sie bezeichnen sich selbst als Botschafterinnen für einen neuen Umgang mit dem zweiten elementaren Erlebnis eines jeden Menschen – dem Tod. Sie wollen einen anderen Umgang mit dem Tod etablieren. Warum ist das notwendig?

Benesch: Unsere Gesellschaft ist interkulturell geworden und unsere Vorstellungen zum eigenen Lebensende damit auch. Wir stellen



Cornelia Benesch mit einer druckfrischen Chronik.

Bild: Benesch

uns heute andere Fragen als noch unsere Eltern. Es gibt mehr Vielfalt in der Gesellschaft – Weltanschauungen, Bestattungsriten, Religionen, Beziehungsformen – ja, und auch Fragen rund um das Thema Nachhaltigkeit.

Lippok: Menschen haben nach ihrem Tod nicht dieselben Wünsche. Es gibt verschiedene Vorstellungen, welche Bestattungsart die richtige ist oder wie ein Grab gestaltet werden soll. Das alles spiegelt sich auf unseren Friedhöfen. Es gibt Grabfelder für Menschen anderer Religionen oder Kulturen, verschiedene Bestattungsarten, Grabformen und sogenannte Friedwälder. Hier wird sichtbar, wie sich die Bedürfnisse ändern. Die Friedhofssatzungen sind die alten geblieben. Vor 50 Jahren war noch viel klarer, was nach dem Tod geschieht, weil Vorstellungen einheitlicher waren. Das stellt uns als Gesellschaft vor Herausforderungen. Wir brauchen Mut, Dinge anders zu machen.

Benesch: Und Informationen, das heißt Beispiele darüber, wie es sein kann. Aufklärung.

GZ: Bitte führen Sie aus.

Lippok: Mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Beerdigung und der Grabgestaltung an sich wäre ein guter Anfang. Die Trauerforschung zeigt, dass es unglaublich hilft, selbst aktiv zu werden. Bei einer Bestattung sind wir immer noch eher passive Anwesende. Dabei gibt es auf Friedhöfen viele Arbeitsschritte, in die Angehörige einbezogen werden könnten: Graböffnung- und -Schließung, Sarg zum Grab tragen, Grabhügel anlegen...



Erinnerungssteine am einem Grab.

Bild: Lippok

Heilsames Abschiednehmen

Benesch: Feste Abläufe verhindern Individualität und lassen Menschen mit all diesen überwältigenden Emotionen hilflos zurück. Genau dieses „Hand anlegen“ erlaubt ein heilsames Abschiednehmen.

GZ: Warum ist der Abschied von den geliebten Menschen so wichtig? Ist nicht tot tot?

Lippok: Das Abschiednehmen ist ein wichtiges Ritual. Damit ein konstruktiver Trauerprozess beginnen kann, muss der Tod zunächst begriffen werden. Und Begreifen kommt von Anfassen. Den Tod zu begreifen, fällt uns viel leichter, wenn wir nochmal Kontakt zur verstorbenen Person hatten. Die Aufbahrung und Abschiednahme ist also für den Trauerprozess sehr wichtig.

Benesch: Abschiednehmen und Trauer ist uns nicht nur rund um den Tod abhandengekommen; im ganz normalen Leben haben wir ja auch keine Zeit zum Trauern, ständig blicken wir nach vorn. Wir bekommen gerade mal 2 Tage frei. Danach hat der Mensch wieder zu funktionieren. Abschiede, Brüche im Leben, Abschiede von der eigenen Jugend – ein Innehalten und Trauern ist heute gesellschaftlich nicht akzeptiert. Da ist es nicht verwunderlich, dass wir unsere Toten nicht mehr achtsam versorgen und sie zu Hause aufbahren. Die Haus-Geburt, der Tod daheim und die Abschiednahme im Kreis der Familie sind unmodern geworden. Und dies, obwohl wir uns alle wünschen, solange wie nur irgend möglich daheim zu leben. In der vertrauten Umgebung.

Lippok: Neben der Tabuisierung des Todes liegt das auch an fehlenden Räumlichkeiten. Was Friedhöfe als Orte für Aufbahrungen so zu bieten haben, ist weit weg von schön und einladend. Es wäre eine wichtige Aufgabe der Städte und Gemeinden, der Verwaltungen der Friedhöfe, hier ansprechende Räume anzubieten.



Friedhofsbesuch mit einer 3. Klasse.

Bild: Lippok

Nachhaltigkeit und Umweltschutz

Benesch: Auch eine Form von Daseinsfürsorge. Eben am Ende meines Lebens. Ich denke, immer mehr Menschen lehnen die herkömmlichen Angebote der Bestattungen ab. Ein Beispiel: Ich habe mein ganzes Leben versucht nachhaltig, im Einklang mit der Umwelt zu leben. Und bei meiner Bestattung? Da verursache ich mehr Sondermüll mit der Sargausstattung. Der ungenutzte Energieverbrauch im Krematorium, – warum wird diese Wärme nicht weiter genutzt? Die in Deutschland aktuell gängigen Bestattungsarten, Erd- und Feuerbestattung, sind ökologisch höchst fragwürdig. Mit der sogenannten „Reerdigung“ wurde eine ökologischere Variante zugelassen, die sich in Deutschland aber erst nach ausbreiten muss. Oder: Warum kann ich nicht mit einem Lasten-Fahrrad zum Grab gefahren werden?

GZ: Das Thema Umweltschutz kommt auf dem Friedhof an?

Lippok: Die meisten Friedhofsverwaltungen fangen schon an, sich als ökologisch wertvolle Orte wahrzunehmen und entsprechend zu agieren. Sie legen Bienenblühwiesen an, erlauben Bienenstöcke, Hecken und Insektenhotels.

Benesch: Trotzdem gibt es noch viel zu tun. Zum Beispiel ist es üblich, mehrere Blumenkränze oder Gestecke zu haben. Mit Blumen, die in Monokulturen im Ausland angebaut und dann importiert wurden. Ähnlich ist es mit der Grabbepflanzung.

GZ: Viele Friedhöfe haben offene Grabstellen. Es ist ein hässliches Lückenfeld entstanden.

Lippok: Die sozialen Strukturen haben sich verändert. Weg von der Großfamilie, hin zur Kleinfamilie oder Singlehaushalten. Es gibt weniger Familiengrabstätten, in denen mehrere Generationen ihre letzte Ruhe finden. Zudem hat sich die Kremation samt platzsparender Urnenbestattung in den letzten Jahrzehnten zur häufigsten Bestattungsart entwickelt.

Benesch: Die praktischen Stelen aus Beton können das Bedürfnis nach Zwiesprache über den Tod hinaus nicht stillen. Werden aber dennoch immer beliebter, da sie pragmatisch erscheinen: „Nur keine Umstände.“

Lippok: Wir zeigen Gegenmaßnahmen auf. Friedhöfe können in Richtung kulturelle Öffnung arbeiten. Wir zeigen, warum Friedhöfe wichtige kulturelle Orte sind. Aber dafür müssen Friedhöfe aktiv werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit den Lücken umzugehen: Bestimmte Grabfelder nicht mehr belegen, sodass

langfristig Freiflächen zur Gestaltung entstehen. Friedhöfe sind leider auch politisch nur Randthemen. So verliert diese „uralte Kulturlandschaft“ die Menschen. Dieser Prozess kann und muss aufgehalten werden.

GZ: Wie kann gegengesteuert werden – nicht nur unser Dorf muss schöner werden – auch unser Friedhof muss belebter werden?

Benesch: Wir müssen den Friedhof ganz neu kennen lernen und die erlernte Angst davor verlieren. Friedhöfe werden zudem oft mit Kirche verbunden, obwohl die wenigsten Friedhöfe kirchlich sind. Und weil Kirchen immer weniger Anklänge finden, werden auch Friedhöfe abgelehnt. Was dem Friedhof als bedeutungsvollem Ort für eine Gemeinschaft nicht gerecht wird.

Lippok: Ja! Mit ganz niederschweligen Angeboten, wie Friedhofsführungen, Kulturveranstaltungen, Aufenthaltsorte schaffen... eine schattige Sitzgruppe. Der Friedhof ist ein Kulturgut, eine Begegnungsstätte könnte er sein. Vielen Kommunen ist dies nicht bewusst oder sie haben keine entsprechenden Konzepte..

Angst vor dem Tod

GZ: Frau Lippok, Sie bieten auch Unterrichtseinheiten zu Sterben, Tod und Trauer für Kindergärten und Schulen an. Das könnte auch direkt auf dem Friedhof ablaufen.

Lippok: Sterben, Tod und Trauer sind in der Gesellschaft tabuisiert. Kinder übernehmen das Tabu. Sie merken intuitiv, dass es sich um kein „normales“ Thema handelt, wenn sie neugierig Fragen stellen und speichern ab: Hoppla, hier ist Gefahr. Die Angst vor dem Tod gehört zu den zehn häufigsten



Marlene Lippok.

Bild: Lippok

Ängsten von Kindern. Es konnte nachgewiesen werden, dass diese Angst durch Angebote zu diesem Thema deutlich abgebaut werden kann. Kinder brauchen Informationen, es hilft es ihnen zu wissen, was passiert, wenn jemand gestorben ist, und wie sie mit Trauer umgehen können.

Die Wurzeln kennen

Benesch: Da setzt meine Mission ein: Die Frage nach dem Erinnern. Was erinnern wir von den Mitgliedern unserer Familie? Sehr kleine Kinder fragen oft nach einer Bestattung „und wann kommt Oma/Opa dann wieder?“ Größere sollten die Geschichte ihrer Familie kennen, um die berühmten „Wurzeln“ ausbilden zu können. Erinnerungsarbeit schließt sich an Trauer an und führt den Heilungsprozess weiter.

Herbst 2024: Veranstaltung in Augsburg

GZ: Sie planen eine Messe für all die Themen rund um eine Be-

stattung im Oktober 2024 – die servus. Wer soll sich angesprochen fühlen?

Benesch: Eigentlich alle. Große, Kleine, Alte, Middleager und Junge. Der Tod gehört zu unserem Leben dazu. Viele kommen erst mit dem Bestattungswesen in Berührung, wenn es einen konkreten Todesfall gibt. Wenn wir in einer emotionalen Ausnahme-situation sind, ist es zu spät, sich zu informieren. Und was hat sich die oder der Tote eigentlich gewünscht?

Lippok: Bei einer Bestattung können wir viele Entscheidungen treffen, die unseren Trauerprozess nachhaltig beeinflussen. Nur wer sich vorher schon einmal Gedanken gemacht hat und weiß, was alles möglich ist, kann gute Entscheidungen treffen. Genau diese Möglichkeit wollen wir den Messebesucherinnen und -besuchern rund um Augsburg ermöglichen. In einer lockeren Atmosphäre wollen wir Einblick in die höchst unterschiedlichen Aspekte rund um das eigene Lebensende geben.

Der Tod ist ein unglaublich spannendes Thema, leider beschäftigen sich die meisten Menschen viel zu wenig damit.

Die Interviewpartnerinnen:

Marlene Lippok, Kulturwissenschaftlerin, Trauerbegleiterin und Autorin „Der Tod und Ich“. www.endlichkeitswerkstatt.de

Cornelia Benesch, Diplom-Journalistin, Bestatterin, Bewahrerin der Erinnerungen. „Ein Leben hat so viel Fülle und unfassbare Wendungen erlebt. Es ist ein unglaublicher Verlust für eine Familie, diese Geschichten nicht zu bewahren und weiterzugeben. Gerade in diesen Umbruchszeiten“. www.dolorundamor.de □

DAS STUFENLOS PROGRAMM VON LINDNER

3 JAHRE GARANTIE MIT TRAC LINK

IFAT Munich

* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 70/80/100/130 & Unitrac 112/122 LD Drive) in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie

lindner-traktoren.at

Lindner

Bayerische Landesgartenschau Kirchheim 2024:

Grüne Oase vor den Toren Münchens

Die Vorfreude ist groß: Unter dem Motto „Zusammen.Wachsen.“ öffnet die 37. Bayerische Landesgartenschau am 15. Mai in der Gemeinde Kirchheim bei München ihre Pforten. Bis 6. Oktober laden mehr als 90 Ausstellungsbeiträge und ein Programm mit über 3.500 Einzelveranstaltungen die Besucher dazu ein, den neuen, mehr als 10 Hektar großen Ortspark in Kirchheim zu entdecken.

Das neu gestaltete Gelände verbindet die Ortsteile Kirchheim und Heimstetten. Fünf Naturräume – Garten, Wildnis, Wasser, Wald und Wiese – wurden mit Ruhezonen und Spielbereichen auf dem Gelände angelegt. Flächenentsiegelungen, Neupflanzungen und der Ausbau vorhandener Grünstrukturen verbessern das Stadtklima, die Regenwasserversickerung und die Artenvielfalt. Ein knapp 7.400 Quadratmeter großer „Parksee“ mit integrierten Schilfinnseln dient auch dem Hochwasserschutz. Zudem wurde ein Rad- und Fußwegnetz neu geschaffen.

Neben heimischen Arten wurden rund 800 Bäume neu gepflanzt. Auf knapp 20.000 Quadratmetern gibt es Hecken-, Stauden- und Strauchpflanzungen. Ein besonderer Fokus für Familien ist der Spielplatz „Keltenwelten“, der mit seinem Langhaus und verschiedenen Palisaden-Kletterwänden Bezüge zur Siedlungsgeschichte in Kirchheim herstellt.

Schaufenster über Bayern hinaus

Bei der Eröffnungs-Pressekonferenz sprach Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber von einer „neuen grünen Oase, die vor den Toren Münchens entsteht“. Mit diesem Projekt sei Kirchheim nicht nur ein Schaufenster in Bayern, sondern über Bayern hinaus.

Die „herausragende Qualität des neuen Ortsparks“ hob auch Kirchheims neuer Erster Bürgermeister Stephan Keck hervor und freut sich deshalb auf einen „unvergesslichen Sommer und dau-

erhaft mehr Lebensqualität in Kirchheim“.

Sein Vorgänger Maximilian Böttl, der im Oktober 2023 als Abgeordneter für den Stimmkreis München-Land-Nord in den Bayerischen Landtag gewählt wurde, hatte die Bewerbung um die Landesgartenschau 2018 angestoßen und den Großteil der Bauphase als Erster Bürgermeister begleitet. Er sprach bei der Pressekonferenz von einem „Gänsehaut-Gefühl – und das nicht nur angesichts der plötzlich eingebrochenen, sehr kühlen Temperaturen“. In einer krisenhaften Zeit sei die Landesgartenschau ein Lichtblick, betonte Böttl.

Strukturprojekt Kirchheim 2030

„Dass der neue Ortspark Menschen zusammenführen wird“, unterstrich zudem der Landrat des Landkreises München, Christoph Göbel. Er sprach von der „großen Dynamik“ der Gemeinde Kirchheim, die das Strukturprojekt Kirchheim 2030 angestoßen hat, zu dem neben dem Bau des neuen Ortsparks unter anderem der angrenzende Bau des neuen Rathauses mit Bürgersaal, der Erweiterungsneubau des Gymnasiums sowie Kindertageseinrichtungen zählen.

Neben der 14.000-Einwohner-Gemeinde Kirchheim bei München gehörten weitere 28 Städte und Gemeinden zum Landkreis München, so Göbel. Sie alle präsentieren sich während der Landesgartenschau im Landkreis-Pavillon. Die Holzbau-Konstruktion sei offen gestaltet mit einer „Waldbühne“ in

der Mitte und einer interaktiven Ausstellung zu „Gesichtern und Geschichten aus den Städten und Gemeinden“ auf 29 klappbaren Lamellen rund um den bewaldeten Innenhof.

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz bespielt während der Landesgartenschau in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Umwelt einen Holzpavillon-Komplex mit der Ausstellung „Leben braucht Vielfalt“ und die gärtnerisch gestaltete Freifläche „Lebensadern“ auf insgesamt rund 850 Quadratmetern. Insgesamt werden mehr als 90 Ausstellungsbeiträge, darunter elf Themengärten und vier Reihengärten von Gartenbau-Fachbetrieben des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau in Bayern, präsentiert.

Das Umweltministerium und die EU haben die Schau mit je-

Staffelübergabe in der Lindner-Geschäftsführung

Nach 33 Jahren in der Geschäftsführung ging Hermann Lindner in den Ruhestand. Sein Sohn David übernimmt mit April 2024 die Agenden und ist künftig federführend für die Finanzen, das Personal, Marketing & Vertrieb, den Kundendienst und die Digitalisierung des Tiroler Traktoren- und Transporterherstellers verantwortlich.

Beim Tiroler Familienunternehmen Lindner ist der Übergang von der dritten auf die vierte Generation voll im Gange. Mit April 2024 steigt der bisherige Marketing- und Exportleiter David Lindner in die dreiköpfige Geschäftsführung auf und folgt seinem Vater Hermann Lindner, der in den Ruhestand geht. David Lindner zeichnet künftig für die Finanzen, das Personal, Marketing & Vertrieb, den Kundendienst und die Digitalisierung des Unternehmens mit Sitz in Kundl verantwortlich. Stefan Lindner ist in der Geschäftsführung für den Bereich Technologie, Einkauf sowie die Teilefertigung, Christoph Lindner für Fahrzeugmontagen und das Reparaturwerk zuständig.

Perfekte Lösungen für den Kommunalbereich

„Ich freue mich, dass ich ein sehr gesundes Unternehmen übernehmen darf, das dank seiner konsequenten Nischen- und Innovationsstrategie heute internationaler und breiter denn je aufgestellt ist“, erklärt David Lindner. „Wir werden auch künftig stark auf unser Kerngeschäft, die Landwirtschaft im alpinen Raum, setzen. Aber wir ha-



Die hauptamtliche Bürgermeisterin Karin Gansloser (3.v.l.) zusammen mit Bestatterin Emily Maiche, Stadtplanerin Sarah Czasny, Produktdesigner Georg Matics, Friedhofsgärtner Johannes Heiser, und Friedhofsverwalterin Lara Schink (v.l.) beim Besuch im „Campus Vivorum“ in Süßen.

Bild: Willy Hafner

weils rund 4 Millionen Euro gefördert. Kirchheim ist die erste bayerische Kommune, deren Investitionskosten für die Errichtung der Grün- und Erholungsanlage mit 80 Prozent gefördert werden können.

Ist der Friedhof hip?

Karin Gansloser ist seit 2023 hauptamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Schlat in Baden-Württemberg; knapp 1.800 Einwohner, am Rande der Metropolregion Stuttgart. Gemeinsam mit elf jungen Frauen und Männern entwickelt sie im Rahmen der internationalen Fachmesse „Stone+tec“ in Nürnberg am 21. Juni 2024 ein Konzept für den Friedhof von morgen. Wird mit ihnen alles neu? Wie stellen sich junge Menschen die Zukunft des Friedhofs vor? Kann das Thema Friedhof „hip“ sein? Diese Fragen werden auf der Messe erörtert.

Der Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx moderiert die „Transformation-Impulse“; Bürgermeisterin Karin Gansloser entwickelt gemeinsam mit Planern, Psychologen, Soziologen und Theologen sowie Menschen unterschiedlichen, am Friedhof tätigen Berufen ein Zukunftsbild. Der niederländische Landschaftsarchitekt Bart Brand stellt „Die Zukunft des Friedhofs in der Stadt- und Raumplanung“ vor, der Philosoph und Psychotherapeut Michael Lehofer gibt einen Einblick in die trauernden Seelen der Gesellschaft und Sprecher der Initiative „Raum für Trauer“, Günter Czasny, beschreibt wie menschenorientierte Friedhöfe aussehen und was sie bewirken können.

Für Gansloser stehen dabei die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt. Sie will den Fried-

hof der Zukunft wie ein offenes Bürgerhaus gestalten: „Ein Friedhof ist ein Friedhof. Ein neuer Name hilft nicht weiter. ... Es braucht dort mehr Interkulturalität und vor allem mehr Miteinander. Den Friedhof wie ein offenes Bürgerhaus zum Wohlfühlen zu gestalten – ihn den Menschen als ein gemeinsames zu nutzendes Gemeindehaus ohne Konsumzwang jedoch mit vielen privaten Räumen anzubieten – das sollte das Ziel sein.“

Veranstaltungshinweis

„Generation Y und Z denken die Zukunft des Friedhofs neu“ – am 21. Juni 2024, ab 10:45 Uhr in Nürnberg; Tagungsprogramm und Tickets unter: www.messe-ticket.de/AFAG/Stone+tec2024/Shop?culture=de



V.l. Landrat Christoph Göbel, Umweltminister Thorsten Glauber und Bürgermeister Stephan Keck.

Bild: Claus Schunk

Ganzjähriger Einsatz

BUCHER
municipal

Video VarioMax

Bucher VarioMax

Schnelle Umrüstung von FS30 auf FS100
Auch im Sommer einsetzbar

Bucher Municipal Wernberg GmbH
Daimlerstraße 18
DE - 92533 Wernberg-Köblitz
Telefon +49 9604 93 26 7-0
www.buchermunicipal.com



David Lindner folgt Hermann Lindner in der Geschäftsführung des Tiroler Familienunternehmens Lindner.

Bild: Lindner Traktoren

Verkehrssicher unter härtesten Witterungsbedingungen

Bucher Municipal Wernberg präsentiert führende Winterdienstlösungen auf der IFAT in München

Bucher Municipal Wernberg, ein weltweit führender Anbieter von Winterdienstmaschinen, wird auf der IFAT 2024 in München vertreten sein. Vom 13. bis 17. Mai wird das Unternehmen seine innovativen Produkte präsentieren, die dazu beitragen, die Herausforderungen im Bereich Winterdienst effektiv zu bewältigen.

Die IFAT, als weltweit führende Messe für Umwelttechnologien, bietet Bucher Municipal die ideale Plattform, um sein breites Spektrum an Winterdienstlösungen vorzustellen. Dieses reicht von Schneepflügen, über Salz- und Solestreuautomaten, bis hin zu Hydraulikanlagen. Das Unternehmen beteiligt sich somit maßgeblich daran, Straßen und Verkehrswege auch unter härtesten Witterungsbedingungen verkehrssicher zu halten.

Geschäftsführerin Victoria Rasoulkhani sieht die Messe als eine ausgezeichnete Gelegenheit, um neueste Winterdiensttechnologie zu präsentieren und zusammen mit Kunden und Partnern an noch effizienteren Lösungen für sichere Straßen im Winter zu arbeiten.

Besucher der IFAT sind herzlich eingeladen, den Stand von Bucher Municipal (Halle C6, Stand 328 und 329) zu besuchen, um einen Einblick in die Zukunft des Winterdienstes zu erhalten und mit den Experten des Unternehmens in Kontakt zu treten. □

Vor mehr als 75 Jahren hat Lindner den ersten Traktor produziert. Heute fertigt Lindner in Kundl jährlich 1.200 Traktoren und Transporter. Seit 1948 hat Lindner 80.000 Traktoren ausgeliefert und zählt heute 40.000 Kunden – von Tirol bis nach Kanada. □

Gerüstet fürs Mähen, Schneiden, Räumen und Streuen

Mercedes-Benz Trucks mit Unimog und E-LKW auf der IFAT 2024

Mercedes-Benz Trucks zeigt vom 13.-17. Mai 2024 auf der IFAT, Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft verschiedene LKW für kommunale Aufgaben. Auf Stand 451 in Halle C6 präsentiert der Hersteller einen Unimog Geräteträger mit dem neuen Bediensystem UNI-TOUCH sowie zwei batterieelektrische LKW: ein eActros 400 mit Abrollkipper von Meiller und Winterdienstausstattung mit Schneepflug von Bucher Municipal und ein eEonic für kommunale Aufgaben.

Vor Halle C6 ist ein Arocs 6x4/4 mit gelenkter Nachlauf-Achse mit Kipper und Kran ausgestellt. Weitere batterieelektrische Fahrzeuge, wie beispielsweise ein eEonic als Abfallsammelfahrzeug und ein eActros als Abrollkipper, können im Außengelände bei Live-Demos erlebt werden.

Noch mehr Komfort

Franziska Cusumano, Leiterin Mercedes-Benz Special Trucks: „Auf der IFAT präsentieren wir erstmals unseren Unimog Geräteträger mit dem Bediensystem UNI-TOUCH und neuen Sicherheitsassistenzsystemen. Damit sind unsere Kunden in Zukunft mit noch mehr Komfort und Sicherheit für die Erledigung ihrer Aufgaben auf der Straße, auf Schienen, im Feld oder im Gelände unterwegs.“

Christian Wilz, Leiter Mercedes-Benz Trucks Sales and Services Deutschland, sagt, dass das Unternehmen auf der diesjährigen IFAT weiter den Fokus auf die Integration batterieelektrischer Fahrzeuge in kommunalen Anwendungen setzt: „Mit dem eActros 400 und dem eEonic haben wir zwei Fahrzeuge auf dem Stand, die mit den passenden An- und Aufbauten vielseitige Möglichkeiten bieten. Von der Abfallentsorgung bis zum demonstrierten Schneeräumen und Streuen, im dichten innerstädtischen Verkehr, bei Kälte und Glätte – unsere E-LKW sind einsatzbereit.“

Unimog mit GSR, UNI-TOUCH und drei Anbaugeräten

Mercedes-Benz Special Trucks zeigt erstmalig einen Unimog Geräteträger, der die Vorgaben der ab Juli 2024 in Kraft tretenden EU-Gesetzgebung zur Fahrzeugsicherheit (EU-Verordnung 2019/2144 General Safety Regulation II, kurz: GSR) erfüllt und dadurch mehr Unterstützung für den Fahrer und mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer schaffen kann. Im Rahmen der

neuen GSR sind jetzt unter anderem der Sideguard Assist, ein Frontguard Assist, ein Verkehrszeichen-Assistent, eine Rückfahrkamera und ein Warnsystem bei Reifendruckverlust serienmäßig verbaut.

Fast alle der für den Unimog verfügbaren Anbaugeräte lassen sich künftig über das neue Bediensystem UNI-TOUCH steuern. Das neue Bediensystem kann geräteeigene Bedienpulte ersetzen und die Bedienung ergonomischer und intuitiver machen. Die Mittelkonsole ist umfassend überarbeitet, schlanker konzipiert und quer und längs verschiebbar. Die Anzahl der Bedienelemente konnte durch die Möglichkeit, Tasten individuell zu belegen und Anwendungsprofile sowie wiederkehrende Abläufe zu speichern, platzsparend reduziert werden. Über einen 10,5 Zoll (26 cm) großen Touchscreen kann der Anwender die passenden Einstellungen für den jeweiligen Arbeitseinsatz vornehmen. Für einen flexiblen Blickwinkel lässt sich der Bildschirm drehen und im Neigungsgrad verstellen.

Der optionale Multifunktions-Joystick verfügt über frei belegbare Bedienelemente und kann wahlweise in die Vorbereitung am Fahrersitz oder am Beifahrersitz eingesteckt werden. So kann der Anwender den Joystick immer mit der rechten Hand bedienen und seinen Arm dabei auf der Armlehne abstützen. Gleichzeitig bewegt sich der Joystick durch die Verbindung mit dem Schwingsitz automatisch mit, sodass der Fahrer ergonomisch arbeiten kann.

Weitere Elemente des neuen Bediensystems sind die Start-/Stopp-Taste, die den klassischen Zündschlüssel des Geräteträgers ersetzt und die neuen Türbedienfelder an der Fahrer-, Beifahrer- und der optionalen Mähtür.

Der ausgestellte Geräteträger ist mit einer Mäh-Schneid-Kombination an der Fahrzeugfront und einem Streuautomaten ausgestattet. Das Frontausleger-Mäh-

gerät MFK 500 von Mulag hat eine Reichweite von sechs Metern (sieben Meter mit Teleskop) und kann beidseitig eingesetzt werden. Der Antrieb erfolgt wahlweise über die fahrerseitige Leistungshydraulik oder über die Frontzapfwelle. Das Lichtraumprofil-schneidergerät FSG 2000 von Mulag lässt sich zur Gehölzpflege und zum Freischneiden von Straßen und Gleisstrassen einsetzen. Das Anbaugerät lässt sich mit wenig Aufwand an die Frontanbauplatte des Unimog montieren.

Der aufgebaute Streuautomat Yeti W22 Omega von Bucher Municipal verfügt über einen Zusatztank für Sole, der fest im Streubehälter zwischen den beiden Förderschnecken verbaut ist. Der Streuer bietet dadurch das gleiche Volumen für Trockenstoff (Streuhsalz) und Sole: 2,2m³ bzw. 2.200 Liter. Dies ermöglicht das Ausbringen von Feuchtsalz mit 50 Prozent Soleanteil (FS 50). Der gesteigerte Soleanteil macht die Glättebekämpfung durch die längere Liegedauer und weniger Verwehungen des Feuchtsalzes effizienter und umweltverträglicher. Auf Wunsch kann der Kunde mit dieser Technik über den Streutelner auch reine Sole (FS 100) ausbringen. Im Sommerdienst kann der Zusatztank als Wasserspeicher für Gieß- und Reinigungsarbeiten fungieren. Weiterer Vorteil der Baureihe Yeti Omega ist die niedrige Bauhöhe durch die innovative Doppelförderschneckentechnologie, die für einen niedrigen Schwerpunkt und sehr gute Rundumsicht sorgt.

E-LKW für den kommunalen Einsatz

Mercedes-Benz Trucks präsentiert den Mercedes-Benz eActros 400 auf der IFAT erstmals als Winterdienstfahrzeug mit Abroller von Meiller und Winterdienstausstattung von Bucher Municipal. Der Schneepflug der Baureihe Polyx L verfügt über die serienmäßige, patentierte Neoprenräumleiste, welche eine geräuscharme und fahrbahnchonende Räumung ermöglicht, sowie einen verbesserten Schneeauswurf durch die Polyethylen Schare. Der Schneepflug wird über eine neuartige Frontanbauplatte mit dem Fahrzeug verbunden. Die Frontanbauplatte, welche zuvor fest mit

dem Chassis verbunden war, verbleibt nun beim Schnellabnehmen am Schneepflug und ermöglicht dadurch eine uneingeschränkte Nutzung der Sensorik der GSR-Anforderungen ohne diese versetzen zu müssen. Zusätzlich ergibt sich eine deutliche Gewichtsersparnis im Einsatz außerhalb des Winterdienstes. Der elektrisch angetriebene, vom Fahrzeug autarke Icebear VP350e FS 30-Streuer verfügt über fünf Kubikmeter Trockenstoff- und 2150 Liter Solevolumen.

Die Batterien des eActros 400 bestehen aus vier Batteriepaketen, die jeweils eine installierte Kapazität von 112 kWh und eine nutzbare Kapazität von rund 97 kWh bieten. Mit vier Batteriepaketen hat der eActros 400 je nach Anwendungsfall eine Reichweite von bis zu 400 Kilometern. Technologisches Herzstück des Elektro-LKW ist die Antriebseinheit, eine elektrische Starrachse mit zwei integrierten Elektromotoren und Zwei-Gang-Getriebe. Die beiden flüssigkeitsgekühlten Motoren generieren eine Dauerleistung von 330 kW sowie eine Spitzenleistung von 400 kW.

Am Messestand finden Interessierte außerdem den vollelektrischen Mercedes-Benz eEonic 300 mit der Radformel 6x2 als Fahrgestell ausgestellt. Das Basisfahrzeug zeichnet sich durch ein im Wettbewerbsvergleich besonders niedriges Leergewicht aus. Ohne Aufbau können Besucher einen besseren Blick auf die Antriebsarchitektur des Fahrzeugs werfen. Der eEonic wird überwiegend im innerstädtischen



Neues Bediensystem UNI-TOUCH im Unimog Geräteträger.

Bild: Daimler Truck

und kommunalen Einsatz als Abfallsammelfahrzeug genutzt, wo er durch die verbesserte Nutzlast seine Vorteile ausspielen kann. Der eEonic als Abfallsammelfahrzeug ist bei den Aufbauherstellern im Freigelände Mitte, Zöllner (Stand 710/5), FAUN (Stand 712/5) und Terberg HS (713/15), zu sehen.

Mercedes-Benz LKW „in Action“ im Außengelände

Vor der Halle ist der auf Stabilität und Beständigkeit ausgelegte Mercedes-Benz Arocs 2748 mit GSR zu sehen. Das Fahrzeug, das bisher vor allem im Bauwesen zum Einsatz kommt, wird auf der IFAT mit der Radformel 6x4/4 präsentiert. Das Fahrzeug hat einen permanenten Vorderradantrieb und eine gelenkte Nachlaufachse. Die Winterdienstausstattung kommt von Küpper-Weiser,

der Kipper-Aufbau von Meiller und der Kran von Palfinger.

Auf dem VAK (Verband der Arbeitsgeräte-Kommunalfahrzeugindustrie e.V.) Außengelände zeigt Mercedes-Benz Trucks bei der Live-Demo „Truck in Action“ einen eEonic 300 mit einem Aufbau der Firma Zöllner. Das Fahrzeug war bereits über ein Jahr im Kundeneinsatz, die Experten berichten von den Erfahrungen und den Verbrauchswerten. Begleitet wird der eEonic von einem eActros 300 mit Meiller-Abroller und Anhänger. Der Lastzug lädt zwei Container mit einem Gesamtvolumen von 96 m³, die vollelektrisch auf- und abgeladen werden.

Mit einem eEonic aus der Werkslogistik des Lkw-Werks in Wörth am Rhein stellt Mercedes-Benz Special Trucks außerdem das Fahrzeug auf dessen Aufbau die VAK-Podiumsdiskussion stattfindet. □



Besser abschneiden.

Die wirtschaftliche Lösung: der Unimog BlueTEC 6. Wenn es um kommunale Aufgaben wie Mähensätze geht, macht dem Unimog keiner etwas vor. Dafür sorgen hohe Achslasten für bis zu drei Mähauflägen, der innovative Fahrtrieb EasyDrive für den spontanen Wechsel

zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe sowie die kraftvolle Zapfwelle und eine leistungsstarke Hydraulik für effizientes Arbeiten. Seine hohe Produktivität verbindet der Unimog mit kompakten Abmessungen, Pkw-ähnlichem Komfort und bester Übersicht.



Profitieren Sie mit unter
mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Summen, Brummen und Flattern auf Friedhöfen

Aktionsplan gibt Empfehlungen und Tipps für eine naturnahe Gestaltung

Friedhöfe können wertvolle Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen sein. Im Aktionsplan fassen die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege und der kirchliche Verein „Schöpfung bewahren konkret e.V.“ ihre Erfahrungen für Insektenschutz und mehr Artenvielfalt zusammen.

Friedhöfe sind nicht nur Orte der Stille und der Trauer. Sie sind auch Orte des Lebens. Wenn Wiesen und Gehölze ökologisch gepflegt und alte Mauern erhalten werden, finden viele Tiere Nahrung, Nistplätze oder Unterschlupf. In naturnahen Lebensräumen gibt es auch optimale Standortbedingungen für viele, darunter sogar seltene Pflanzen.

Die Besonderheit von Friedhöfen ist ihre große Strukturvielfalt. Auf kleinstem Raum liegen halboffene Flächen, Kleinststandorte mit unterschiedlichen Nutzungsarten und naturnahe Restbiotope direkt nebeneinander. Alte Grabmauern und historische Gebäude sind Ersatzbiotope für Felslandschaften. Dadurch werden viele ökologische Nischen geschaffen, wo zahlreiche Pflanzen und Tiere das finden, was sie zum

Leben brauchen. Vor allem in Städten und Dörfern können naturnahe Friedhöfe wichtige Rückzugsräume für viele Arten sein.

Biodiversität erhöhen

Welche Maßnahmen die Biodiversität auf Friedhöfen erhöhen, zeigt die Broschüre „Oasen für Pflanzen und Tiere – Friedhöfe. Aktionsplan für Insektenschutz und mehr Artenvielfalt“. Sie gibt konkrete Handlungsempfehlungen, wie Friedhöfe ökologisch aufgewertet werden können. Praktische Tipps und Hinweise zur Pflege und dem ökologischen Wert von Bäumen, Hecken, Sträuchern und Wiesen ergänzen die Beschreibungen.

Im Rahmen der Bayerischen Biodiversitätsstrategie wurde das Projekt „Friedhöfe – Oasen

für Pflanzen und Tiere“ durchgeführt, gemeinsam von der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, dem kirchlichen Verein „Schöpfung bewahren konkret e.V.“ und der Projektgruppe NaturVielfaltBayern. Erstellt wurden neben dem Aktionsplan fünf Merkblätter zu ökologischen Pflegemaßnahmen und weitere Publikationen mit Tipps und Hilfestellungen. Über 20 Friedhöfe wurden vor Ort betreut und dort Maßnahmen für die Biodiversität umgesetzt. Aus Rasen wurden Wiesen entwickelt, alte Laubbäume erhalten, Blühgräber mit heimischen, regionalen Samenmischungen angelegt und in aufgelassenen Gräbern wurde die spontane Besiedelung durch Wildkräuter zugelassen. Diese Erfahrungen und Erkenntnisse, die stets gemeinsam mit den zuständigen der Friedhöfe geplant und umgesetzt wurden, flossen in die Publikationen ein. Der Aktionsplan kann hier bezogen werden: www.bestellen.bayern.de/shop/link/anl_nat_0046.htm □

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich darf als 1. Bürgermeister die Stadt Freystadt, Landkreis Neumarkt i.d.OPf., mit derzeit rund 9.400 Einwohnern vertreten.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit 01.05.2014 hauptamtlicher Bürgermeister. Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich habe 1988 eine Lehre als Verwaltungsfachangestellter bei der Stadtverwaltung Freystadt begonnen und war nach meinen Fortbildungen zum Verwaltungsfach- und Verwaltungsbetriebswirt zuletzt Kämmerer meiner Heimatgemeinde.



Alexander Dorr

Erster Bürgermeister der Stadt Freystadt

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Als langjähriger Mitarbeiter der Stadtverwaltung war mir die künftige positive Entwicklung meiner Großgemeinde mit 33 Ortsteilen und u.a. 16 Freiwilligen Feuerwehren wichtig. Mit meiner Kandidatur zum 1. Bürgermeister hatte ich die Chance, dies in maßgeblicher Position mitzugestalten.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine Tätigkeit in der Stadtverwaltung kannte ich zum einen natürlich die internen Abläufe. Ansonsten wurde ich von meinem Vorgänger zwischen Wahl und Amtsantritt sehr gut eingearbeitet.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Eine große Herausforderung war die Situation unserer Martini-Grund- und Mittelschule in Freystadt mit Filialgebäude in einem Ortsteil. Die Schließung dieser Grundschulfiliale zugunsten der Erweiterung und Generalsanierung des Schulgebäudes im Hauptort wurde sehr kontrovers diskutiert und war politisch eine der bisher schwersten Entscheidungen. Nach insgesamt acht langen Jahren Planungs- und Bauphase konnten wir die Baumaßnahme 2022 abschließen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit planen wir die Zusammenlegung unserer vier Kläranlagen zu einer großen Anlage für das gesamte Gemeindegebiet. Im Sommer werden wir mit der Generalsanierung der Dreifachturnhalle beginnen. Zwei Maßnahmen von vielen weiteren kleineren, die unseren Haushalt für die nächsten Jahre stark strapazieren werden.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Eine der größeren Maßnahmen in den nächsten Jahren wird die Sicherstellung der Wasserversorgung durch die Niederbringung von weiteren Brunnen sowie der Neubau bzw. die Erweiterung des Wasserhochbehälters werden. Zudem möchte ich die kleinteilige Struktur unserer verschiedenen Wasserversorgungen „bereinigen“.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

„Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“ Zu Beginn meiner Amtszeit hätte ich diesen Spruch vielleicht das ein- oder andere Mal beherzigen sollen. Außerdem muss man als Bürgermeister aufpassen, am Boden zu bleiben und sich selbst nicht zu wichtig zu sehen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

In der Verwaltung werden die anstehenden Entscheidungen regelmäßig in Besprechungen mit den Abteilungs- und Sachgebietsleitern besprochen und diskutiert. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten Informationen über das kommunale Geschehen und die Sitzungen des Stadtrates über das zwei Mal im Monat erscheinende Mitteilungsblatt und direkt in den insgesamt 15 Bürgerversammlungen, die ich jährlich in den ehemaligen Gemeinden abhalte. Mit den Bürgermeisterkollegen des Landkreises tauschen wir uns neben den vierteljährlichen Kreisversammlungen des Bayerischen Gemeindetages auch mindestens einmal im Monat in einer Videokonferenz über die anstehenden Themen aus.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird und muss die Arbeitsprozesse in unseren Verwaltungen komplett verändern. Der Großteil der Serviceleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger wird sich verbessern und 24/7 zur Verfügung stehen. Die größte Hemmschwelle liegt dabei meiner Überzeugung nach vor allem in den Köpfen der Menschen selbst. Die Kommunalpolitik wird auch mehr und mehr digital stattfinden. Seit der Wahlperiode 2020 sind alle Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates mit einem Tablet ausgestattet, über das sie die Sitzungseinladungen und -unterlagen übermittelt bekommen. Seit der Corona-Pandemie finden unsere Stadtratssitzungen „hybrid“ statt, d.h. Gremiumsmitglieder können online an der Sitzung teilnehmen und natürlich auch mit abstimmen. Sicherlich erst ein Anfang ...

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Kämpfe für Deine Überzeugungen!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als ein Bürgermeister der die Großgemeinde nicht nur verwaltet sondern gestaltet hat. □



Bürgermeisterin Kathrin Alte (r.) freut sich mit den jugendlichen Helferinnen und Helfern über den hohen Besuch von Kardinal Reinhard Marx (mittig, sitzend) und der Steuerungsgruppe. Bild: Stefan Kiderle

Gemeinde Anzing:

„Uns schickt der Himmel!“

Kardinal Reinhard Marx besucht Ministranten und Firmlinge

Nach 72 Stunden endete am 21. April die dritte bundesweite Sozialaktion des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Rund 80.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben sich in 2.720 Gruppen für soziale, politische und ökologische Projekte engagiert und die Welt so ein Stück besser gemacht. Mit den zahlreichen Unterstützern vor Ort, den Teilnehmern an Workshops, Begegnungsfesten, Spielenachmittagen, Singkreisen und vielem mehr, beteiligten sich so bundesweit rund 170.000 Menschen aller Generationen an der diesjährigen 72-Stunden-Aktion. „Wir haben in drei Tagen gesehen, was junge Menschen erreichen können, wenn sie den Raum dazu bekommen. Sie setzten sich für andere ein, wollen und können ihr soziales Umfeld aktiv mitgestalten und sind so allen Menschen ein Vorbild“, resümiert Lena Bloemacher, Bundesvorsitzende des BDKJ.

Um Aktionsgruppen zu besuchen und sich vor Ort einen Eindruck von den vielfältigen Projekten zu machen, war der vierköpfige BDKJ-Bundesvorstand in den vergangenen 72 Stunden in ganz Deutschland unterwegs. „Ich bin absolut beeindruckt von den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ich bei meinen Besuchen treffen konnte! Selbst bei strömendem Regen oder im Schnee haben sie sich nicht davon abhalten lassen, ihre Projekte für den guten Zweck freudestrahlend und voller Energie umzusetzen“, zeigt sich BDKJ-Bundesvorsitzender Gregor Podschun begeistert von diesem Engagement.

An der Aktion, die dieses Jahr

unter dem Motto „Uns schickt der Himmel!“ stand, beteiligten sich auch Ministranten und Firmlinge aus Anzing. Sie räumten im Garten des Seniorenheims auf, strichen Gartenbänke, zeigten den Pflegebedürftigen Bilder von der Kirchenrenovierung und machten vier der Spielplätze sauber. Beeindruckt von den jugendlichen Helferinnen und Helfern sagte Bürgermeisterin Kathrin Alte: „Ihr habt eure Projekte trotz des schlechten Wetters fröhlich und voller Energie umgesetzt, das ist großartig!“ Sie dankte auch herzlich den Cheforganisatoren Christian Mader und den beiden Oberministranten Vanessa Wadsack und Niklas Holzendorf.

CSU-Bezirksparteitag Mittelfranken:

Klare Ansagen

Herrmann und Weber: „Für ein starkes Bayern in Europa“

„Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ist für Deutschland von existenzieller Bedeutung“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann beim Bezirksparteitag seiner Partei in Bad Windsheim. Gastredner und bayerischer CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber sprach sich dafür aus, dass Europa künftig mehr mit Demokratien und weniger mit Diktaturen zusammenarbeitet.

Auch der mittelfränkische Spitzenkandidat Dr. Konrad Körner sprach davon, dass man in Europa „neu anpacken“ müsse. Europa müsse besser werden, „aber

stehen klar an der Seite von Freiheit, Frieden und Demokratie“.

Klare Worte von Manfred Weber auch bei den Themen Zuwanderung und Militär: „Der Staat muss entscheiden, wer ins Land kommt, nicht irgendwelche Schlepperbanden“. Und Europa brauche eine eigene Verteidigungsfähigkeit und eine europäische Cyber-Defensive, „und zwar jetzt“. Es gehe dabei um Verteidigung vor Attacken im Netz, die Erhöhung der Informationssicherheit und nicht zuletzt zum Schutz der so genannten „kritischen Infrastruktur“.

Zu Gast war auch die stellvertretende CSU-Generalsekretärin Tanja Schorer-Dremel, die im Rahmen eines Grußwortes Joachim Herrmann „die Innenminister-Bank in Deutschland“ nannte. Einig war sie sich mit Manfred Weber, Joachim Herrmann und Dr. Konrad Körner: „Nur wer CSU wählt, kann sichergehen, dass Kandidatinnen und Kandidaten aus Bayern und Franken in das Europäische Parlament einziehen“. Deshalb gelte: „Nur wer CSU wählt, wählt für ein starkes Bayern in Europa und damit für unsere Heimat“. **pmw**



Manfred Weber. Bild: EVP-Fraktion

wir lassen uns das Erreichte nicht von Nationalisten und Extremisten kaputt machen“. Dazu Manfred Weber, Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Vorsitzender der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei): „Führung aus der Mitte heraus ist die beste Politik gegen links und rechts. Wir geben Menschen Orientierung und

LAG Mangfall-Inntal:

Startschuss für neue Förderprojekte

Fünf spannende Projekte hat das Entscheidungsgremium der LAG Mangfalltal-Inntal im Rahmen ihrer Sitzung in Brannenburg für die LEADER-Förderperiode 2023 bis 2027 freigegeben. Die Projektträger der sehr unterschiedlichen Einreichungen können nun ihren Antrag beim für die LEADER-Förderung zuständigen Landwirtschaftsamt in Rosenheim stellen.

Die LAG Mangfalltal-Inntal ist ein Zusammenschluss von 22 Kommunen im Landkreis Rosenheim. Gemeinsames Ziel ist es, unter anderem mit dem europäischen Förderprogramm LEADER die Region als Heimat der Bürger und Bürgerinnen lebenswert zu erhalten und für die Zukunft zu stärken. Dafür entwickeln die Menschen vor Ort Konzepte und Projekte, die anschließend auch umgesetzt werden.

Ausgewählte Projekte gehen in die Umsetzung

Zu den freigegebenen Vorhaben zählt der „Themenweg am Auerbach“ in Oberaudorf. Mithilfe interaktiver Mitmachstationen entlang des Weges sollen bei diesem Bürgerprojekt künftig facettenreiche Geschichten rund um den Bach erzählt werden. In Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen wird dadurch das regionale Wissen bewahrt und gleichermaßen für Einheimische und Gäste zugänglich gemacht.

Mit einem wetterunabhängigen Übungsraum soll die geplante „Erweiterung der Berggretungswache Oberaudorf-Kiefersfelden“ die Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort verbessern. Diese Maßnahme trägt nicht nur zu einer besseren Ausbildung bei, sondern ermöglicht auch die vielfältigere Nutzung des bestehenden Schulungsraums für weitere Bildungsveranstaltungen und verbessert damit die künftigen Einsätze der Bergwacht.

Endlich mehr Platz: Neubau Vereinsheim

Schon lange steht der „Neubau des Vereinsheims GTEV Almarasch Ostermünchen“ auf der Agenda, nun ist der Wunsch in greifbare Nähe gerückt. Der Verein benötigt mehr Platz für die Gautrachtenproben, die Jugendarbeit und den Austausch mit anderen Vereinen im Ort sowie mit regionalen Trachtenvereinen. Neben der Förderung planen die Trachtler intensiv selbst mit Hand

anzulegen, um ihr neues Heim erschwinglich zu halten.

Eine „moderne Segelflugausbildung in Tuntenhausen“ will der Fliegerclub Condor Antersberg in Tuntenhausen ermöglichen. Mittels eines neuen Flugsimulators sind auch im Winter und bei schlechtem Wetter Ausbildungs-einheiten durchführbar, wobei zusätzlich CO₂ eingespart wird. Ein modernes Schulungsflugzeug ergänzt die Ausbildungsaktivitäten des Vereins, der damit eine engere Zusammenarbeit mit lokalen Bildungseinrichtungen anstrebt.

Kleinprojektefonds

Stichwort „Unterstützung Bürgerengagement“: Das ehrenamtliche Engagement in der Region Mangfalltal-Inntal wird vielerorts großgeschrieben. Manchmal fehlt jedoch ein wenig Kleingeld, um das Ehrenamt lebenswert bzw. am Leben zu erhalten. Hier greift der Kleinprojektefonds für die freiwillige Arbeit, den die LAG bereits in der vergangenen Förderphase aufgelegt hatte. LEADER ermöglicht es der LAG, diese Kleinprojekte unbürokratisch zu unterstützen, wenn der Fonds als Projekt bewilligt ist. **DK**

BAVERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK · WIRTSCHAFT · RECHT · TOLMA · PRAXIS

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2024

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Zu stark angepasst?

Was Kommunalpolitiker in Bayern über den Zustand der Pressefreiheit denken

Es braucht Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen und Online-Magazine, um die Bevölkerung zu informieren. In einer immer undurchschaubareren Welt sind Medien wichtiger denn je. Allerdings brauchen sie Rahmenbedingungen, um ihrer Aufgabe gerecht werden zu können. Allen voran Pressefreiheit. Ohne die ist es unmöglich, kritisch gegenüber den Mächtigen zu recherchieren. Anlässlich des Tags der Pressefreiheit am 3. Mai erzählen Kommunalpolitiker, wie sie die Pressefreiheit hierzulande einschätzen.

Viele, die noch keine direkte Berührung mit Pressevertretern hatten, denken beim Stichwort „Journalist“ an „rasende Reporter“, die mit Eifer, brennender Neugier und viel Fleiß hintergründige Informationen zu brisanten Fragen sammeln. Dass der journalistische Alltag heute zum Teil komplett anders aussieht, geht aus einem kürzlich veröffentlichten Manifest hervor, das von über 100 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern getragen wird. Das ist nicht nur mit Blick auf den „Tag der Pressefreiheit“ brisant. Auf den Weg gebracht wurde es von Mitarbeitern von ARD, ZDF und Deutschlandradio.

Machtmissbrauch zwischen den Zeilen

Das Manifest beklagt zwischen den Zeilen Missbrauch von Macht in den Redaktionen. „Innere Pressefreiheit existiert derzeit nicht“, lautet wörtlich die vernichtende Feststellung. So, wie die Dinge liegen, könnten Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ihren journalistisch-ethischen Standards nicht mehr genügen. Abzurufen ist das Manifest unter <https://meinungsvielfalt.jetzt/manifest.html>. Herausgeber der Website ist Ole Skambraks. Er war insgesamt zwölf Jahre als Redakteur und redaktioneller Mitarbeiter für den MDR, WDR und SWR tätig. Wenige Tage nach der Veröffentlichung seines offenen Briefs „Ich kann nicht mehr“ wurde Skambraks 2021 vom Dienst freigestellt.

Das Manifest inspiriert dazu mal wieder darüber nachzudenken, was Pressefreiheit bedeutet. Hintergründig dargestellt und kompakt aufbereitet finden sich dazu Informationen auf der digitalen Plattform „Rechtskunde Online“ der Uni Potsdam. Die Pressefreiheit, heißt es dort, schützt „die Wahrnehmung aller naturgemäß mit der Pressearbeit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten“. Pressefreiheit habe die Funktion eines „klassischen Abwehrrechts, das vor staatlichen Eingriffen und Einflussnahmen schützen soll“. Alle Beeinträchtigungen des Pressebetriebs sowie Sanktionen, die an Inhalt und Gestaltung des Presseergebnisses anknüpfen, stellen einen Eingriff dar.

Was im Manifest öffentlich gemacht wurde, bringt auch Robert Kühn (SPD), Bürgermeister von Bad Wiessee im oberbayerischen Landkreis Miesbach, zum Nachdenken. „Meiner Meinung nach ist es enorm wichtig, immer wieder die Freiheit der Presse auf den Prüfstand zu stellen und zu hinterfragen, ob wir genug für deren Gewährleistung tun“, sagt er. So gesehen sei das Manifest eine Aufforderung, die Wichtigkeit und Verletzlichkeit der Pressefreiheit zu beleuchten. Die Pandemie und die Kriegseinsätze der letzten Jahre hätten im Übrigen gezeigt, wie schwer es sein kann, einen respektvollen und verantwortungsbewussten Umgang mit unterschiedlichen Meinungen zu haben.

Wesentliches Merkmal eines freiheitlichen Staates

Grundsätzlich denkt Robert Kühn allerdings, dass Pressefreiheit in Deutschland praktiziert wird: „Auch, wenn wir in den letzten Jahren aufgrund vermehrter Angriffe auf Pressever-

tiv an der lokalen Debatte zu beteiligen“, so die Stadträtin. Diese Rückmeldungen wiederum seien für kommunale Vertreter „äußerst wertvoll“.

Das Manifest der Rundfunkjournalisten macht sie aufgrund ihrer eigenen positiven Erfahrungen mit der Presse und mit Pressefreiheit ein wenig ratlos: „Mir ist allerdings bewusst, dass die Frage der inneren Pressefreiheit komplex ist.“ Vanessa Wagner vertraut darauf, „dass die Verantwortlichen die nötigen Maßnahmen zum Schutz ergreifen.“ Sie selbst schätzt die Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die zeichne sich durch fundierte Analysen aus. Im Gegensatz zu reißerischen Online-Schlagzeilen „biete der ÖRR „verlässliche Informationen, die durch Faktenchecks belegt werden“.

„Zu reißerisch“

Wiebke Richter, Grünen-Stadträtin in Regensburg, findet die Bezeichnung „Manifest“ über dem Text der Rundfunkjournalisten sehr „reißerisch“. „Ich muss aber sagen, dass ich zu wenig Einblick in die inneren Strukturen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter habe, um mir hier eine belastbare Meinung bilden zu können“, schränkt sie ein. Als Politikerin sei es ihr wichtig, „dass besonders die Öffentlichkeiten nicht von rechten oder anderen Strukturen beeinflusst oder sogar unterwandert werden.“ Dazu gehören für sie auch die im Text des Manifests benannten „Querdenker“ und „Schwurbler“.

Wie inflationär diese „Kampfbegriffe“ verwendet werden, eben das macht kritische Journalistinnen und Journalisten dieser Tage nachgerade kirre. Wörtlich heißt es dazu im Manifest: „Stimmen, die einen – medial behaupteten – gesellschaftlichen Konsens hinterfragen, werden wahlweise ignoriert, lächerlich gemacht oder gar ausgegrenzt.“ Inflationär bediene man sich zu diesem Zwecke „Kampfbegriffen“ wie „Querdenker“, „Schwurbler“, „Klima-Leugner“, „Putin-Versteher“ oder „Gesinnungspazifist“.

Minderheiten werden mundtot gemacht

Mit diesen Begriffen, zeigen die Initiatoren des Manifests, werde versucht, „Minderheiten mit abweichender Meinung zu diffamieren und mundtot zu machen“. Dadurch komme es zu einer „Eingrenzung des Debattenraums anstelle einer Erweiterung der Perspektive“. Die Initiatoren des Manifests vermissen den Fokus auf ihre Kernaufgabe: „Bürgern multiperspektivische Informationen anzubieten“. Stattdessen verschwämmen Meinungsmache und Berichterstattung „zusehends auf eine Art und Weise, die den Prinzipien eines seriösen Journalismus widersprechen“.

Für Wiebke Richter sind die Vorwürfe nicht nachvollziehbar. Sie versteht nicht, was man an „Querdenkern“ gut finden könnte. Bei Veranstaltungen oder an Wahlkampfständen mache sie immer wieder die Erfahrung, dass viele der von „Querdenkern“ vertretenen Aussagen „nichts mehr mit Meinungsfreiheit zu tun hätten“. Die Pressefreiheit in Deutschland ist nach ihrer Ansicht „zuverlässig erhalten“. Im internationalen Vergleich sei das keineswegs selbstverständlich: „Und auch unser Land hat ja bereits andere Zeiten erlebt.“

Kritik an den öffentlich-rechtlichen Medien hält Wiebke Richter für ungerechtfertigt. Zwar sei sie auch nicht mit allen Berichten einverstanden. „Ich finde jedoch weiterhin, dass ich mich auf die Neutralität und Informationsbreite der Öffentlich-rechtlichen verlassen kann und bin sehr froh darüber“, so die Stadträtin. Pat Christ

GZ PINOS WELT



In letzter Zeit habe ich viel über den Begriff „grau“ nachgedacht. Jetzt nicht als Farbe im materialisierten Sinne oder im Sinne Goethes, wonach alle Theorie grau sei. Nein, eher in dem Sinne, dass nachts alle Katzen grau sind oder, vielleicht konkreter, dass es auch von Vorteil sein kann, wenn es Graubereiche im Leben gibt.

Meines Erachtens ist dieses Land bisher in verschiedenen Bereichen gut damit gefahren, nicht einseitig auf „schwarz“ oder „weiß“ zu setzen, also auf eine Form der reinen Lehre, die immer nur einen Teil der Gesellschaft mitnimmt und überzeugt, sondern auf den pragmatischen Kompromiss, der einen breiten Konsens herzustellen vermag oder zumindest von allen Beteiligten akzeptiert werden kann. Kurz, eine Lösung, mit der die ganze Gesellschaft weitgehend leben kann und die damit einen breiten Rechtsfrieden garantiert.

Abtreibung: Barbarei oder zivilisatorische Errungenschaft

Das war nach meinem Verständnis bisher auch in der Frage der Zulässigkeit bzw. der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen so der Fall. Man kann sich kaum ein Thema vorstellen, das ähnlich konfliktträchtig ist wie die Frage nach der Einordnung einer Abtreibung. Einerseits die ethisch – nicht nur religiös – absolut nachvollziehbare Einordnung als Tötung der Leibesfrucht, die entweder mit nachvollziehbaren biologischen Argumenten oder aufgrund tiefstehender religiöser Überzeugungen als Mensch angesehen wird. Die Tötung eines Menschen muss aber nach jeder humanen Rechtsordnung bestraft werden.

Auf der anderen Seite die ebenso nachvollziehbare Haltung, dass keine Frau gezwungen werden sollte, ein Kind auszutragen, wenn sie dazu nicht bereit ist. Man wird auch die Haltung „mein Bauch gehört mir“, als Ausdruck des absoluten Selbstbestimmungsrechts der Frau über ihren Körper als philosophisch-weltanschaulich vertretbar zur Kenntnis nehmen müssen. Jedenfalls ist diese Haltung in einem nicht unbeachtli-

chen Teil der Bevölkerung konsens- und anschlussfähig.

Wie gesagt, ein hoch emotionalisiertes Thema, bei dem jede und jeder wahrscheinlich eine „Wahrheit“ anerkennen kann und bei dem kaum ein größerer Antagonismus denkbar ist.

Hier liegen alle Zutaten bereit für einen veritablen Kulturkampf. Wir sehen ihn derzeit in den Vereinigten Staaten toben. In einer Reihe von Staaten ist Abtreibung in gewissen Zeiträumen nach der Empfängnis legal, während andere Staaten wiederum Abtreibungen für gänzlich unzulässig erklären, selbst wenn die werdenden Mütter halbe Kinder sind oder vergewaltigt wurden. Frankreich schreibt das Recht auf Abtreibung in die Verfassung, was dort von vielen als große zivilisatorische Errungenschaft gefeiert wird, von anderen aber als Barbarei verdammt.

In Deutschland ging man seit den 70er Jahren einen Weg zwischen den Extremen, zwischen schwarz und weiß – eben einen grauen Mittelweg. Ausgehend von einem weisen Verfassungsgericht und einer Gesellschaft, die empfänglich war – und wohl auch noch ist – für eine Lösung, die keiner Seite absolut Recht gibt, es jedoch auch jeder Seite recht machen kann. Nach unserer Rechtsordnung ist Abtreibung strafbar, wird aber nicht bestraft, wenn die Gesundheit der Frau durch die Schwangerschaft gefährdet ist, die Schwangerschaft auf einer Vergewaltigung beruht oder sich die Frau nach einer Beratung zum Abbruch entschließt.

Diese Regelung hat dem Land fast vierzig Jahre Rechtsfrieden beschert. Weder die entschiedenen Abtreibungsgegner noch die Verfechter des weiblichen Selbstbestimmungsrechts waren zufrieden, konnten aber damit leben. Die Kernliegen beider Seiten werden nur so weit eingeschränkt, dass es eben gerade noch erträglich ist. Jetzt wollte die Bundesregierung diesen Kompromiss aufkündigen und das Land zurück in den Kulturkampf der 70er Jahre führen. Wieso?

Man sollte sich an ein Wort Henry Kissingers erinnern: „Ein Kompromiss ist nur dann gerecht, brauchbar und dauerhaft, wenn beide Partner damit gleich unzufrieden sind.“

Ihr Pino

Bürokratieabbau, Wasserstoff und Krankenhausreform

Landtagsabgeordnete Jenny Schack bei der Mitgliederversammlung des CSU Ortsverbands Günzburg

Bei der Mitgliederversammlung des CSU Ortsverbands Günzburg im Sportheim in Wasserburg gab der CSU Ortsvorsitzende Philipp Rauner einen umfassenden Überblick über die Aktivitäten und Erfolge des vergangenen Jahres sowie über die zahlreichen politischen Veranstaltungen, die organisiert wurden. Besonders freute es Rauner, dass auch ein monatlicher Stammtisch zur Stärkung der Gemeinschaft und zum regelmäßigen Austausch etabliert werden konnte.

Der CSU Ortsschatzmeister Jörn Nagel präsentierte einen detaillierten Kassenbericht, der den Mitgliedern Einblick in die finanzielle Situation des Verbands gewährte.

Bericht aus dem Stadtrat

Ferner informierte der Fraktionsvorsitzende der CSU Stadtratsfraktion Stefan Baisch über die Arbeit der Stadtratsfraktion und den aktuellen Haushalt der Stadt Günzburg und betonte die bereits erfolgte weitgehende Umsetzung des Wahlprogramms. „Gerade im Bereich

der Kinderbetreuung sind wir mit der Kitaoffensive schon sehr weit gekommen“, zeigte sich Baisch überzeugt.

Bericht aus dem Landtag

Die örtliche Günzburger Landtagsabgeordnete Jenny Schack blickte auf ein erfolgreiches erstes halbes Jahr im Bayerischen Landtag zurück. In den vergangenen Monaten hat sie sich intensiv für wichtige Themen eingesetzt, die die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis betreffen.

Schack äußerte sich zur Cannabisregelung in Bayern und beton-

te die Bedeutung einer verantwortungsvollen Politik, die den Jugendschutz und die Prävention in den Vordergrund stellt. Des Weiteren berichtete sie über Gespräche in der CSU-Landtagsfraktion zum Ladenschlussgesetz und unterstrich die Notwendigkeit einer ausgewogenen Regelung, die sowohl den Bedürfnissen der Verbraucher als auch den Interessen der Wirtschaft und der Beschäftigten gerecht wird. Ein weiterer Schwerpunkt ihres Berichtes lag auf dem Bürokratieabbau und der Krankenhausreform, bei der sie sich für effiziente Strukturen und eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung einsetzt. Schack äußerte sich auch zum Thema Energiegewinnung aus Wasserstoff und betonte die Bedeutung von innovativen Technologien für die Energiewende in Bayern. Hierzu lud sie zu einer Veranstaltung für regionale Unternehmen ein und informierte diese über den Stand des Netzausbaus. „Wir reden nicht nur, wir packen an und stellen die Weichen für die Zukunft“, so Jenny Schack abschließend.

Für Günzburg

Die Mitgliederversammlung bot Raum für Fragen, Anregungen und eine aktive Beteiligung der Anwesenden. Der CSU Ortsverband Günzburg blickt motiviert in die Zukunft und setzt sich weiterhin engagiert für die Belange der Bürgerinnen und Bürger Günzburg ein. □



V.l.: Landtagsabgeordnete Jenny Schack, der Fraktionsvorsitzende der CSU Stadtratsfraktion Stefan Baisch, Ortsvorsitzender Philipp Rauner und der stv. Ortsvorsitzende Daniel Schuler. Bild: Flemisch/CSU

AG Historische Städte in Regensburg:

Innenstadtgestaltung und Mobilität

Ein Jahr nachdem die Arbeitsgemeinschaft Historische Städte ihr 50-jähriges Bestehen im Rahmen eines Parlamentarischen Abends in Berlin gewürdigt hatte, trafen sich Bürgermeister, Baureferenten und -dezernenten sowie Planer aus Bamberg, Regensburg, Görlitz, Lübeck, Meißen und Stralsund nach der Pandemie erstmals wieder in Präsenz. Bei der zweitägigen Arbeitstagung in Regensburg standen die Perspektiven des innerstädtischen Einzelhandels ebenso auf der Agenda wie der Verkehr bzw. die Mobilität in der historischen Stadt.

„Für uns ist der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedsstädten extrem wertvoll. Die vor uns liegende Aufgabe hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit unserer Städte ist im historischen Stadtkern hoch komplex. In diesem Zusammenhang ist der Austausch anhand von konkreten Maßnahmen ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit“, betonte Benedikt M. Hummel, Bürgermeister der Stadt Görlitz und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Historische Städte, nach der Videobotschaft von Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer.

Nach einer Einführung zu spannenden Projekten und städtebaulichen Schätzen in Regensburg startete der Rundgang der Teilnehmer in dem im Februar neu eröffneten „document Kepler“. Über das „Emmeram Forum Regensburg“, das gegenwärtig saniert und zu einem Kultur- und Begegnungshaus umgebaut wird, ging es weiter zur Simadergasse, wo die Planer über die Sanierungsarbeiten am ehemaligen „Gloria“-Kino informiert wurden. Ebenso auf dem Programm stand ein Besuch des Obermünsterviertels und des Kulturreortes M26. Hier fand ein Austausch zum Thema der Nachnutzung von durch Leerstand bedrohte Großstrukturen wie Kaufhäusern oder Einkaufspassagen in historischen Städten statt.

Wie Regensburgs Planungs- und Baureferent Florian Plajer vor der Presse erläuterte, bewegen alle beteiligten Kommunen die Frage, wie es gelingt, die fachlichen Konzepte und Überlegungen der Gestaltung der histor-

Flächenkonkurrenz im Altstadtbereich

Wie Regensburgs Planungs- und Baureferent Florian Plajer vor der Presse erläuterte, bewegen alle beteiligten Kommunen die Frage, wie es gelingt, die fachlichen Konzepte und Überlegungen der Gestaltung der histori-

schen Innenstädte umzusetzen und erlebbar im Stadtraum zu machen, um somit auch für Akzeptanz zu sorgen. Die Flächenkonkurrenz im Altstadtbereich sei ein gemeinsames Schwerpunktthema: Stellplätze, wirtschaftliche Faktoren und Qualität in der Gestaltung für die Außengastronomie und Hotellerie seien vor Ort begangen, beobachtet und diskutiert worden. Die Frage der Aufenthaltsqualität und Grünanteile im öffentlichen Raum hätten die Teilnehmer gleichermaßen bewegt.

Mit großer Spannung werde die Zukunft der Galeria Karstadt Kaufhof-Filialen erwartet. Die Entscheidung des Insolvenzverwalters stehe in den nächsten Wochen an, erklärte Plajer. „Interessiert haben wir beispielsweise die Fortentwicklung und Erhaltung bestehender Standorte sowie Nutzungsszenarien der nahen und fernen Zukunft innerstädtischer Einzelhandelsflächen diskutiert. In Regensburg bereiten wir uns auf die anstehende Entscheidung vor, die ‚Taskforce Galeria‘ der Stadtverwaltung unter Federführung der Stadtentwicklung und der Wirtschaftsförderung arbeiten schon länger im Hintergrund an möglichen Szenarien.“

Ein überragendes Thema ist der Verkehr bzw. die Mobilität in der historischen Stadt. Regensburg stellte auszugswise Handlungsfelder aus dem Verkehrskonzept Altstadt vor und berichtete insbesondere über die breite Beteiligung der Öffentlichkeit im Planungsprozess. Die Stadt Görlitz präsentierte ihrerseits wesentliche Bausteine aus dem Gesamtverkehrsplan. Laut

Rathauschef Hummel wird gerade die Straßenbahn modernisiert. Diese Investition von 70 Millionen Euro sei für Görlitz mit seinen 57.000 Einwohnern zwar eine Herausforderung, mit Strukturfördermitteln aber machbar. Die Straßenbahn gehöre zum urbanen Selbstverständnis, wes-

halb sie in der Bevölkerung mehr als nur akzeptiert sei.

Aus Sicht von Planungs- und Baureferent Plajer würde dieses Megaprojekt als Rückgrat des ÖPNV auch der Stadt Regensburg gut zu Gesicht stehen. Dafür seien beim Bürgerentscheid am 9. Juni Vertrauen in die Planung so-

wie „Mut zum Übermorgen“ erforderlich. Bei diesem Verkehrsprojekt müsse man 15 oder 20 Jahre vorausdenken. Mit seinen ca. 175.000 Einwohnern sei die oberpfälzische Metropole keineswegs zu klein, wie Kritiker immer wieder behaupteten. **DK**

KULTURmobil 2024:

Welt-Bühnenliteratur in Niederbayern

Mit seinem jährlichen Familienprogramm zieht das Kulturmobil demnächst erneut durch Niederbayern. An 30 Orten gibt eine professionelle Künstlertruppe auf der ausklappbaren Bühne eines Lastwagens insgesamt 60 Vorstellungen. Die diesjährige Tournee startet mit der Premiere am 8. Juni in Bayerbach bei Ergoldsbach (Landkreis Landshut), der letzte Vorhang der knapp drei Monate währenden Tournee fällt am 1. September in Mallersdorf-Pfaffenberg (Landkreis Straubing).

Seit 27 Jahren begeistert KULTURmobil bei freiem Eintritt Jung und Alt mit humorvollen, unterhaltsamen und anspruchsvollen Stücken. Um 17 Uhr steht „Das NEINHorn“ von Marc-Uwe Kling auf dem Programm. Das Kinderstück nach dem Bestseller von 2019 handelt von einem Einhorn, das die kitschige Zuckerwattewelt seiner Artgenossen nicht mehr erträgt und ausbricht. Das Stück zeichnet sich durch kreativen Wortwitz und viele Sprachspiele aus und zeigt auf humorvolle Weise, wie man trotz gesellschaftlichen Drucks seinen eigenen Weg gehen kann. Regie führt Sebastian Kamm, der unter anderem am Theater an der Rott in Eggenfelden als Regisseur und Autor tätig war. Bei KULTURmobil hat er bereits 2023 mit seiner Inszenierung von Janoschs „Oh, wie schön ist Panama“ für Begeisterung beim jungen Publikum gesorgt.

Um 20 Uhr wird William Shakespeares berühmte Komödie „Ein Sommernachtstraum“ aufgeführt. Mit seinen poetischen Lie-

besseren ist das Stück ebenso wie mit seinen etwas derben und sehr komischen Handwerkerfiguren geradezu prädestiniert, zauberhafte Theaterstücke entstehen zu lassen. Nach den Inszenierungen der Jahre 2018 und 2019 kehrt der im Rottal lebende Re-

gisseur Sebastian Goller mit der diesjährigen Produktion zu KULTURmobil zurück. Mit „Ein Sommernachtstraum“ stellt sich der Leiter der Athanor Akademie für Schauspiel und Regie in Passau der Herausforderung, die Größe dieses nicht umsonst seit Jahrhunderten gefeierten Stückes mit den Mitteln des mobilen Theaters neu auszuloten.

Weitere Infos

Spielplan, Spielorte und weitere Informationen unter www.kulturmobil.de. **DK**



Oben v.l.: Krankenhausdirektor Uwe Böttcher, Raimund Völkl, Leiter der Arbeits- und Ergotherapie, und Dr. Laurenz Schulz vom Referat für Kultur- und Heimatpflege des Bezirks Niederbayern mit einem kleinen Teil des Teams auf der Bühnenkulisse für die Mittagsvorstellung „Das NEINHorn“.

Bild: BK Mainkofen / S.Steinhauser

Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10/2024, die am 16. Mai 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall · Entsorgungsmanagement · technische Lösungen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Sicherheit und Arbeitsschutz · Brand- und Katastrophenschutz · Extremwetterereignisse
- Kommunaler Bau · Schulen · Kindergärten · Horte · Spielplätze · Krankenhäuser · Pflegeheime
- Handwerkliche Dienstleistungen · Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen



Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau



Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und
Datenschutz



www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunale
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung



Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die
kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette
Produktpalette für
effektive Räumarbeiten

BUCHER
municipal

Driven by better

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Teichrettung



WENIGER ALGEN.
INTAKTE GEWÄSSER.
WIR MACHEN DAS!

**MIKROBIOM
LAB**
INNOVATION

WWW.MIKROBIOM-LAB.DE